

Antwort

der Landesregierung

auf die Große Anfrage Nr. 21
der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 5/6005

Aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus im Land Brandenburg

Wortlaut der Großen Anfrage Nr. 21 vom 21. September 2012:

Vorbemerkung:

Seit 2009 ist keine rechtsextreme Partei mehr im Brandenburger Landtag vertreten. Trotz dieser erfreulichen Entwicklung sind die rechtsextremen Kräfte im Land Brandenburg nach wie vor äußerst aktiv und stellen eine Gefahr für die demokratische Grundordnung des Landes dar. Der NPD-Bundesparteitag im vergangenen Jahr in Neuruppin, die strategische Ausnutzung des Demonstrationsrechtes durch rechtsextremistische Organisationen oder auch das inzwischen verbotene bundesweit aktive Netzwerk „Widerstand Südbrandenburg“ mit seinem Internetportal „Spreelichter“ bilden dabei nur die Spitze des Eisberges.

Wie der Verfassungsschutzbericht belegt, ist zwar die Zahl der NPD-Mitglieder auch nach der Auflösung der DVU nur schwach gestiegen, die Zahl der Neonazis und der freien Kräfte hat sich allerdings vergrößert. Gleichzeitig werden sie in ihrer Agitationstätigkeit zunehmend professioneller. So versuchen Rechtsextremisten immer wieder Immobilien anzumieten bzw. zu erwerben, die Zahl rechtsextremistischer Bands im Land ist unverändert hoch und immer wieder stattfindende Übergriffe, die auf Rechtsextremisten zurückzuführen sind, stützen dieses Bild.

Dem gegenüber steht ein breites bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus und für Toleranz in allen Landesteilen. Die Arbeit der Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg und der geförderten Initiativen wie Mobile Beratungsteams (demos), des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) und des Vereins Opferperspektive etc. gelten als beispielgebend auch für andere Bundesländer.

Trotz dieses breiten bürgerschaftlichen Engagements, mehrerer Vereinsverbote und einer auf Aufklärung setzenden Arbeit des Verfassungsschutzes bedarf es aber einer kontinuierlichen Beobachtung und Aufklärung über rechtsextremistische Tendenzen in unserem Land.

Datum des Eingangs: 13.02.2013 / Ausgegeben: 13.02.2013

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1 Ideologie

- 1.1 Welche Begriffsdefinition legt die Landesregierung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu Grunde?
- 1.2 Welches sind die wichtigsten Merkmale des Rechtsextremismus im Land Brandenburg und welche Erscheinungsformen gibt es?
- 1.3 Welche grundsätzlichen Veränderungen im rechtsextremistischen Lager und in seiner Organisationsstruktur seit dem Jahr 2000 sieht die Landesregierung?
- 1.4 Wie schätzt die Landesregierung die aktuellen Tendenzen des Rechtsextremismus im Land Brandenburg ein?

2 Aktuelle Struktur rechtsextremistischer Parteien:

- 2.1 Welche rechtsextremistischen Parteien und parteinahen Nebenorganisationen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?
- 2.2 Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Mitgliederstruktur dieser Parteien bzw. Nebenorganisationen in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?
- 2.3 Wie hat sich die kommunale Verankerung rechtsextremistischer Parteien nach der Fusion der DVU mit der NPD verändert und hat dieses Rückwirkungen auf die Verankerung rechtsextremistischer Agitation in den Brandenburger Kommunalvertretungen?
- 2.4 Wie finanzieren sich die jeweiligen Parteien bzw. Organisationen im Land Brandenburg und wie schätzt die Landesregierung deren finanzielle Lage ein? In welchem Umfang haben diese Parteien staatliche Mittel nach § 18 des Gesetzes über die politischen Parteien (PartG) erhalten? Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Entwicklung der Einnahmen durch Spenden?
- 2.5 Haben rechtsextremistische Parteien bzw. Organisationen – ggf. auch über Nebenorganisationen – in den letzten Jahren öffentliche Mittel außerhalb des Gesetzes über die politischen Parteien (PartG) hinaus erhalten?
- 2.6 Welche Verbindungen unterhalten diese Parteien bzw. deren Nebenorganisationen zu freien Kräften, Kameradschaften und anderen rechten Organisationen?
- 2.7 Welche rechtsextremistischen Parteien und parteinahen Nebenorganisationen haben sich im Land Brandenburg seit dem Jahr 2000 aufgelöst und aus welchen Gründen?
- 2.8 Mit welchen Methoden werben rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien sowie deren Nebenorganisationen für ihre Ziele und um Mitglieder? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz in der Bevölkerung?

- 2.9 Welche Internetauftritte von rechtsextremistischen Parteien und deren Nebenorganisationen aus Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?
- 2.10 Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort von rechtsextremistischen Parteien und ihrer Nebenorganisationen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?
- 2.11 Welche Verbindungen von Parteien und parteinahen Nebenorganisationen aus Brandenburg gibt es zu anderen Bundesländern oder in das Ausland?
- 2.12 Wie schätzt die Landesregierung die Stellung der Parteien und parteinahen Nebenorganisationen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?

3 Aktuelle Struktur rechtsextremistischer Organisationen

Fragen ggf. bitte getrennt nach den einzelnen rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen beantworten.

- 3.1 Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?
- 3.2 Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über deren Brandenburger Mitgliederzahlen und die Mitgliederstruktur in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?
- 3.3 Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen haben sich seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg aufgelöst und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“?
- 3.4 Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen wurden seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg verboten und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“? Wohin haben sich deren Führungskader nach dem Verbot ggf. umorientiert?
- 3.5 Welche regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten und Verankerung gibt es im Land Brandenburg und wo sieht die Landesregierung die Ursachen dafür?
- 3.6 Mit welchen Methoden werben die Organisationen im Land Brandenburg für ihre Ziele und um Mitglieder? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz insbesondere unter Jugendlichen?
- 3.7 Mit welchen Aktionsformen und Aktivitäten sind die Organisationen seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg in die Öffentlichkeit gegangen und wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?
- 3.8 Welche Internetauftritte von rechtsextremistischen Organisationen aus Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?
- 3.9 Welche Erkenntnisse liegen über die Finanzierung der jeweiligen Organisationen im Land Brandenburg vor und wie schätzt sie deren finanzielle Lage ein?
- 3.10 Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort von rechtsextremistischen Organisationen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?
- 3.11 Welche Verbindungen von rechtsextremistischen Organisationen gibt es in andere Bundesländer oder das benachbarte Ausland?
- 3.12 Wie schätzt die Landesregierung die Stellung der rechtsextremistischen Organisationen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?
- 3.13 Wie werden diese Organisationen aus anderen Bundesländern beeinflusst?
- 3.14 Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen gab es bzw. gibt es zur bzw. mit der NPD?

4 Aktuelle neonazistische Strukturen

Fragen ggf. bitte getrennt nach den einzelnen neonazistischen Strukturen beantworten.

- 4.1 Welche neonazistischen Strukturen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?
- 4.2 Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über deren Mitgliederzahlen und die Mitgliederstruktur in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?
- 4.3 Welche neonazistischen Strukturen haben sich seit dem Jahr im Land Brandenburg aufgelöst und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“?
- 4.4 Welche neonazistischen Strukturen wurden seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg verboten und aus welchen Gründen? Wohin haben sich deren Führungskader nach dem Verbot ggf. umorientiert?
- 4.5 Welche regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten und Verankerung gibt es im Land Brandenburg und wo sieht die Landesregierung die Ursachen hierfür?
- 4.6 Mit welchen Methoden werben neonazistische Strukturen für ihre Ziele und um Mitglieder und Unterstützung? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz insbesondere unter Jugendlichen?
- 4.7 Mit welchen Aktionsformen und Aktivitäten sind die neonazistischen Strukturen seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg in die Öffentlichkeit gegangen und wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?
- 4.8 Welche Internetauftritte von neonazistischen Strukturen aus dem Land Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?
- 4.9 Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort neonazistischer Strukturen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?
- 4.10 Welche Erkenntnisse liegen über die Finanzierung der neonazistischen Strukturen vor?
- 4.11 Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen von neonazistischen Strukturen gibt es zu anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen?
- 4.12 Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen von neonazistischen Strukturen gibt es zu neonazistischen Strukturen aus anderen Bundesländern oder ins Ausland?
- 4.13 Wie schätzt die Landesregierung die Stellung von neonazistischen Strukturen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?

5 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

- 5.1 Wie hoch schätzt die Landesregierung das Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene ein und welchen Gewaltbegriff legt sie dabei zu Grunde?
- 5.2 Ist nach Einschätzung der Landesregierung die rechtsextremistische Szene innerhalb der letzten 15 Jahre militanter geworden?
- 5.3 Falls ja, wie manifestiert sich diese Radikalisierung?
- 5.4 Wie viele Straftaten wurden seit dem Jahr 2000 rechtsextremistischen Personen oder Organisationen im Land Brandenburg zugeordnet und welche Straftatbestände lagen zugrunde?
- 5.5 Wie viele Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg sind im Besitz einer Waffenbesitzkarte? Wie viele Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg besitzen eine Waffe?
- 5.6 Bei wie vielen Straftaten von Rechtsextremisten wurden seit dem Jahr 2000 Waffen eingesetzt bzw. mitgeführt?
- 5.7 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Kontakte, Verbindungen und Kooperationen von Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg zu terroristischen Organisationen?

- 5.8 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Kontakte, Verbindungen und Kooperationen von Rechtsextremisten in den Bereich der organisierten Kriminalität?
- 5.9 Haben sich nach neuerlicher Überprüfung ungeklärter Delikte durch die Fachdirektion Landeskriminalamt Hinweise auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund und/oder Zusammenhang zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ ergeben (bitte Tötungsdelikte, Brand- und Sprengstoffdelikte, Raubdelikte im Zusammenhang mit Kreditinstituten, Verstöße gegen das Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz sowie Verstöße gegen das Vereinsgesetz mit berücksichtigen)?
- 5.10 Welche Programme der Justiz zur Betreuung von verurteilten Rechtsextremisten existieren im Land Brandenburg und welche Maßnahmen werden zur Resozialisierung getroffen?

6 Musik/Bücher/Zeitschriften/Internet etc.

- 6.1 Welchen Stellenwert hat nach Einschätzung der Landesregierung Musik in der rechtsextremistischen Szene?
- 6.2 Welche Brandenburger rechtsextremistischen Bands sind der Landesregierung bekannt?
- 6.3 Wie viele Konzerte rechtsextremistischer Bands fanden im Land Brandenburg seit dem Jahr 2000 statt (bitte mit Bandnamen und Ort nach Jahren aufschlüsseln)?
- 6.4 Wie viele Konzerte haben aus Brandenburg stammende Bands außerhalb des Bundeslandes gegeben (bitte mit Bandnamen und Ort nach Jahren aufschlüsseln)?
- 6.5 Welche Bedeutung hat in Brandenburg produzierte Musik oder Musik von brandenburgischen Bands?
- 6.6 Welche Bedeutung hat das mittlerweile verbotene Netzwerk Blood & Honour für und in Brandenburg. Wohin haben sich deren Funktionärskader ggf. umorientiert?
- 6.7 Welche rechtsextremistischen Print-Publikationen aus dem Land Brandenburg sind der Landesregierung bekannt?
- 6.8 Welche führenden Personen stehen hinter diesen Publikationen?
- 6.9 Welche rechtsextremistischen Verlage, Zeitschriften und Printvertriebe sind der Landesregierung in Brandenburg oder als in Brandenburg registriert bekannt?
- 6.10 Welche Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten aus Brandenburg oder von einem brandenburgischen Betreiber sind der Landesregierung bekannt? Welche Inhalte werden dort verbreitet? Welche agitatorische Wirkung entfalten diese Webseiten?
- 6.11 In welchem Maße nutzen Rechtsextremisten im Land Brandenburg neue soziale Netzwerke und WEB 2.0-Angebote und welche agitatorische Wirkung entfalten solche Angebote?

7 Auswirkung auf andere gesellschaftliche Bereiche

- 7.1 Was ist der Landesregierung über das „gesellschaftliche“ Engagement von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien und Organisationen (z.B. Kinderfeste, Mitwirkung in Elternvertretungen, Engagement in Dorfvereinen usw.) im Land Brandenburg bekannt?
- 7.2 Wie schätzt die Landesregierung die Verbindung zwischen Rockermilieu und Rechtsextremismus ein? Welche „Synergieeffekte“ entstehen im Land Brandenburg ggf. für die jeweilige Seite durch die Zusammenarbeit?
- 7.3 Wie schätzt die Landesregierung das Einwirken von Rechtsextremisten auf den organisierten Sport im Land Brandenburg ein? Wie setzen sich betroffene Vereine mit diesem Problem auseinander?
- 7.4 Wie schätzt die Landesregierung die Verbindung insbesondere zwischen der Kampfsportszene und dem Rechtsextremismus im Land Brandenburg ein?

- 7.5 Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten von rechtsextremistischen Personen oder Organisationen an Schulen und in Jugendfreizeiteinrichtungen im Land Brandenburg?
- 7.6 Verschiedentlich wird über den Versuch von Rechtsextremisten berichtet, gesellschaftliche Institutionen (Vereine, freiwillige Feuerwehren usw.) im Land Brandenburg zu unterwandern. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hierüber und wie schätzt sie die konkrete Situation ein?

8 Maßnahmen der Landesregierung

- 8.1 Welchen strategischen Ansatz - sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich - hat die Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus?
- 8.2 Mit welchen Instrumenten wird dieser Ansatz verfolgt?
- 8.3 Mit welchen Partnern kooperiert die Landesregierung ggf. bei ihren Vorhaben?
- 8.4 Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkung der seit einem Jahr von der Bundesregierung verlangten sogenannten „Demokratieklausel“?
- 8.5 Wie viel Haushaltsmittel hat die Landesregierung in den letzten 10 Jahren zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgewendet bzw. zur Verfügung gestellt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?
- 8.6 Wie schätzt die Landesregierung die Erfolge ihrer Arbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein?
- 8.7 Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Debatte über ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren?
- 8.8 Welche Bedeutung hat für die Landesregierung das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und wie schätzt sie dessen Erfolge ein?
- 8.9 Welches sind die wesentlichen Partner der Landesregierung zu Anregung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus?
- 8.10 Welche Bedeutung haben die Kommunen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und wie schätzt die Landesregierung die Zusammenarbeit mit den Kommunen ein?
- 8.11 Gibt es Kommunen, die bei ihrer Arbeit beispielhafte Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt haben und wie werden diese Strategien anderen Kommunen zugänglich gemacht?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus, von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit oder gar politisch motivierter Gewalt ist schon seit vielen Jahren ein wesentlicher Schwerpunkt der Landesregierung und des Handelns der staatlichen und kommunalen Behörden im Land Brandenburg. Eine offene und freiheitliche Gesellschaft, Sicherheit und Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner des Landes an der Gestaltung ihres demokratischen Gemeinwesens - ein tolerantes Brandenburg – ist integraler Bestandteil jeglicher Regierungspolitik. Die Landesregierung arbeitet zu diesem Zweck auch mit zahlreichen nichtstaatlichen Akteuren zusammen, die Verantwortung für das Ganze übernehmen und Zivilcourage zeigen.

In den vergangenen Jahren haben sich vielfältige Netzwerkstrukturen im Land Brandenburg etabliert, die bei der Arbeit für eine starke Demokratie und Zivilgesellschaft, gegen Rechtsextremismus, Gewalt

und Fremdenfeindlichkeit einen entscheidenden Beitrag leisten. Sie verdienen die Anerkennung der Landesregierung. Die gegenseitige Achtsamkeit, Vertrauen und das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure mit unterschiedlichen Ansätzen schaffen ein Klima der Toleranz und des Miteinanders.

Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist in den letzten Jahren dank des konsequenten Einsatzes von Politik und Gesellschaft im Land Brandenburg erfolgreich geführt worden. Diese Anstrengungen müssen fortgesetzt werden. Das gemeinsame Vorgehen aller Akteure – wie Eltern, Schule, Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und freie Träger – bleibt dabei eine notwendige Voraussetzung. Der mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ eingeschlagene Weg wird weiter beschritten.

Mit den übrigen Bundesländern hat die Landesregierung am 14. Dezember 2012 im Bundesrat beschlossen beim Bundesverfassungsgericht einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zu stellen. Ein Verbot der NPD stellt einen wichtigen Beitrag gegen den parteigebundenen Rechtsextremismus dar.

1 Ideologie

Frage 1.1:

Welche Begriffsdefinition legt die Landesregierung in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu Grunde?

Zu Frage 1.1:

Eine Definition von Rechtsextremismus setzt eine Begriffsbestimmung von Extremismus im allgemeinen voraus: Als extremistisch bezeichnen die Verfassungsschutzbehörden in Bund und Ländern solche Bestrebungen (Verhaltensweisen und Einstellungen), die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte, seiner Normen und Spielregeln artikulieren und die darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung abzuschaffen und durch eine nach den jeweiligen Vorstellungen der extremistischen Minderheit formierten Ordnung zu ersetzen.

Der Rechtsextremismus ist eine ideologische Variante im Hinblick auf die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates. Als Sammelbegriff bezeichnet er die Bestrebungen von Parteien, Organisationen, Gruppierungen, Cliques oder Einzelpersonen, deren Zielsetzungen – bei zahlreichen Unterschieden im einzelnen – mindestens durch folgende Ideologieversatzstücke bestimmt sind:

- Ablehnung der für eine freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentalen Gleichheit aller Menschen;
- Verachtung des auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden demokratischen Verfassungsstaates;
- Übersteigter, oft aggressiver Nationalismus, verbunden mit einer Feindschaft gegen Ausländer, Minderheiten, fremde Völker und Staaten;
- Verschweigen, Verharmlosung oder Leugnung der Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unter Heraushebung angeblich positiver Leistungen des Dritten Reiches (als Kampagne namentlich zur Bestreitung des Holocausts unter dem Stichwort ‚Revisionismus‘ bekannt).

In unterschiedlicher Gewichtung und Ausprägung lassen sich in den einzelnen rechtsextremistischen Strömungen noch folgende Ideologiebestandteile ausmachen:

- Rassismus, ausgedrückt etwa in der Warnung vor einer „Rassenmischung“ als Gefährdung des „Deutschtums“, und in der biologistisch begründeten Forderung nach mehr „Lebensraum“ für die Deutschen;
- Antisemitismus, einschließlich der Behauptung, dass Juden dem deutschen Staatsvolk weder national noch kulturelle zugehören könnten;
- völkischer Kollektivismus, also pauschale Überbewertung einer meist rassistisch definierten „Volksgemeinschaft“ zu Lasten der Rechte und Interessen des Individuums;
- Militarismus samt dem Bestreben, auch zivile Bereiche des gesellschaftlichen Lebens nach hierarchischen Prinzipien („Führer“ und „Gefolgschaft“) zu ordnen, verbunden mit der Propagierung einer autoritären oder diktatorischen staatlichen Ordnung als Ausdruck der Überhöhung als Überbetonung eines nach innen und außen allen beherrschenden Staates;
- Übersteigertes Sendungsbewusstsein, aus dem heraus das Recht der eigenen Gruppe absolut gesetzt wird und Andersdenkende, vor allem auch die Repräsentanten der Demokratie verleumdet und verächtlich gemacht werden.

Frage 1.2:

Welches sind die wichtigsten Merkmale des Rechtsextremismus im Land Brandenburg und welche Erscheinungsformen gibt es?

Zu Frage 1.2:

Das rechtsextremistische Spektrum in Brandenburg setzt sich aus verschiedenen Strömungen zusammen, die keinen einheitlichen, in sich geschlossenen Block bilden. Allerdings existieren Schnittmengen zwischen den Strömungen, bedingt durch Doppel- und Mehrfachzugehörigkeiten und persönliche Kontakte. Im Land Brandenburg können gegenwärtig drei Hauptrichtungen im Rechtsextremismus unterschieden werden:

- „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mit ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN);
- Freie Kräfte (Neonationalsozialisten);
- Subkulturelle, zum Teil gewaltbereite rechtsextremistische Szenen.

NPD

Die NPD in Brandenburg vertritt eine offene, aggressiv-kämpferische Feindschaft gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung (im NPD-Jargon das „System“). Obwohl die Funktionäre und Mitglieder der NPD Parteien als Teil des von ihnen bekämpften „Systems“ ablehnen, nutzen sie den Schutz des Parteienprivilegs gerne aus, um auf diesem zunächst legalen Weg ihre Position in Staat und Gesellschaft auszubauen.

Zentrale ideologische Richtschnur und parteiübergreifende thematische Klammer der Partei ist der völkische Nationalismus. Die NPD sieht sich als die „Stimme des Volkes“; darauf abgestimmt ist auch ihr Motto: „Unser Volk zuerst!“. Die Agitation für eine Volksgemeinschaft bildet nach wie vor den entsprechenden Nährboden für eine antisemitische und fremdenfeindliche Agitation der Partei gegen die Anerkennung der Menschenrechte. In den Verfassungsschutzberichten des Landes Brandenburg konnte das immer wieder an Hand der Wahlpropaganda (z.B. „Guten Heimflug“, „Sozial statt Multikulti“), von politischen Aktionen (z.B. „One-Way-Ticket“ der NPD in Märkisch-Oderland oder die Störung des örtlichen Laubhüttenfests durch den NPD-Ortsverband Schöneiche) sowie von Broschüren, Flugblättern und den einschlägigen Internetseiten der Partei gezeigt werden. Dabei wird auch versucht, das Geschichtsbild über den Nationalsozialismus zugunsten einer verharmlosenden Betrachtung zu korrigieren.

ren. Bei einer Demonstration am 24. März 2012 unter dem Motto „Raus aus der EU und Grenzen dicht!“ in Frankfurt (Oder) schlug die NPD, die neben den Freien Kräften Mitveranstalter war, revanchistische Töne an: „Diese Stadt ist deutsch und soll es auch bleiben. Also auf zur ehemaligen Frontstadt und haltet Stellung.“

Das Vorgehen der NPD variiert. Mitunter werden eindeutige rassistische Aussagen und aggressive Töne verschleiert. In diesem Sinne geben sich die Funktionäre der NPD auch gerne als Sachwalter der Interessen der „kleinen Leute“ aus und versuchen insbesondere im ländlichen Raum soziale Themen zu besetzen.

Die NPD opponiert und kämpft auf allen Ebenen gegen die parlamentarische Demokratie. Durch Theorie- und Programmarbeit sowie Präsenz auf den Straßen durch Informationsstände, Aufmärsche und Demonstrationen versucht die Partei eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Mobilisierungs- und Vermittlungsfähigkeit zu demonstrieren. Über Kommunalwahlen möchte sich die NPD regional verankern, um so den weiteren Strukturaufbau der Parteiorganisation voranzutreiben. Auch der immer wieder versuchte Immobilienerwerb ist Bestandteil dieser Strategie. In Brandenburg trifft dieser Ansatz allerdings auf Grenzen:

Nicht zuletzt infolge eines großen gesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit konnte sich die NPD in Brandenburg nirgendwo lokal verankern. Sie verpasste mit 2,5 % der Stimmen bei der vergangenen Brandenburger Landtagswahl auch deutlich den Einzug in das Landesparlament und fuhr auch in den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten ein nur mäßiges Ergebnis ein.

Die NPD verfügt in Brandenburg – nach wie vor – über keine funktionsfähige Landesparteizentrale, die ihr zudem die Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen könnte.

Der Brandenburger Rechtsextremismus wird besonders im Süden des Landes stark durch aktionsorientierte neonationalsozialistische Kräfte geprägt; Ziele – wie der Aufbau einer Parteiorganisation oder die regionale Verankerung als Organisation – stoßen daher insbesondere dort auf Grenzen.

Neonationalsozialisten

Die rechtsextremistische Strömung der Neonationalsozialisten hat ihr Personenpotenzial in den letzten Jahren in Brandenburg kontinuierlich vergrößern können, dieser Trend hält trotz einer rigiden Verbotspraxis an. Weltanschaulich und programmatisch orientieren sich Neonationalsozialisten am historischen Nationalsozialismus. Dies dokumentieren Bezüge zum völkischen und nationalsozialistischen Gedankengut von 1920 bis 1945, die Symbolik und das Auftreten der Neonationalsozialisten sowie nicht zuletzt ihre einschlägige politische Agitation und Propaganda. Dazu gehören die von Neonationalsozialisten durchgeführten „Heldengedenkfeiern“ und Ahnenrituale, in denen die nationalsozialistische Diktatur, die Wehrmacht und die SS verherrlicht und glorifiziert werden, sowie das Bekenntnis zu Repräsentanten des Nationalsozialismus, wie etwa Rudolf Heß.

Szeneangehörige fühlen sich insbesondere von der Rassen- und Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten angezogen. Entsprechend dieser ideologischen Grundausrichtung streben Neonationalsozialisten einen autoritären Führerstaat mit diktatorischer Machtfülle an. Kern dieses Systems soll ein ethnisch homogenes Staatsvolk in Form einer „Volksgemeinschaft“ sein. Angestrebt wird eine „homogene, in sich geschlossene biologisch verwandte Gemeinschaft“ die „alle hier lebenden Ausländer“ vertreiben will. In eigenen Veranstaltungen mit „Veteranen“ des Nationalsozialismus, auf Online-Speicherplätzen,

Internetseiten, Demonstrationen und Flyern wird eine Überwindung der Demokratie gefordert: „Die Demokratie zerschlägt die Einheit des Volkes. Sie spaltet das Volk [...] und liefert es [...] ans Messer.“ So soll das „Gewand der Demokratie“ vertauscht werden mit einem anderen, „das uns die völkische Einheit und damit das Leben sichert.“

Die Landesämter für Verfassungsschutz und das Bundesamt für Verfassungsschutz haben im Rahmen eines bundesweiten Analyseprojektes zu neonazistischen Gruppierungen eine Strukturveränderung der bundesweiten rechtsextremistischen Szene festgestellt. Nicht nur aufgrund des hohen staatlichen Repressionsdrucks sondern auch als Ausdruck einer Modernisierung verzichteten Neonationalsozialisten in den letzten Jahren mehr und mehr auf hierarchische Strukturen wie Kameradschaften. Der Rückgang des Anteiles der „klassischen“ Kameradschaften geht einher mit der deutlichen Zunahme der „informellen Gruppierungen“ (über 40 %). Sie weisen gegenüber den Kameradschaften reduzierte Strukturen auf und agieren in loser Weise beweglich und netzwerkartig. Besonders im Süden Brandenburgs hat sich diese Organisationsweise durchgesetzt. Nach den öffentlich proklamierten Selbstaufösungen von Gruppierungen/Kameradschaften im Jahr 2006 im südlichen Brandenburg („Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“, „Sturm Cottbus“ und „Lausitzer Front Guben“) spielten neonazistische Kameradschaften hier keine Rolle mehr. Stattdessen organisierten sich führende Neonationalsozialisten in einem aktionsorientierten und internetbasierten Netzwerk „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“, dessen Mobilisierungspotential zur Zeit des Verbotes im Juni 2012 bis zu etwa 200 Personen zugeordnet werden konnten. Die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ unterhielt Kontakte zu neonationalsozialistischen Gruppen in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen. Punktuell gab es dabei Berührungspunkte zu „Autonomen Nationalisten“ (AN).

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Neben der NPD und den Neonationalsozialisten existiert in Brandenburg eine Vielzahl subkulturell geprägter Rechtsextremisten. Diese sind in der Regel als Einzelaktivisten bekannt oder gehören informellen Jugendcliquen an. Die subkulturelle rechtsextremistische Szene besteht überwiegend aus männlichen Jugendlichen. Der Zusammenhalt basiert zumeist auf Gewohnheit, Kameraderie und einem vermeintlichen Mangel an sozialen Alternativen. Sie haben sich rechtsextremistische Anschauungen nur sehr oberflächlich und bruchstückhaft angeeignet. Nationalistische und fremdenfeindliche Motive bereifen sie aber als Grundlage für ihr Handeln und sehen dieses als einen wichtigen Teil ihrer Identität. Diese Personen nehmen an überregionalen Demonstrationen teil, besuchen rechtsextremistische Konzerte und verüben politisch motivierte Straf- und Gewaltstraftaten. Szenetypisches Ausdrucksmittel ist die rechtsextremistische Hassmusik. Sie spielt eine wichtige Rolle für das Selbstverständnis und den Zusammenhalt dieses subkulturellen Milieus. Die Texte sind von Gewalt- und Kampfbereitschaft sowie Ausländerhass, Nationalismus und Rassismus durchdrungen und schüren Hass und Aggressionen.

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten sind kaum in der Lage, ihr politisches Handeln fundiert zu reflektieren. Daher lassen sich die meisten auch nicht dauerhaft in feste Organisationsstrukturen integrieren. Punktuell kommt es auf regionaler Ebene zu anlassbezogenem Zusammenwirken zwischen subkultureller Szene und der NPD bzw. der JN (z.B. bei Aufmärschen). Viel mehr Gemeinsamkeiten gibt es aber mit der Szene der Neonationalsozialisten, die hier Rekrutierungspotenzial sehen. Das am 19. Juni 2012 vom Innenminister Brandenburgs verbotene neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ rekrutierte seine Anhänger zu einem Teil aus dieser rechtsextremistischen Subkultur und bemühte sich darum, dieses Personenpotenzial durch Schulungen, Vorträge und Kampfsport mit neonationalsozialistischen Ideen und Gedanken zu beeinflussen und zu indoktrinieren.

Frage 1.3:

Welche grundsätzlichen Veränderungen im rechtsextremistischen Lager und in seiner Organisationsstruktur seit dem Jahr 2000 sieht die Landesregierung?

Zu Frage 1.3:

Wählerpotenzial

Das rechtsextremistische Parteienspektrum in Brandenburg war zehn Jahre geprägt durch die Präsenz der „Deutschen Volksunion“ (DVU) im brandenburgischen Landtag. Bei der Landtagswahl am 05. September 1999 zog die DVU erstmals mit 5,3 % und fünf Abgeordneten in den Brandenburger Landtag ein. Am 19. September 2004 konnte sie ihr Ergebnis auf 6,1 % steigern und war im Landtag mit sechs Abgeordneten vertreten. Damit gelang ihr zum ersten Mal der Wiedereinzug in ein Parlament eines Flächenstaates. Die Wahlergebnisse der DVU lagen im Süden Brandenburgs – insbesondere in den ländlich geprägten Landkreisen Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz – teils deutlich über dem Landesdurchschnitt. Nachdem die DVU zehn Jahre im Landtag von Brandenburg vertreten war, verfehlte sie einen erneuten Einzug im Oktober 2009 deutlich. Die DVU war danach nur noch sporadisch präsent. Sie spielt für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Brandenburg praktisch keine Rolle mehr.

Vom Niedergang der DVU konnte die NPD, nunmehr einzige verbliebene rechtsextremistische Partei in Brandenburg, nicht profitieren. Sie ist in Brandenburg mit dem Vorhaben gescheitert, einen Zuwachs durch die „feindliche Übernahme“ der Konkurrentin DVU zu erzielen. Von den ehemals rund 150 Mitgliedern der DVU sind nur wenige zur NPD Brandenburg übergetreten. Dasselbe gilt für fast alle kommunalen Mandatsträger der ehemaligen DVU, die als Parteilose in den kommunalen Vertretungen verblieben

NPD und JN

Ein eigenständiger Landesverband der NPD existiert erst seit dem Jahr 2003 in Brandenburg. Bis dato war die NPD in Brandenburg Teil des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg. Im Rahmen der Neupositionierung der Gesamtpartei um die Jahrtausendwende erfuhr der NPD-Landesverband Berlin-Brandenburg eine andere Ausrichtung. Der damalige Bundesvorsitzende Udo Voigt gab Anhängern von verbotenen neonationalsozialistischen Gruppierungen ein Forum für ihre politischen Aktivitäten. Auch dem Brandenburger Landesverband traten neonationalsozialistische Kader aus der verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP), der „Nationalistischen Front“ (NF), den „Nationalen“ sowie der „Heimatreuen Jugend Deutschlands“ (HdJ) bei. Insbesondere der Eintritt der von einem Verbot bedrohten „Nationalen“ um den Neonationalsozialisten Frank Schwerdt brachte der mitgliederschwachen NPD etwas Zuwachs. Der Wechsel der NPD hin zu der nationalsozialistischen „Dreisäulenstrategie“ band die neonationalsozialistischen Kader viele Jahre an die Partei und war auch in Brandenburg Garant für die Zusammenarbeit der Partei mit neonationalsozialistischen Gruppierungen und ihre Aufnahme in die Partei. Diese Ausrichtung der NPD gilt auch noch heute: Unter dem Motto „Kampf um die Köpfe - Kampf um die Parlamente - Kampf um die Straße“ greift die NPD auch noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt das politische System der Bundesrepublik von innen und außen an und propagiert den „nationalen Sozialismus“. Die „Dreisäulenstrategie“ wird seit 2004 um eine vierte Säule ergänzt, den „Kampf um den organisierten Willen“, womit das gemeinsame Antreten von NPD und Neonationalsozialisten zu Wahlen gemeint ist.

Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahren 2003 war eine Stärkung des gesamten rechtsextremistischen Lagers nicht nur in Brandenburg sondern in ganz Deutschland zu verzeichnen. Viele Rechtsextremisten wähten sich dem jahrelang vergebens angestrebten Ziel einer Einheit der Rechtsextremisten wesentlich näher gerückt.

Nicht zuletzt das Scheitern der rechtsextremistischen Parteien bei der Landtagswahl 2009 und die auch trotz Auflösung der DVU nicht gestärkte Schlagkraft kann als wesentlicher Hinweis für einen Niedergang des NPD-Landesverbands Brandenburg angesehen werden. Zwar gibt es immer noch viele Schnittmengen zwischen NPD und Neonationalsozialisten in Brandenburg, wie etwa in den NPD-Kreisverbänden Lausitz, Havelland und Dahmeland. In einigen Regionen drehen Neonationalsozialisten der NPD mittlerweile aber auch den Rücken zu. Zudem tritt der NPD-Landesverband in Brandenburg selten geschlossen auf, das wesentliche politische Leben findet in den Kreisverbänden statt. Seit 2009 fanden nur noch wenige Veranstaltungen statt, für die der Landesvorstand mobilisierte (z.B. der sog. Preußentag). Auch die Bemühungen der NPD Brandenburg, mit Blick auf die Landtagswahl 2014 ihre Strukturen auf kommunaler Ebene weiter auszubauen, sind erheblich ins Stocken geraten und die Partei-Aktivitäten waren auch 2010 und 2011 weiter rückläufig (siehe unter 2). In Brandenburg unterhält die NPD nach wie vor lediglich acht Kreisverbände, deren Überleben derzeit an wenigen Personen hängt. Hinzu kommen vier „Stützpunkte“ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Die JN nehmen eine „Scharnierfunktion“ zwischen NPD und der neonationalsozialistischen Szene wahr.

Neonationalsozialisten

Die neonationalsozialistische Szene Brandenburgs stellt sich dagegen deutlich anders dar. Besonders nach den Verboten mehrerer neonationalsozialistischer Gruppierungen Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts sowie den Verboten und Selbstaflösungen Mitte des letzten Jahrzehnts bilden neonationalsozialistische Netzwerke seit 2005 so etwas wie die strukturelle Basis des Rechtsextremismus in Brandenburg und machen dabei seit einigen Jahren dem parteigebundenen Rechtsextremismus Konkurrenz. Dies betrifft insbesondere die Anwerbung von Jugendlichen. Durch die Verwendung neuer Kommunikationsmittel erzielen Neonationalsozialisten eine hohe Kommunikationsdichte und bieten gleichzeitig niedrig-schwellige Möglichkeiten der Kommunikationsaufnahme. In Brandenburg wurden die Möglichkeiten des Web 2.0-Angebots und die Bedeutung des Internets als wichtige Kommunikations-, Informations-, Schulungs- und Agitationsmedien von den Neonationalsozialisten schnell erkannt. Beispiele hierfür sind die neonationalsozialistische Szene im südlichen Brandenburg und dem Raum Potsdam mit ihren informellen Netzwerken, konspirativen Kommunikation und beständigen Bindung zu Jugendlichen vor Ort über das Internet: Politische Aktionen finden in heimischen Einkaufszentren und Bahnhöfen statt. Man filmt sich bei nächtlichen Graffiti-Aktionen, organisiert spontane Demonstrationen in der Region und dokumentiert dies im Internet und über Twitter, untermalt Propaganda-Videos mit bekannten Pop- und Rocksongs. Ideologische Schulungen, sogenannte „Lesezirkel“, und die Versorgung mit „völkischer“ Literatur sorgen zusätzlich für eine inhaltliche Vernetzung der jungen Akteure.

Zwar ist die neonationalsozialistische Szene in Brandenburg jünger, informeller und aktionistischer geworden, pflegt eine moderne Außendarstellung und gibt sich konspirativ. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich weltanschaulich nichts geändert hat. Kampagnen wie „Volkstod“, „Die Unsterblichen“, „Demokratie – Nein Danke!“ und Veranstaltungen wie „Nationale Kampfsportturniere“ oder „Ahnen- und Heldengedenken“ haben immer noch die nationalsozialistische Rasse-Doktrin, die volksgemeinschaftliche Fiktion eines homogenen Kollektivs und Vorstellungen eines arisch geprägten „Volkscharakters“ als Grundlage.

Rechtsterrorismus

Mit der Gruppierung „Freikorps Havelland“ gehörte in den Jahren 2003 und 2004 eine gewaltbereite Gruppe zum Lager des Rechtsextremismus in Brandenburg, die unter die Bezeichnung „Rechtsterrorismus“ gefasst werden kann. Zwischen August 2003 und Mai 2004 führten Angehörige des „Freikorps Havelland“ in Verfolgung ihrer ausländerfeindlichen Zielsetzung neun Brandanschläge und eine Sachbeschädigung gegen Geschäfte und Imbissständen von asiatisch- und türkischstämmigen Besitzern mit einem Sachschaden von insgesamt über 600.000 Euro durch. Nach der Verhaftung der Täter verurteilte das Brandenburgische Oberlandesgericht elf Personen wegen Gründung und Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu teils mehrjährigen Jugendstrafen. Der Hauptangeklagte, ein neunzehnjähriger Abiturient, erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten.

Generell fallen die Ermittlungen zur Bildung terroristischer Vereinigungen (so auch im Komplex NSU) in die originäre Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes. Damit liegt die Informationshoheit zu aktuellen Verfahren mit terroristischem Hintergrund ausschließlich beim GBA (vgl. 5.7).

Frage 1.4:

Wie schätzt die Landesregierung die aktuellen Tendenzen des Rechtsextremismus im Land Brandenburg ein?

Zu Frage 1.4:

Empirische Studien belegen seit Jahren die Existenz eines nicht unbeträchtlichen Anteils von rechtsextremistischen Einstellungen in der Bevölkerung. Der politische Rechtsextremismus in Gestalt von Gruppen und Parteien konnte dieses Einstellungspotenzial bislang nur eingeschränkt und zeitweise mobilisieren. So kam die DVU bei der Landtagswahl 2009 nach zwei Legislaturperioden nicht wieder in den Landtag; auch die NPD scheiterte bei ihrem Versuch, in den Landtag einzuziehen. Dies weist auf eine mangelnde Attraktivität einschlägiger Organisationen hin. Dennoch bleibt der Rechtsextremismus in allen messbaren und objektivierbaren Dimensionen auf bemerkenswertem Niveau.

Gerade weil die NPD – trotz Fusion mit der DVU – in Brandenburg Mitglieder verliert, ist sie weiterhin auf die Unterstützung neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“ angewiesen. Doch nicht alle „Freien Kräfte“ sind dazu bereit.

Im Gegensatz zur NPD ist das neonationalsozialistische Personenpotenzial in den letzten Jahren angestiegen. Dieser Prozess wird Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft in den nächsten Jahren intensiv herausfordern. Schwerpunkt neonationalsozialistischer Aktivitäten wird der Süden Brandenburgs bleiben. Das Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ hat die Kommunikation und die Fähigkeit zur Aktion des neonationalsozialistischen Netzwerks zwar wesentlich beeinträchtigt. Aber die Szene wird versuchen neue Verhaltensweisen zu entwickeln um ihrer völkischen Parallelwelt wieder Aufmerksamkeit besonders unter Jugendlichen zu verschaffen. Dabei werden subkulturell geprägte Rechtsextremisten weiterhin das personelle Reservoir der Neonationalsozialisten bilden.

Der hohe Druck auf die rechtsextremistische Szene durch staatliche Repressivmaßnahmen kann neben einer Vielzahl positiver Wirkungen allerdings zu einer noch konspirativeren Vorgehensweise bei der szeneeinternen Kommunikation und in Teilen auch zu weiteren Radikalisierungsprozessen führen. Sicherheitsbehörden stehen hier grundsätzlich vor dem Problem, konspirativ agierende Kleinzellen zu erkennen. Zumindest im Süden Brandenburgs ist ein noch individualistischeres Auftreten des neonationalsozialistischen Spektrums bei gleichzeitig hoher Bündnisbereitschaft zu erwarten.

2 Aktuelle Struktur rechtsextremistischer Parteien:

Frage 2.1:

Welche rechtsextremistischen Parteien und parteinahen Nebenorganisationen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?

Frage 2.2:

Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Mitgliederstruktur dieser Parteien bzw. Nebenorganisationen in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?

Zu Frage 2.1 und Frage 2.2:

Im Land Brandenburg existiert gegenwärtig als einzige rechtsextremistische Partei die NPD. Die 1964 in Hannover gegründete Partei agiert seit 1990 in Brandenburg, von 1991 bis 2003 waren die Landesverbände Berlin und Brandenburg vereinigt. Der Sitz der Landespartei befindet sich im Bundesparteisitz in der Seelenbinderstrasse 42 in 12555 Berlin-Köpenick. In Brandenburg verfügt die Partei über keine funktionsfähige „Parteizentrale“.

Vorsitzender des Landesverbandes ist seit 2004 Klaus Beier. Klaus Beier stammt aus dem Fränkischen und war bis zum Jahre 2011 auch gleichzeitig Bundesgeschäftsführer und damit hauptamtlicher Funktionär der Bundes-NPD. Sein Vertreter ist der Vorsitzende des KV-Lausitz Ronny Zasowk. Zum Landesvorstand gehören ferner die Schatzmeisterin Manuela Kokott, der Pressesprecher Dieter Brose, der Landesgeschäftsführer Thomas Salomon und der Organisationsleiter Michel Müller. Die NPD-Brandenburg verfügt über folgende acht Kreisverbände:

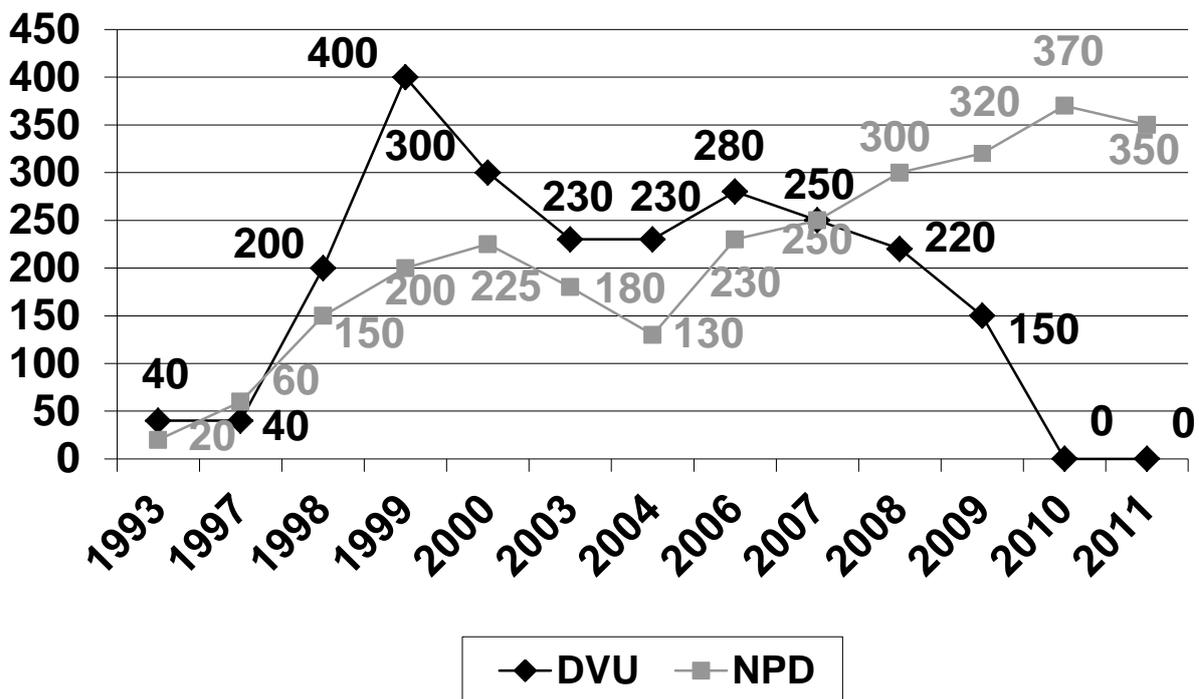
- Barnim-Uckermark
- Dahmeland
- Havel-Nuthe
- Lausitz
- Märkisch-Oderland
- Oberhavel
- Oderland
- Prignitz-Ruppin (inaktiv, verwaltet durch KV Oberhavel).

Vom jahrelang propagierten Ziel einer flächendeckenden Parteiarbeit ist die NPD mit dieser Struktur in Brandenburg aber noch immer weit entfernt.

Die Mitgliederentwicklung der Partei ist in Brandenburg in den Jahren seit 2000 sehr wechselhaft verlaufen, wie die folgende Tabelle und Grafik zeigt, die derzeitige Tendenz ist fallend:

Jahr	NPD	JN
2000	225	35
2001	205	30
2002	190	15
2003	180	30

2004	130	ab 2004 sind die verbleibenden Mitglieder direkt zur NPD gezählt worden ¹
2005	190	nicht separat ausgewiesen
2006	230	nicht separat ausgewiesen
2007	250	davon ca. 20 JN
2008	300	davon ca. 50 JN
2009	320	davon ca. 50 JN
2010	370	davon ca. 40 JN
2011	350	davon ca. 25 JN



Anmerkung: Zur DVU siehe Frage 2.7.

Zur Alters- und Geschlechtsstruktur der Partei lässt sich anhand der hier vorliegenden Daten festhalten, dass Frauen mit derzeit ca. 17 Prozent in der Partei unterrepräsentiert sind. Ihr Durchschnittsalter liegt bei etwa 40 Jahren, während das Durchschnittsalter der Männer etwa 38 Jahre beträgt. Anmerkung: Die Verfassungsschutzbehörde hat sich bereits 2009 und 2010 mit der Sozialstruktur des Rechtsextremismus befasst:

- im Verfassungsschutzbericht 2009: Kapitel „Frauen im brandenburgischen Rechtsextremismus“ (S. 133 ff.) sowie
- im Verfassungsschutzbericht 2010: eigenes Kapitel – erstmals bundesweit – über das Thema „Kinder im Visier brandenburgischer Rechtsextremisten“ (S. 91 ff.).

¹ 2004 erfolgte die Gründung der „Bewegung Neue Ordnung (BNO)“; in der wesentliche Teile der JN aufgingen.

Statistische Aussagen zu den Nebenorganisationen lassen sich aufgrund der nur geringen Personenanzahl nicht treffen. Zu den parteinahen Nebenorganisationen zählen die Jugendorganisation der NPD „Junge Nationaldemokraten“ (JN), der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) und die „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV), mit deren Hilfe die NPD die kommunalen Mandatsträger zu vernetzten versucht. Eigenständige Brandenburger Landesverbände gibt es bislang weder bei der JN, noch dem RNF, noch der KPV.

„Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die JN versteht sich als eine Art Kaderorganisation, deren Mitgliederzahl in Brandenburg schwankend im unteren zweistelligen Bereich anzusiedeln ist. Anstelle eines Landesverbandes hat die JN vier Stützpunkte in Brandenburg geschaffen, die im Landkreis Oberhavel, in Schenkenländchen/Dahmeland, in der Lausitz und in Potsdam liegen. Die JN soll derzeit ca. 25 Mitglieder haben. Wichtigster Funktionär ist Pierre Dornbrach, der zudem in der Bundesgliederung der JN Ämter anstrebt.

„Ring Nationaler Frauen“ (RNF) und „Kommunalpolitische Vereinigung“ (KPV)

Die beiden Gruppierungen haben derzeit in Brandenburg keine belegbaren Strukturen, sondern verfügen nur über Einzelpersonen.

„Die Rechte“

Die im Mai 2012 in Hamburg durch den Neonazi Christian Worch gegründete Splitterpartei „Die Rechte“ hat am 26. Januar 2013 nach den Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen und Hessen in Brandenburg ihren dritten Landesverband gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der letzte Landesvorsitzende der DVU gewählt.

Frage 2.3:

Wie hat sich die kommunale Verankerung rechtsextremistischer Parteien nach der Fusion der DVU mit der NPD verändert und hat dieses Rückwirkungen auf die Verankerung rechtsextremistischer Agitation in den Brandenburger Kommunalvertretungen?

Zu Frage 2.3:

Die DVU verfügte vor der Fusion mit der NPD über 25 Kommunalmandate. Die NPD konnte davon kaum profitieren, lediglich einzelne Vertreter traten über (siehe dazu ausführlich Verfassungsschutzbericht 2010, S. 11 ff.).

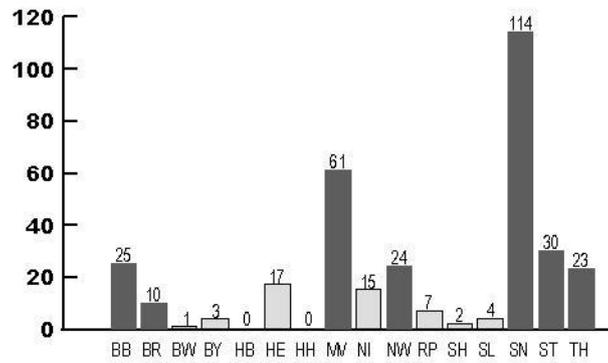
Die NPD verfehlt ihr Ziel einer regionalen Verankerung in Brandenburg nach wie vor (siehe dazu 1.2).

Bundesweite Verteilung der NPD-Kommunalmandate



Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz
(Stand: 16.06.2010)

NPD-Mandate insgesamt: 336



Frage 2.4:

Wie finanzieren sich die jeweiligen Parteien bzw. Organisationen im Land Brandenburg und wie schätzt die Landesregierung deren finanzielle Lage ein? In welchem Umfang haben diese Parteien staatliche Mittel nach § 18 des Gesetzes über die politischen Parteien (PartG) erhalten? Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die Entwicklung der Einnahmen durch Spenden?

Zu Frage 2.4:

Der Mitgliedsbeitrag der NPD Brandenburg beträgt regulär 13,00 Euro/Monat. Ein ermäßigter Tarif für Arbeitslose (Diktion der NPD) liegt bei 8,00 Euro/Monat und der für Hartz IV-Empfänger (Diktion der NPD) bei 5,00 Euro/Monat. Nach hiesiger Einschätzung zahlt nur ein geringerer Anteil der Mitglieder den Mitgliedsbeitrag regelmäßig und in voller Höhe. Einen Beitrag zur Finanzierung sollen auch Parteiveranstaltungen wie jüngst der „Preußentag“ leisten (Eintritt: 15 Euro).

Neben der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge und Spenden werden Parteien gemäß § 18 des Parteiengesetzes (PartG) wesentlich durch staatliche Mittel unterstützt, die nach einem bestimmten Schlüssel berechnet werden, dem der Stimmenanteil der letzten Landtagswahlen, der letzten Europawahl und der letzten Bundestagswahl zu Grunde liegt.

Die Bundes-NPD erhält gemäß der Bundestagsverwaltung nach der Festsetzung der staatlichen Mittel für das Jahr 2011 eine Summe von 1.323.547,81 Euro.

Für das Land Brandenburg weist der am 14. Februar 2012 von der Bundestagsverwaltung veröffentlichte Rechenschaftsbericht Gesamteinnahmen von 94182,52 € aus (BT Drucksache 17/8551). Eine detaillierte Aufstellung findet sich auf der folgenden Internetseite:

http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/festsetz_staatl_mittel/finanz_11.pdf

Ferner wurde in der Drucksache des Deutschen Bundestages (17/8551) vom 14. Februar 2012 der Rechenschaftsbericht der NPD für das Jahr 2010 aufgeführt, der für den Landesverband Brandenburg ein Spendenaufkommen von 19.728,53 Euro ausweist.

Frage 2.5:

Haben rechtsextremistische Parteien bzw. Organisationen – ggf. auch über Nebenorganisationen – in den letzten Jahren öffentliche Mittel außerhalb des Gesetzes über die politischen Parteien (PartG) hinaus erhalten?

Zu Frage 2.5:

Nein.

Frage 2.6:

Welche Verbindungen unterhalten diese Parteien bzw. deren Nebenorganisationen zu freien Kräften, Kameradschaften und anderen rechten Organisationen?

Zu Frage 2.6:

Da die NPD – trotz Fusion mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) – auch in Brandenburg wieder Mitglieder verliert, ist sie weiterhin auf die Unterstützung neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“ angewiesen. Sie dienen der NPD als Hilfstruppen beim propagierten „Kampf um die Straße“ und sollen so die Mobilisierungsschwäche der Partei ausbügeln. Hier hat sich insbesondere der Vorsitzende des NPD-KV Lausitz, Ronny Zasowk, hervorgetan. Er hat NPD-Mitglieder in die Arbeit seines KV eingebunden, die auch von den „Freien Kräften“ akzeptiert werden. Gerade schwächere NPD-Kreisverbände sind auf die Unterstützung neonationalsozialistischer „Freier Kräfte“ angewiesen (zur aktuellen Kooperationsbereitschaft der einzelnen Kreisverbände der NPD siehe Verfassungsschutzbericht 2011 S. 75ff.): NPD und „Freie Kräfte“ unterstützen sich wechselseitig. So fand am 24. März 2012 in Frankfurt (Oder) eine Demonstration der „Freien Kräfte“ statt.

Als Redner traten u. a. Udo Voigt (ehemaliger Bundesvorsitzender der NPD) und Klaus Beier (Landesvorsitzender der NPD Brandenburg) auf. Der Vorsitzende und einzelne Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe (Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland und kreisfreie Städte Potsdam und Brandenburg a. d. Havel) unterhalten enge Kontakte zu Aktivisten der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“. Die Gruppierung nimmt regelmäßig an Veranstaltungen wie Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen der NPD teil und unterstützt diese bei der Verteilung von Flugblättern und dem Anbringen von Aufklebern.

Doch nicht alle „Freien Kräfte“ sind zur Kooperation bereit. Manche lehnen Parteien rundweg ab, da diese schon ein Zugeständnis an das verhasste „System“ darstellen. Folgerichtig verweigert ein Teil der „Freien Kräfte“ die Zusammenarbeit mit der NPD und hält ihr vor, schon „Systempartei“ zu sein. Dieser Auffassung innerhalb der „Freien Kräfte“ folgte etwa die mittlerweile vereinsrechtlich verbotene Gruppierung „Widerstand in Südbrandenburg“.

Andere Neonationalsozialisten sehen dagegen in einer NPD-Mitgliedschaft die Chance, ihre neonationalsozialistischen Aktivitäten unter dem Schutzschirm des Parteienprivilegs zu entfalten. Eine dritte Haltung ist insbesondere bei den „Jungen Nationaldemokraten“ zu beobachten. Sie nutzen die NPD als Vehikel eigener Ziele, aber nur so lange sie gebraucht wird. Der o.g. Pierre Dornbrach z.B. verkehrt gerne in Kreisen neonazistischer „NPD-Verächter“ und ist wohl selber auch einer.

Frage 2.7:

Welche rechtsextremistischen Parteien und parteinahen Nebenorganisationen haben sich im Land Brandenburg seit dem Jahr 2000 aufgelöst und aus welchen Gründen?

Zu Frage 2.7:

Die DVU schaffte 1999 mit einem Stimmenanteil von 5,3 Prozent den Einzug in den Brandenburger Landtag. 2004 konnte die Partei ihr Wahlergebnis sogar auf 6,1 % steigern und war damit eine zweite Wahlperiode im Brandenburger Landtag vertreten. Sie verfügte allerdings weder über eine stabile Stammwählerschaft noch über eine regionale Verwurzelung. Das machte sie stärker noch als die NPD von Stimmungsschwankungen ihrer potenziellen Wählerschaft abhängig. Folglich zielte ein Gutteil des DVU-Wahlkampfes auf Protestwähler.

Im Januar 2009 löste Matthias Faust seinen inzwischen verstorbenen Vorgänger Gerhard Frey als DVU-Bundesvorsitzenden ab. Damit ging eine extreme finanzielle Schwächung einher, da Frey Mäzen der DVU war und ihre Wahlkämpfe finanzierte. Es waren Materialschlachten in Form von aggressiv fremdenfeindlichen Wurfendungen und einer flächendeckenden Plakatierung. Weniger Gewicht wurde

auf die Auswahl geeigneter Kandidaten gelegt. Dies war allerdings auch im Sinne von Frey, der die Partei autoritär führte und keinerlei Wert auf parteiinterne Basisarbeit legte. Faust bekam die mit der „Abdankung“ von Frey einhergehenden finanziellen Probleme nicht in den Griff. Die Wahlergebnisse waren niederschmetternd und die NPD nutzte die Gunst der Stunde und kündigte den „Deutschland-Pakt“ auf. So traten zur Landtagswahl 2009 die NPD (2,6 Prozent) und die DVU (1,1 Prozent) an und verloren beide. Im Ergebnis wurde die DVU von der NPD öffentlich gedemütigt und geschwächt. In der Folge war der bundesweite Niedergang der DVU nicht mehr zu stoppen, so dass über eine Fusion zwischen der NPD und der DVU nachgedacht wurde. Einer Fusion wollten aber viele DVU-Landesverbände nicht zustimmen. Darüber zerrieb sich die Partei weiter. Am Ende löste sich die DVU faktisch auf, aber nur wenige Mitglieder traten tatsächlich zur NPD über.

Letzter DVU-Landesvorsitzender war Klaus Mann. Dieser pflegte schon seit Jahren offen Kontakt zu neonationalsozialistischen „Freien Kräften“ und stellt auch heute noch sein Grundstück in Finowfurt (BAR) immer wieder für rechtsextremistische Konzerte und Veranstaltungen zur Verfügung. Die letzte derartige Veranstaltung fand am 06. Oktober 2012 (sog. „Preußentag der NPD“) mit ca. 600 Teilnehmern statt.

Frage 2.8:

Mit welchen Methoden werben rechtsextremistische und rechtspopulistische Parteien sowie deren Nebenorganisationen für ihre Ziele und um Mitglieder? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz in der Bevölkerung?

Zu Frage 2.8:

Ein elementares Mittel der NPD ist „der Kampf um die Straße“ – darunter versteht sie auch die Durchführung von Demonstrationen. In 2012 wurden von der NPD die Projekte „Tausendfüßler“ und „Kleeblatt“ angekündigt – darunter verstand sie Mahnwachen in zahlreichen Ortschaften Brandenburgs bzw. vier Demonstrationen in den kreisfreien Städten Brandenburg a.d.H., Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam. Nicht nur die als krönender Abschluss vorgesehene Demonstration am 15. September 2012 in Potsdam war mit 80 Teilnehmern äußerst schwach besucht.

Ein weiteres Beispiel von Aktivitäten sind die insbesondere vom NPD-Kreisverband Lausitz im südlichen Brandenburg häufig durchgeführten Infostände und Mahnwachen. Die Infostände und Mahnwachen werden in der Regel von einer Handvoll Personen gestaltet, wobei diese Aktionen auf vergleichsweise wenig Interesse stoßen. Über die Durchführung wird regelmäßig auf der Homepage des Kreisverbandes berichtet. Man versucht somit zum einen durch die persönliche Ansprache vor Ort die Bürger an die NPD im Stadtbild zu gewöhnen und sie für die Ziele der Partei zu interessieren. Dabei ist ebenfalls vorgesehen neue Mitglieder zu rekrutieren.

Um auch die nachwachsenden Generationen anzusprechen, präsentiert die NPD zum anderen ihre Aktionen auch im Internet und versucht sich als modern und lebensnah darzustellen. Auch hier wird versucht, Interessenten für die Partei zu werben und in die Arbeit der Partei einzubeziehen.

Dennoch ist die Resonanz bei den Bürgern kaum messbar und der Trend der Mitgliederzahlen rückläufig.

Nicht zuletzt aufgrund des geringen Zuspruches versucht die NPD mittels ungewöhnlicher Maßnahmen auf sich aufmerksam zu machen: So wurden in der Anti-Euro-Kampagne mehrfach fingierte und sorgfältig gefaltete 20 Euro-Scheine auf die Straße geworfen. Ziel war es, dass die Bürger die Scheine aufhe-

ben sollten, um sodann festzustellen, dass es keine echten Scheine sind und Parteipropaganda gegen den Euro zu lesen.

Typisch für die NPD ist das Aufnehmen lokaler Themen (z.B. Diebstähle in der Grenzregion) oder der Versuch, mit Kampagnen wie „Todesstrafe für Kinderschänder“ die Bevölkerung zu agitieren.

Damit versucht die NPD auch Wahlkampf zu machen und Themen zu besetzen. Trotzdem blieben die Wahlergebnisse bei der letzten Landtagswahl 2009 mit 2,6% deutlich hinter den Erwartungen zurück. Insbesondere wenn man die Ergebnisse der NPD und der „Deutschen Volksunion“ zusammenrechnet und mit dem Ergebnis der Landtagswahl von 2004 vergleicht, hat sich der Stimmenanteil der rechtsextremistischen Parteien fast halbiert.

Auch für die nächste Landtagswahl, ist nicht von einem höheren Stimmanteil auszugehen.

Gleichzeitig versucht die Partei mittels überregionaler Veranstaltungen wie dem „Preußentag“, durch die Verbindung von rechtsextremistischer Politik mit der Darbietung von Musik einschlägiger Bands, neue Mitglieder zu gewinnen. Dominiert wurde die Veranstaltung durch ein Plakat mit der Aufschrift „Unser Weg ist die NPD – unser Ziel ist das Reich.“

Breitere Bevölkerungsschichten will sie durch die Verquickung von Freizeit, Spaß und Parteipropaganda möglichst „im Vorbeigehen“ erreichen.

Frage 2.9:

Welche Internetauftritte von rechtsextremistischen Parteien und deren Nebenorganisationen aus Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?

Zu Frage 2.9:

Sehr aktiv und immer aktuell gehalten sind die Webauftritte der NPD Kreisverbände Lausitz, Barnim-Uckermark, Havel-Nuthe und Oderland sowie der NPD Landesverband Brandenburg.

Die NPD-Stadtverbände Frankfurt (Oder), Fürstenwalde, Eisenhüttenstadt und Strausberg stellen keine eigenen Websites in Netz. Sie übernehmen den aktuellen Inhalt der Webseite NPD Kreisverband Oderland (Weiterleitung).

Nachfolgend sind die bekannten Internetauftritte der NPD aufgeführt (Stand: Dezember 2012).

NPD Brandenburg Landesverband

- aktiv
- Herausgeber: NPD Landesverband Berlin, Redaktion: Chefredakteur Klaus Beier

JN Brandenburg

- aktiv
- verantwortlich: JN Halberstadt, Bundesvorsitzender Michael Schäfer

JN Oranienburg

- aktiv

NPD Barnim Uckermark Kreisverband

- aktiv
- Herausgeber: Kreisverband Barnim-Uckermark, Redaktion: Klaus Beier

NPD Dahmeland Kreisverband

- aktiv
- Herausgeber: Kreisverband NPD Dahmeland

NPD Havel-Nuthe Kreisverband

- aktiv

NPD Lausitz Kreisverband

- aktiv
- Herausgeber: Kreisverband NPD Lausitz, Redaktion: Ronny Zasowk

NPD Märkisch-Oderland Kreisverband

- aktiv
- Herausgeber: Kreisverband NPD Märkisch-Oderland, Redaktion: Enrico Gesche

NPD Neuruppin

- aktiv

NPD Oberhavel Kreisverband

- aktiv

NPD Oderland Kreisverband

- aktiv
- Herausgeber: Kreisverband NPD Oderland, Redaktion: Klaus Beier

NPD Eisenhüttenstadt

- aktiv

NPD Frankfurt/Oder Stadtverband

- aktiv

NPD Fürstenwalde Stadtverband

- aktiv

NPD Königs Wusterhausen Ortsverband

- inaktiv
- Herausgeber: NPD Ortsgruppe Königs Wusterhausen,
- Redaktion: Sven-Gunnar Haverlandt

NPD Strausberg

- aktiv

NPD Prenzlau

- aktiv

NPD Schöneiche Ortsbereich

- aktiv

- Herausgeber: NPD Ortsbereich Schöneiche, Redaktion: Florian Stein

NPD Storkow

- aktiv

NPD Teltow-Fläming

- aktiv

NPD Lore Lierse

- aktiv
- verantwortlich: Lore Lierse

NPD Manuela Kokott

- aktiv
- Herausgeber: NPD Landesverband Brandenburg, Redaktion: Manuela Kokott

NPD Klaus Beier

- offline

NPD Wahlblog

- offline

Alle Internet-Auftritte der NPD sind darauf ausgerichtet die eigenen Aktivitäten darzustellen und medial zu flankieren. Ferner werden die Leser oftmals mit bestimmten Forderungen agitiert und aufgehetzt (z.B. Verhinderung eines neuen Asylbewerberheims in Wandlitz/Barnim). Die Partei nutzt die Medien auch, um sich als modern und dem aktuellen Zeitgeist verbunden darzustellen. Dabei sollen vor allem junge Menschen, für die das Internet ein integraler Bestandteil ihres Lebens ist, angesprochen und zur Mitarbeit animiert werden. Ob dies mit der Art des NPD-Internetauftritts gelingt, ist vor dem Hintergrund der aktuellen schwindenden Mitgliederentwicklung und der schlechten Wahlergebnisse zu bezweifeln.

Frage 2.10:

Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort von rechtsextremistischen Parteien und ihrer Nebenorganisationen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?

Zu Frage 2.10:

Derzeit sind die nachstehen aufgeführten Immobilien in Brandenburg von besonderer Relevanz. (vgl. dazu auch den Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2011, S 88ff).

In einzelnen weiteren Immobilien fanden Veranstaltungen/Konzerte statt (so etwa in Frankfurt (Oder), siehe dazu insbesondere die Aufstellung der Konzerte unter 6.3).

Finowfurt (BAR)

Das Gelände in Finowfurt, das schon seit mehreren Jahren für rechtsextremistische Veranstaltungen bekannt war, wurde auch 2012 wieder genutzt. Das Grundstück gehört Klaus Mann. Am 06. Oktober 2012 fand dort der o. g. vom NPD-Landesverband organisierte „Preußentag“ mit etwa 600 Teilnehmern statt. Neben Rednern wie der ehemalige Bundesvorsitzende Udo Voigt traten rechtsextremistische Bands und Liedermacher auf. Diese Veranstaltung geriet deutlich größer als frühere auf dem Privatgelände.

Biesenthal (BAR)

In Biesenthal sind lediglich kleinere Aktivitäten zu verzeichnen. Die Liegenschaft ist aufgrund baurechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt nutzbar. Meist kommt es zu kleinen konspirativen Treffen. Auch die NPD hat dieses Gelände bereits für Sitzungen genutzt. Die Immobilie ist nicht im Besitz der NPD und es fehlen Geldmittel für die notwendige Instandsetzung.

Brandenburg an der Havel (Ortsteil Kirchmöser)

In Brandenburg an der Havel (Ortsteil Kirchmöser) besitzt der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) eine Immobilie. Der BfG mit Hauptsitz in Tutzing (Bayern) ist bundesweit aktiv und fällt mit einer Mischung aus Rechtsextremismus sowie sektenhaftem Verhalten auf.

Oranienburg (OHV)

Der Mietvertrag für das „JuZ“ im „Alten Speicher“ in Oranienburg wurde zum Ende des Jahres 2011 gekündigt. So haben die örtlichen „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) – nicht nur ihren Treffpunkt, sondern auch eine Einnahmequelle verloren. Denn dort wurde eine Serie rechtsextremistischer Konzerte – allein acht im Jahr 2011 – veranstaltet.

Mühlenfließ (PM)

Im Mühlenfließ Ortsteil Grabow (PM) gibt es eine Immobilie, die aus mehreren kleinen Gebäuden besteht. Trotz des schlechten baulichen Zustandes finden dort regelmäßig Treffen von Rechtsextremisten statt. Das Grundstück wurde gegen Einsichtnahme von Außen abgeschottet. Besitzer ist der inzwischen aus den JN ausgetretene ehemalige Leiter des Potsdamer Stützpunktes, Maik Eminger.

Märkisch Buchholz (LDS)

In Märkisch Buchholz (LDS) steht in der Friedrichstr. 27 ein zweigeschossiges Wohnhaus, dessen Erdgeschoss als Gaststätte genutzt wurde. Auf dem Hof befindet sich ein Seitenflügel mit drei kleinen Wohneinheiten. Alle Gebäude haben einen hohen Sanierungsbedarf. Zu der Immobilie existiert eine eigene Website. Nach wie vor versucht die NPD in diesem Objekt ein nationales Jugend und Freizeitzentrum einzurichten. Daher fanden im Sommer sowohl „Arbeitseinsätze“ als auch Veranstaltungen statt.

Frage 2.11:

Welche Verbindungen von Parteien und parteinahen Nebenorganisationen aus Brandenburg gibt es zu anderen Bundesländern oder in das Ausland?

Zu Frage 2.11:

Der NPD-Landesverband Brandenburg profitiert aufgrund seiner geographischen Lage zwischen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen in einzelnen Fällen von Unterstützungen (Wahlkampf, Flyer, Beschäftigung Zasowk etc.) der dortigen finanzstarken NPD-Verbände.

Ferner versucht die NPD Verbindungen und Kontakte zu Landes- und Kreisverbänden anderer Bundesländer zu halten. Eines der Felder, auf denen Unterstützung dargeboten wird, ist die Hilfe bei Wahlkampfaktionen wie die nachfolgenden Beispiele zeigen:

- Anlassbezogen unterstützen Brandenburger NPD-Verbände NPD-Strukturen anderer Bundesländer. So unterstützten im Frühjahr 2011 Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Barnim-Uckermark den NPD-Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt, indem sie Flugblätter und Zeitungen der NPD Sachsen-Anhalt verteilten.

- Aus dem NPD-Kreisverband Havel-Nuthe gibt es vereinzelte Kontakte zu führenden NPD-Mitgliedern in Sachsen-Anhalt, insbesondere aus den Regionen um Magdeburg und Stendal. Von dort nehmen Mitglieder an NPD-Demonstrationen in Brandenburg teil so wie umgekehrt NPD-Angehörige aus Brandenburg zu NPD-Demonstrationen nach Sachsen-Anhalt fahren.
- Ferner werden auch Demonstrationen, Festivitäten (z.B. „Preußentag“ in BB und Fest der „Deutschen Stimme“) und Veranstaltungen wie Vorträge, Landesparteitage und ähnliche Zusammenkünfte dazu genutzt, Kontakte zu knüpfen und zu vertiefen.

Es gibt derzeit keine Hinweise auf aktive Parteipolitik der NPD-Brandenburg im Ausland.

Frage 2.12:

Wie schätzt die Landesregierung die Stellung der Parteien und parteinahen Nebenorganisationen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?

Zu Frage 2.12:

Der NPD-Landesverband Brandenburg ist mit 350 Mitgliedern im Mittelfeld der ostdeutschen Landesverbände angesiedelt, wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht. In finanzieller Hinsicht gehört er zu den schwächeren Landesverbänden. Auf der NPD-Bundesebene spielen die Brandenburger Funktionäre mittlerweile – insbesondere nachdem Beier seine Funktion als Bundesgeschäftsführer 2011 verlor – eine nachgeordnete Rolle, auch wenn Zasowk und Dornbrach ambitioniert auftreten.

Land	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Brandenburg
NPD-Mitglieder	400	760	250	300	350
Kreisverbände	6	13	12	17	8
JN-Mitglieder	Nicht ausgewiesen	50	40	5	25

Quelle: VS-Berichte 2011

Im Vergleich zu den erfolgreichen Nachbarlandesverbänden in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen besitzt der Brandenburger Landesverband keinerlei Strahlkraft über den regionalen Raum hinaus. Die mangelnde kommunale Verankerung der NPD ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass das Land Brandenburg ab der zweiten Hälfte der 90er Jahre z.B. mit dem Konzept des „Toleranten Brandenburg“ dem Rechtsextremismus erfolgreich entgegengetreten ist.

3 Aktuelle Struktur rechtsextremistischer Organisationen

Fragen ggf. bitte getrennt nach den einzelnen rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen beantworten.

Vorbemerkung

Gegenwärtig existieren im Bereich rechtsextremistischer Organisationen und Vereinigungen in Brandenburg nur noch Gruppierungen, die zum sogenannten kulturellen Rechtsextremismus gehören (rechtsextremistische Kultur-Organisationen, Publikationsorgane, Verlage, rechtsextreme Intellektuellen-Szene, rechtsextremistische Themenfelder Esoterik und Revanchismus). Es sind Gruppierungen, die sich im Bereich der Esoterik (Neo-Heidentum) und des Revisionismus politisch betätigen. Sie stammen nicht aus Brandenburg, sind hier aber politisch aktiv. Die Fragen 3.1, 3.2 und die Fragen 3.5 bis 3.14 werden nachfolgend für diese Gruppierungen beantwortet.

Aus historischer Perspektive betrachtet, waren in Brandenburg ab dem Jahr 2000 rechtsextremistische Vereine und Organisationen aktiv, die insgesamt ein breiteres ideologisches Spektrum im Rechtsextremismus repräsentierten als die aktuell aktiven Gruppierungen. Die Antworten auf die Fragen 3.3 und 3.4 beziehen sich vor allem auf Vereine und Gruppierungen mit deutsch-nationalem, revanchistischem und völkisch-sozialistischem Hintergrund. Auch Vereine mit revisionistischer Ausrichtung waren vertreten.

Frage 3.1:

Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?

Frage 3.2:

Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über deren Brandenburger Mitgliederzahlen und die Mitgliederstruktur in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?

Frage 3.5:

Welche regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten und Verankerung gibt es im Land Brandenburg und wo sieht die Landesregierung die Ursachen dafür?

Frage 3.6:

Mit welchen Methoden werben die Organisationen im Land Brandenburg für ihre Ziele und um Mitglieder? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz insbesondere unter Jugendlichen?

Frage 3.7:

Mit welchen Aktionsformen und Aktivitäten sind die Organisationen seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg in die Öffentlichkeit gegangen und wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?

Frage 3.8:

Welche Internetauftritte von rechtsextremistischen Organisationen aus Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?

Frage 3.9:

Welche Erkenntnisse liegen über die Finanzierung der jeweiligen Organisationen im Land Brandenburg vor und wie schätzt sie deren finanzielle Lage ein?

Frage 3.10:

Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort von rechtsextremistischen Organisationen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?

Frage 3.11:

Welche Verbindungen von rechtsextremistischen Organisationen gibt es in andere Bundesländer oder das benachbarte Ausland?

Frage 3.12:

Wie schätzt die Landesregierung die Stellung der rechtsextremistischen Organisationen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?

Frage 3.13:

Wie werden diese Organisationen aus anderen Bundesländern beeinflusst?

Frage 3.14:

Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen gab es bzw. gibt es zur bzw. mit der NPD?

Zu den Fragen 3.1, 3.2, 3.5, 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, 3.14:

Als Bestrebungen im Sinne des § 3 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz - BbgVerfSchG gelten der „Bund für Gotterkenntnis“ sowie die als „Kommissarische Reichsregierungen“ bezeichnete „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“ (KRR) und die „Exilregierung Deutsches Reich“.

Organisation	Gründungsort	Vorsitz	Hauptsitz
„Bund für Gotterkenntnis“	n.b.	Günther Duda	Tutzing
„Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“	Berlin	Wolfgang Ebel	Berlin
„Exilregierung Deutsches Reich“	Hildesheim	Norbert Schittke	Hildesheim

Diese überregionalen Vereinigungen stammen nicht aus Brandenburg, sind aber in Brandenburg aktiv.

„Bund für Gotterkenntnis“ (BfG)

Der „Bund für Gotterkenntnis“ (BfG) besitzt eine Immobilie in Kirchmöser im Landkreis Potsdam-Mittelmark, die als Tagungshaus genutzt wird. Bisher ging man bundesweit von etwa 240 Mitgliedern aus. Neuere, verlässliche Zahlen sind allerdings nicht bekannt. Nur wenige Anhänger sind in Brandenburg ansässig. Der regionale Schwerpunkt der Gruppierung liegt in Pähl bei Weilheim (Bayern), wo der unternehmerische Zweig der Gruppierung sitzt. Ein zweiter Schwerpunkt ist Bad Fallingborstel, Ortsteil Dorfmark, wo der Verein seine jährlichen Ostertagungen durchführt, zuletzt vom 02. April bis zum 05.

April 2012 mit rund 100 Personen. Der Verein richtet sich – auch auf Grund seiner teilweise erzieherischen Ansprüche – an rechtsextremistisch eingestellte Familien, die Kontakt zu ihresgleichen suchen. Der BfG wurzelt ideologisch in der völkischen Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts. Die Organisation bestand schon zur Zeit des Nationalsozialismus und wurde 1951 von Mathilde Ludendorff (1877 – 1966), Ehefrau von Erich Ludendorff, wieder gegründet. Der BfG bezeichnet sich als Weltanschauungsgemeinschaft und sieht es als seine Aufgabe an, „die Erkenntnisse der Philosophin Mathilde Ludendorff zu pflegen und weltanschaulich suchenden Menschen zu übermitteln“. Ähnlich wie die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.“ (AG-GGG) des verstorbenen Neonationalsozialisten Jürgen Rieger verbindet die BfG germanisch-heidnische Glaubensansätze mit ethnopluralistischen Vorstellungen. Rassismus und Antisemitismus durchziehen daher die Weltanschauung der Gruppierung und werden regelmäßig auf Seminaren und Tagungen vermittelt.

Auch in Brandenburg führt der Verein Tagungen und Ferienlager in seiner Immobilie durch. Im August 2010 beobachtete der Verfassungsschutz, dass einige Kinder ein Ferienlager des BfG in Kirchmöser verbrachten. Neuere Aktivitäten des BfG sind in Brandenburg seither nicht beobachtet geworden. Der Verein wirbt nicht öffentlich, sondern richtet sich direkt an die ihm bekannten rechtsextremistisch eingestellten Familien in Brandenburg. Auch die Internetseite der Gruppierung passt zu dieser Ausrichtung; sie wirkt unzeitgemäß und erweckt den Eindruck, dass sie nur für Insider gemacht ist. Der BfG betätigt sich auch wirtschaftlich. Der Verlag Hohe Warte ist der unternehmerische Zweig der Gruppierung, der die Weltanschauung über Bücher, Spruchkarten, Poster u.ä. verbreitet. Dort wird die Zeitschrift „Mensch und Maß“ verlegt, in der rechtsextremistische Intellektuelle wie Claus Nordbruch, publizieren. Der BfG wirkt vor allem über die Zeitschrift „Mensch und Maß“ in rechtsextremistische Zirkel. Kontakte ins Ausland sind bisher – außer im publizistischen Bereich - nicht bekannt geworden.

„Kommissarischen Reichsregierungen“

Die „Kommissarischen Reichsregierungen“ gehören zum Spektrum der „Reichsbürger“ oder „Reichsideologen“, deren vorrangiges Ziel die Delegitimierung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ist. Die ostdeutschen Bundesländer sind für diese Gruppierungen interessant, weil hier ehemalige Mitglieder der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und ehemalige Anhänger der „Republikaner“ (REP) ein politisch „heimatloses“ und rekrutierungsfähiges Spektrum bilden. „Kommissarische Reichsregierungen“ vertreten die Auffassung, das Deutsche Reich bestehe in seiner Verfasstheit von 1871 und in den Grenzen von 1937 fort. Demnach sei die Bundesrepublik kein völker- und verfassungsrechtlicher legitimer und souveräner Staat, gehöre abgeschafft und durch das Deutsche Reich ersetzt. Sie erheben damit Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete und werden daher vom Verfassungsschutz dem revisionistischen Lager (Gebietsrevisionisten) des Rechtsextremismus zugerechnet. Die „Kommissarischen Reichsregierungen“ bilden ihrem Selbstverständnis nach provisorische Regierungen des „Deutschen Reiches“ und verteilen Ämter. Sie maßen sich sogar die Herausgabe von Personalausweisen, Reisedokumenten und Führerscheinen an, die zu einem beträchtlichen Preis verkauft werden und die Finanzierungsgrundlage dieser Gruppierungen sind. Außerdem versuchen sie Konflikte mit brandenburgischen Behörden mit amtlich aufgemachten Bescheiden, Strafbefehlen und unsinnigen Schreiben im Namen des „Deutschen Reiches“ zu provozieren. Anhänger nutzen solche Dokumente, um gegen Bußgeldbescheide vorzugehen und Verwaltungsmitarbeitern zu drohen. Darüber hinaus werden Kurse angeboten, in denen sich Bürger zu „reichrechtlichen Rechtsbeiständen“ ausbilden lassen können.

Der Verfassungsschutz geht von derzeit etwa 40 Unterstützern aus, die die „Kommissarischen Reichsregierungen“ in Brandenburg haben. Besondere regionale Schwerpunkte der „Kommissarischen Reichsregierungen“ lassen sich bisher in Brandenburg nicht ausmachen. Diese Gruppierungen setzen

eher an den Bevölkerungsschichten an, die sich weder von den jeweiligen Regierungsparteien noch von der parlamentarischen Opposition vertreten fühlen. Begünstigt werden die „Kommissarischen Reichsregierungen“ durch in bestimmten Milieus latent vorhandene rechtsextremistischen Einstellungen, diffuse Gefühle der Unzufriedenheit mit Politik und Verwaltung oder Gefühle politischer Heimatlosigkeit. Über ihre Internetseiten „versorgen“ die „Kommissarischen Reichsregierungen“ Interessenten mit revisionistischen Argumentationshilfen und halten die Illusion aufrecht, mit „Reichsdokumenten“ oder entsprechenden Schreiben könnten diese beispielsweise einem Bußgeldbescheid entgehen. Die „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“ (KRR) existiert bereits seit 1985. Davon abgespalten hat sich im Jahr 2005 die „Exilregierung Deutsches Reich“, die von dem ehemaligen Mitglied der „Republikaner“, Norbert Schittke, angeführt wird. Die „Kommissarische Reichsregierung des Staates 2tes Deutsches Reich“ hat bisher keine Versammlungen in Brandenburg abgehalten, sondern agitiert vor allem mit E-Mails über das Internet. Immer wieder kommt es zu Fällen, in denen Bürger die gekauften „Dokumente“ entweder provokativ oder in gutgläubiger Absicht einsetzen. Die „Exilregierung Deutsches Reich“ hält dagegen in Abständen „Kabinettsitzungen“ und „Bürgertreffen“ in Brandenburg (Leipisch, Potsdam) mit 20 bis 30 Unterstützern ab. Ansonsten agiert sie in ähnlich anmaßender Weise wie die KRR. Die finanzielle Lage dieser Gruppierungen ist eher dürrig; mangels Immobilienbesitz trifft man sich – sofern man in Brandenburg tagt - in Gaststätten oder Privatwohnungen. Kontakte ins Ausland sind keine bekannt, die ideologische Ausrichtung an der „nationalen“ Frage behindert die länderübergreifende Zusammenarbeit. Neben den „Kommissarischen Reichsregierungen“ existiert noch eine Vielzahl von Splittergruppierungen und rasch anwachsenden Kleinstgruppen von Reichsbürgern in Brandenburg, die ähnliche ideologische Grundsätze wie die „Kommissarischen Reichsregierungen“ vertreten. Einige hängen Autarkievorstellungen an und sind der Meinung, sie könnten aus der Bundesrepublik „austreten“ und sich selbst verwalten.

Frage 3.3:

Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen haben sich seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg aufgelöst und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“?

Frage 3.4:

Welche rechtsextremistischen Organisationen und Vereinigungen wurden seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg verboten und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“? Wohin haben sich deren Führungskader nach dem Verbot ggf. umorientiert?

Zu Frage 3.3 und Frage 3.4:

In Brandenburg existierten einige Jahre lang Ableger von zum Teil bundesweit aktiven rechtsextremistischen Vereinen, Organisationen und Gesprächskreisen mit deutsch-nationalem, revanchistischem, völkisch-sozialistischem oder revisionistischem Hintergrund. In den Jahren 2000 – 2006 waren in Brandenburg vor allem die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), das „Nationale Bündnis Preussen“, das „Bündnis RECHTS Brandenburg“ (BR Brandenburg), die „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“ (IWG), die „Berliner Kulturgemeinschaft Preussen e.V.“ (BKP), die „Preußische Aktionsfront“ (P.A.F), das „Hoffmann-von-Fallerleben-Bildungswerk e.V.“, die „Heimattreue Deutsche Jugend e.V.“ (HDJ), das „Deutsche Kolleg“ (DK), die „Völkische Reichsbewegung“ (VRB) und die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörige e.V.“ (HNG) aktiv. Zum Teil wurden diese Vereinigungen nur durch Einzelpersonen repräsentiert, was dazu führte, dass sie mit dem Weggang oder nachlassendem Engagement der Aktivisten im Laufe der Jahre ihre Bedeutung einbüßten.

Zerschlagung der Revisionistszene

Revisionisten versuchen die Geschichte des „Dritten Reiches“ und des Zweiten Weltkriegs umzudeuten und umzuschreiben. Sie beschönigen die Zeit des Nationalsozialismus, stellen die deutsche Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Frage und relativieren deutsche Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen. Die Revisionistszene in der Bundesrepublik Deutschland gilt als zerschlagen: Als einer der wichtigsten Protagonisten der Revisionistszene wurde der Holocaust-Leugner Horst Mahler in zwei Prozessen in München und Berlin zu jeweils mehrjährigen Haftstrafen wegen Volksverhetzung in mehreren Fällen verurteilt. Seine Strategie, sich als Märtyrer in der rechtsextremistischen Szene darzustellen, ist gescheitert. Die auch in Brandenburg aktive VRB verfügt über keinerlei Organisationsstrukturen mehr. Das „Deutsche Kolleg“ (DK) hat als in Hamburg beheimatete Organisation schon zuvor, seit dem Austritt von Mahler im Jahr 2003, keine Bedeutung mehr für Brandenburg.

Am 05. August 2009 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht zudem das Verbot des rechtsextremistischen „Internationalen Studienwerks – Collegium Humanum e.V.“ (CH). Deren Vorsitzende Ursula-Haverbeck-Wetzel ist wie Mahler eine wichtige Protagonistin der Revisionisten. Sie trat zuletzt am 26. März 2011 in Brandenburg bei einer Demonstration für die Freilassung Mahlers öffentlich auf.

In der revisionistischen Szene werden derzeit keine Nachfolgebestrebungen beobachtet.

Verbot von völkisch-sozialistischen Gruppierungen

Auch die Verbote völkisch-sozialistischer Gruppierungen haben das rechtsextremistische Organisationspektrum empfindlich getroffen: Am 31. März 2009 wurde der Verein „Heimatreue Deutsche Jugend – Bund zum Schutz für Umwelt, Mitwelt und Heimat e.V.“ (HDJ) durch den Bundesinnenminister verboten. Als bundesweit organisierter Jugendverband verbreitete die HDJ rassistisches und nationalsozialistisches Gedankengut insbesondere unter Jugendlichen und Kindern. Zu den Mitgliedern in Brandenburg zählten einige im Umland von Berlin lebende, seit vielen Jahren in der rechtsextremistischen Szene verwurzelte Familien. Hinzu kam eine Gruppe junger Erwachsener im Raum Oranienburg. Nachfolgebestrebungen wurden in Brandenburg nicht beobachtet. Einige der Aktivisten sind nach wie vor Mitglieder der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und der NPD.

Am 21. September 2011 hat der Bundesminister des Innern die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und ihre Angehörige e.V.“ (HNG) verboten. Die HNG wurde 1979 gegründet und hatte bundesweit 600 Mitglieder. Sie war die aktivste rechtsextremistische Gefangenenhilfsorganisation in Deutschland und hat vornehmlich Kontakte zwischen Szeneangehörigen und Häftlingen vermittelt. Rechtsextremisten aus Brandenburg waren zuletzt nur im Rahmen der monatlich erscheinenden Vereinszeitung „Nachrichten der HNG“ auffällig geworden. Darin wurden Unterstützer veröffentlicht. Die verbotenen „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ und die „Nationalen Sozialisten Senftenberg“ gehörten dazu. Auch hier wurden bisher keine Nachfolgebestrebungen beobachtet.

Die folgenden völkisch-sozialistischen Gruppierungen haben sich aufgelöst oder haben keine Bedeutung mehr:

- Die „Berliner Kulturgemeinschaft Preussen e.V.“ (BKP) mit ihrer nationalen und völkischen Ausrichtung trat bis 1996 als Anmelderin der neonationalsozialistischen Aufmärsche zum Volkstrauertag auf dem Soldatenfriedhof in Halbe auf. In den Folgejahren organisierte sie in Brandenburg einige Auftritte rechtsextremistischer Redner bei internen Szeneabenden.
- Das „Bündnis RECHTS Brandenburg“ (BR Brandenburg) hat bis auf eine Präsenz im Internet nie nennenswerte Aktivitäten entfaltet und sich 2003 aufgelöst.

- Die „Preußische Aktionsfront“ (P.A.F) war kurzzeitig im Jahr 2003 und 2004 aktiv und veranstaltete in Belzig drei Demonstrationen gegen die „EU-Osterweiterung“, gegen „Zuwanderungswahnsinn“ und für „Arbeit, Freiheit und Brot durch nationalen Sozialismus“.
- Das „Hoffmann-von-Fallerleben-Bildungswerk e.V.“ wurde einige Jahre durch einen mittlerweile aus Brandenburg verzogenen Funktionär der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) repräsentiert, entfaltete hier jedoch keine nachhaltigen Aktivitäten.

Revanchisten

Die „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“ (IWG) wurde 1997 gegründet und war bis zum Jahr 2002 auch in Brandenburg im Rahmen mehrerer Demonstrationen aktiv. Die IWG unterhielt Verbindungen insbesondere zum neonationalsozialistischen „Märkischen Heimatschutz“ und wurde von diesem in ihren revanchistischen Anliegen unterstützt. Die IWG hat keine Bedeutung mehr für Brandenburg.

Deutsch-nationale Szene

Die DLVH versteht sich als „Sammlungsbewegung deutscher Patrioten“ und war in Brandenburg nur mit einigen Mitgliedern vertreten. Assoziiert war man mit dem „Nationalen Bündnis Preußen“, dem Bündnis einiger Kleinstgruppen in Norden Brandenburgs. Beide Vereinigungen waren nur kurz in Brandenburg aktiv und sind mittlerweile in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

4 Aktuelle neonazistische Strukturen

Fragen ggf. bitte getrennt nach den einzelnen neonazistischen Strukturen beantworten.

Frage 4.1:

Welche neonazistischen Strukturen existieren gegenwärtig im Land Brandenburg, wo wurden sie gegründet, wer sitzt ihnen vor und wo unterhalten sie ihren Hauptsitz?

Zu Frage 4.1:

Während bis in die frühen 1990er Jahre hierarchisch strukturierte Vereinigungen die typische neonationalsozialistische Organisationsform darstellten, findet sich der Großteil der Brandenburger Neonazis heute in „Freien Kräften“ zusammen. Solche Gruppen versuchen, ihre Aktivitäten in weniger formal organisierten Strukturen zu entfalten.

Bei den nachfolgend aufgeführten neonazistischen Gruppierungen handelt es sich um lose strukturierte, informelle Personenzusammenschlüsse. Ihre Mitglieder verzichten in der Regel auf klassische Organisationsmerkmale wie beispielsweise Vereinskassen, Vorsitzende, Mitgliederlisten oder Hauptsitze.

Gruppierung	Regionale Verankerung
Alternative Jugend Potsdam	Potsdam
Freie Kräfte Königs Wusterhausen	Königs Wusterhausen
Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland	Neuruppin, Nauen
Freie Kräfte Ost	Brandenburg an der Havel, Wittstock

Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder/Spree / Autonome Nationalisten Oder-Spree	Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt
Freundeskreis Nord-Brandenburg	Bad Freienwalde, Eberswalde, Prenzlau und Angermünde
Kameradschaft Elbe-Lenzen	Lenzen
Oderfront	Schwedt/Oder

Frage 4.2:

Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über deren Mitgliederzahlen und die Mitgliederstruktur in Bezug auf Alter und Geschlecht? Wie stellt sich die Mitgliederentwicklung retrospektiv dar?

Zu Frage 4.2:

Bei den nachfolgenden Angaben ist zu berücksichtigen, dass die aufgeführten neonationalsozialistischen Strukturen neben dem Verzicht auf klassische Organisationsmerkmale zudem mehrheitlich durch einen weitestgehenden Verzicht auf Hierarchieebenen, niedrighschwellige Ein- wie auch Ausstiegsmöglichkeiten und einen fluktuierenden Mitgliederstamm gekennzeichnet sind. Insofern sind die folgenden Mitgliederzahlen auf 5 gerundete Schätzwerte.

Gruppierung	Mitglieder	Alter	Frauenanteil	Entwicklung
Alternative Jugend Potsdam	5	20 - 25	20 %	seit 2011 rückläufig
Freie Kräfte Königs Wusterhausen	10	22 - 35	10 %	seit 2011 rückläufig
Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland	15	22 – 27	15 %	relativ konstant
Freie Kräfte Ost	10	20 - 30	5 %	relativ konstant
Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder/Spree / Autonome Nationalisten Oder-Spree	10	20 - 30	5 %	relativ konstant
Freundeskreis Nord-Brandenburg	10	22 - 30	5 %	relativ konstant
Kameradschaft Elbe-Lenzen	15	21 – 25	30 %	relativ konstant
Oderfront	15	18 - 30	5 %	relativ konstant

Frage 4.3:

Welche neonazistischen Strukturen haben sich seit dem Jahr im Land Brandenburg aufgelöst und aus welchen Gründen? Gibt es ggf. „Nachfolgeorganisationen“?

Zu Frage 4.3:

Immer wieder stellten die Sicherheitsbehörden in Brandenburg fest, dass Vereinsverbote die rechtsextremistische Szene erheblich verunsichern. Einige Organisationen haben vorausseilend ihre Selbstaflösung erklärt. Seit dem Jahr 2000 haben sich die nachfolgend aufgeführten neonazistischen Gruppierungen selbst aufgelöst.

Märkischer Heimatschutz	Auflösung 04. November 2006
Der „Märkische Heimatschutz“ (MHS) hat am 4. November 2006 die rechtsextremistische Bewegung Berlins und Brandenburgs verlassen. Die Verbote der Vereinigungen „Hauptvolk“/„Sturm 27“ und „Alternative Nationale Strausberger Dart, Piercing und Tattoo Offensive“ (ANSDAPO) von 2005 sowie des „Schutzbund Deutschland“ im Juli 2006 hatten offensichtlich Wirkung auf den MHS gezeigt. Das ehemals massive öffentliche Auftreten des MHS bei Demonstrationen oder beim Verteilen von Propagandamaterial war in den Monaten vor der Auflösung weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Organisationsstrukturen des Kameradschaftsverbundes haben darüber hinaus in dieser Zeit deutlich an Stabilität, Nachhaltigkeit und Anziehungskraft verloren, was sich in der Teilnahme an Veranstaltungen niederschlug. Zahlreiche Rücktritte und Ausschlüsse von MHS-Mitgliedern, insbesondere der Ausstieg des Begründers der Berliner Sektion, hatten schon 2005 für Diskussionen innerhalb der Organisation gesorgt und deren Mitglieder nachhaltig verunsichert.	
Es sind keine Nachfolgebemühungen festgestellt worden.	

Interessengemeinschaft Sturm Oranien- burg	Auflösung 06. Dezember 2006
Im Herbst 2006 gründete sich die etwa zehn Mitglieder starke „Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg“. Bevor die „Sturm“-Mitglieder größere Aktivitäten entfalten konnten, durchsuchte die Polizei am Morgen des 6. Dezember 2006 Wohnungen von sieben Personen. Dabei wurden gefährliche Gegenstände sichergestellt und auf Grund aufgefundener Kleidungsstücke ein Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Uniformierungsverbot (§§ 3, 28 Versammlungsgesetz) eingeleitet. Noch am späten Nachmittag gab ein Mitglied die „offizielle“ Auflösung der „Interessengemeinschaft Sturm Oranienburg“ im Internet bekannt. Diese prompte Reaktion zeigt, dass der unerwartete Schlag der Polizei seine Wirkung auf die Rechtsextremisten erreicht hat.	
Es sind keine Nachfolgebemühungen festgestellt worden.	

Freie Nationalisten Uckermark	Auflösung 02. Juli 2010
Die „Freien Nationalisten Uckermark“ (FNUM) wurden erst im Oktober 2009 aktiv und haben sich bereits im Jahr 2010 wieder aufgelöst. Die FNUM war mit der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB) eng vernetzt und schloss sich deren Aktionen an. Noch am Tag der Durchsuchungen im Zusammenhang mit der KMOB am 2. Juli 2010 wurde die Auflösung der FNUM bekannt.	
Nach der öffentlich bekundeten Selbstaflösung der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ und der „Freien Nationalisten Uckermark“ im Jahr 2010 formierte sich in der Region der „Freundeskreis Nord-Brandenburg“.	

Kameradschaft Märkisch Oder Barnim	Auflösung 03. Juli 2010
Im Jahr 2010 wurde auf der Grundlage des § 4 des Vereinsgesetzes ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die rechtsextremistische „Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim“ (KMOB) durchgeführt. Mit diesem Ermittlungsverfahren gingen Durchsuchungs- und Beschlagnahmemaßnahmen	

men gegen die Vereinsmitglieder einher. Die „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB) erklärte am 3. Juli 2010 ihre Selbstauflösung mit der Begründung, auf die persönliche Freiheit der Mitglieder und ihrer Familien Rücksicht nehmen zu wollen. Einen Tag zuvor waren Objekte und Personen im Zusammenhang mit der KMOB auf vereinsrechtlicher Grundlage Gegenstand polizeilicher Durchsuchungen. Waffen (keine Schusswaffen), Munition, gefährliche Gegenstände, Vereinskleidung, Uniformen, Propagandamaterial wurden sichergestellt.

Nach der öffentlich bekundeten Selbstauflösung der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ und der „Freien Nationalisten Uckermark“ im Jahr 2010 formierte sich in der Region der „Freundeskreis Nord-Brandenburg“.

Um sich einer vereinsrechtlichen Maßnahme im Vorfeld zu entziehen, haben neonazistische Strukturen in der Vergangenheit zum Teil ihre Auflösung auch nur vorgetäuscht. Tatsächlich setzten dieselben Personen ihre Aktivitäten jedoch unvermindert fort. So etwa die Kameradschaften „Lausitzer Front Guben“ (24. August 2006) und „Sturm Cottbus“ (23. August 2006) oder die „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“ (23. August 2006).

Frage 4.4:

Welche neonazistischen Strukturen wurden seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg verboten und aus welchen Gründen? Wohin haben sich deren Führungskader nach dem Verbot ggf. umorientiert?

Zu Frage 4.4:

Brandenburg setzte auch 2012 seinen konsequenten Weg der Bekämpfung des Rechtsextremismus mit dem Verbot der Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ fort. Zuvor wurden folgende Personenzusammenschlüsse verboten: „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ (2011), „Kameradschaft Schutzbund Deutschland“ (2006), „Alternative Nationale Strausberger Dart Piercing und Tattoo Offensive“ (ANSDAPO), „Kameradschaft Hauptvolk“ und deren Untergliederung „Sturm 27“ (beide 2005), „Kameradschaft Oberhavel“ (1997) sowie „Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)“ (1995).

Ein Verbot einer Vereinigung kann nur auf der Grundlage des § 3 des Vereinsgesetzes erfolgen. Danach darf ein Verein

„... erst dann als verboten (Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) behandelt werden, wenn durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, dass seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder dass er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet; in der Verfügung ist die Auflösung des Vereins anzuordnen (Verbot).“

Tragender Verbotgrund im Sinne des § 3 Abs. 1 des Vereinsgesetzes war jeweils die Ausrichtung gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung.

Mit Ausnahme des Verbotes der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ erlangten alle Verbote zwischenzeitlich Rechtskraft. Beim Verbot der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ dauern noch verwaltungsgerichtliche Überprüfungen aufgrund von Klagen und Beschwerden Betroffener an.

Erkenntnisse über den Bestand von Nachfolgeorganisationen dieser verbotenen Vereinigungen liegen nicht vor.

Einige Führungspersonen und Mitglieder der verbotenen Vereinigungen gehören bis heute der aktiven rechtsextremistischen Szene im Land Brandenburg an. Ein deutliches Abrücken von ihrer Ideologie und

ihren Aktivitäten innerhalb der rechtsextremistischen Szene ist dabei nicht erkennbar. Sie treten weiterhin im Rahmen von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten (Demonstrationen, Mahnwachen, Schulungsveranstaltungen, Konzerten und Liederabenden) in Erscheinung.

Kameradschaften „Hauptvolk“ und „Sturm 27“	Verbot 06. April 2005
<p>Am 06. April 2005 verfügte der Innenminister Brandenburgs die Auflösung der Kameradschaft „Hauptvolk“ und ihrer Untergliederung „Sturm 27“. Über 300 Polizeibeamte hatten am 12. April 2005 in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen insgesamt 41 Objekte von 39 Rechtsextremisten durchsucht.</p> <p>Die Aktivitäten der Kameradschaft „Hauptvolk“ und ihrer Untergliederung „Sturm 27“ richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Zudem liefen Tätigkeit und Zweck der Kameradschaft „Hauptvolk“/„Sturm 27“ Strafgesetzen zuwider.</p>	
<p>Das Verbot hat die rechtsextremistische Szene der Region Rathanow weit über den direkt betroffenen Personenkreis hinaus nachhaltig beeindruckt. Zahlreiche Sympathisanten und Mitläufer haben sich durch das Verbot verunsichern und abschrecken lassen. Ein Solidarisierungseffekt ist ausgeblieben. Das Verbot hat die öffentlichen rechtsextremistischen Aktivitäten der ehemaligen Mitglieder weitgehend zum Erliegen gebracht.</p>	

ANSDAPO	Verbot 04. Juli 2005
<p>Am 04. Juli 2005 erfolgte das Verbot der „ANSDAPO“, einer ca. 20 Personen umfassenden neonazistischen Kameradschaft aus Strausberg. Am 14. Juli 2005 wurden 24 Wohnungsdurchsuchungen bei „ANSDAPO“-Mitgliedern durchgeführt. 463 Asservate wurden sichergestellt, darunter 121 Waffen, Munition sowie verbotsrelevante Dokumente.</p> <p>Die „ANSDAPO“ war seit 1998 bekannt und hatte seit ihrem Bestehen rechtsextremistische Veranstaltungen selbst durchgeführt oder daran teilgenommen. Das Vereinszeichen der Kameradschaft war das nationalsozialistische Symbol der „Schwarzen Sonne“ mit dem Schriftzug „ANSDAPO“ darüber. Die Mitglieder trugen es auf T-Shirts, Pullovern und Westen.</p>	
<p>Nachfolgeaktivitäten des Vereins wurden nicht festgestellt.</p>	

Schutzbund Deutschland	Verbot 04. Juli 2006
<p>Am 04. Juli 2006 verbot der Innenminister Brandenburgs den Verein „Schutzbund Deutschland“. Am Morgen des Verbotstages durchsuchte die Polizei in Brandenburg und Sachsen-Anhalt 15 Wohnungen von Mitgliedern des „Schutzbund Deutschland“.</p> <p>Die Vereinigung bestätigte sich offen mit einer aggressiv-kämpferischen Propagandatätigkeit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Sowohl die Argumentation als auch die Gestaltung der Propagandamaterialien wiesen eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus auf. Fremden- und judenfeindliche Hetzschriften richteten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung.</p>	
<p>Nach dem Verbot des „Schutzbundes Deutschland“ wurde nur noch vereinzelt dessen Propagandamaterial verteilt. Auf mögliche Nachfolgeaktivitäten deutete zunächst ein Flugblatt der „Bewegung Neues Deutschland“ hin. Die Aktivitäten der „Bewegung Neues Deutschland“ sind im Frühjahr 2007 zum Erliegen gekommen.</p>	

Freie Kräfte Teltow-Fläming	Verbot 11. April 2011
<p>Am 11. April 2011 wurde die neonationalsozialistische Vereinigung „Freie Kräfte Teltow-Fläming“ (FKTF) durch den Innenminister Brandenburgs verboten. Zugleich hat die Polizei bei 20 Führungsaktivisten Wohnungen durchsucht. Betroffen waren 19 Objekte in Brandenburg und eines in Berlin.</p>	

Die Vereinigung richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung, da sie sich zum Nationalsozialismus bekannte, sich in einer fremdenfeindlichen und rassistischen Grundhaltung betätigte, Antisemitismus propagierte und antisemitische Propaganda verbreitete. Zudem propagierten die FKTF einen völkischen Kollektivismus im Sinne des Nationalsozialismus und machten die demokratische Staatsform verächtlich. Viele Mitglieder hatten außerdem Straftaten begangen, die zumeist im direkten Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zur Vereinigung FKTF standen.

Das Vereinsverbot führte zu einem Auseinanderbrechen der Gruppierung. Eine gezielte Fortführung der FKTF ist ebenso aufgrund interner Verwerfungen ausgeblieben. In Einzelfällen erfolgte die Flucht in NPD-Parteistrukturen.

Widerstandsbewegung in Südbrandenburg

Verbot 19. Juni 2012

Am 19. Juni 2012 hat der Innenminister Brandenburgs die rechtsextremistische Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ verboten. Der Vereinigung sind u.a. die Internetauftritte www.spreelichter.info und www.werde-unsterblich.info zuzuordnen.

Die Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung. Zwecke und Tätigkeit der Vereinigung liefen den Strafgesetzen zuwider.

Eine Bestandskraft des Verbotes ist noch nicht eingetreten, da die Verbotsverfügung angefochten worden ist.

Frage 4.5:

Welche regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten und Verankerung gibt es im Land Brandenburg und wo sieht die Landesregierung die Ursachen hierfür?

Zu Frage 4.5:

Den Schwerpunkt der hiesigen Neonaziszene bildet der Süden des Landes Brandenburg. Vermehrt sind beispielsweise in den Städten Guben, Cottbus, Lübben oder Senftenberg neonazistische Aktivitäten feststellbar. Dies lag unter anderem an der starken Präsenz und szeneeinternen Anziehungskraft der in 2012 vereinsrechtlich verbotenen Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“. Deren Internetauftritte www.spreelichter.info und www.werde-unsterblich.info waren innerhalb der rechtsextremistischen Szene weit über die Grenzen des Landes Brandenburg hinaus bekannt. Die Führungsaktivisten waren in der Lage, bis zu 200 Rechtsextremisten für öffentlichkeitswirksame Aktivitäten zu mobilisieren. Ideengeber des Netzwerks waren Neonationalsozialisten aus Lübben (LDS) und Lübbenau (OSL). Sie entwickelten mehrere Projekte und Kampagnen, die für die gesamte neonationalsozialistische Szene im deutschsprachigen Raum Pilotcharakter hatten und bundesweit beachtet und imitiert wurden.

Schon zu Beginn der 90er Jahre war die Region um Cottbus Schwerpunkt rechtsextremistischer Aktivitäten. Die 1992 verbotene „Deutsche Alternative“ (DA) hatte seinerzeit ihren Schwerpunkt in der Region. Einige der damals aktiven Neonazis sind auch noch heute noch aktiv. Ähnliche Kontinuitäten lassen sich auch in anderen Städten und Landkreisen konstatieren.

Weitere Schwerpunkte der Neonaziszene des Landes Brandenburg bilden überwiegend die Regionen, in denen die zuvor aufgeführten neonationalsozialistischen Strukturen aktiv waren entfalten. Dazu zählen insbesondere Bad Freienwalde, Bernau, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Königs Wusterhausen, Ludwigsfelde, Nauen, Neuruppin, Oranienburg, Potsdam, Prenzlau, Rathenow, Strausberg, Templin, Wittenberge, Wittstock und Zossen.

Frage 4.6:

Mit welchen Methoden werben neonazistische Strukturen für ihre Ziele und um Mitglieder und Unterstützung? Wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz insbesondere unter Jugendlichen?

Frage 4.7:

Mit welchen Aktionsformen und Aktivitäten sind die neonazistischen Strukturen seit dem Jahr 2000 im Land Brandenburg in die Öffentlichkeit gegangen und wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?

Zu Frage 4.6 und Frage 4.7:

Für Neonationalsozialisten ist die politische Betätigung zentral. Auf internen Schulungen und Treffen wird indoktriniert. Neben der internen Selbstvergewisserung wollen Szenenangehörige ihre Anliegen aber auch der Öffentlichkeit bekannt machen. Dafür organisieren sie Veranstaltungen, führen Propagandaaktionen durch, indem sie etwa Flugblätter und Aufkleber erstellen und verbreiten. Wichtiger Bestandteil im Aktions- und Ereigniskalender Brandenburger Neonazis sind Großveranstaltungen der Szene, beispielsweise Demonstrationen oder so genannte „Trauermärsche“. Bedeutsam sind darüber hinaus Geburts- oder Todestage von Nationalsozialisten oder Gedenktage wie der 8. Mai oder der Volkstrauertag, den sie zum „Heldengedenktag“ umdeuten. Auch historische Orte wie der Soldatenfriedhof in Halbe dienten als zentrale Bezugspunkte neonazistischen Gedenkens. Waren zwischen 2004 bis 2006 noch 1660 bis 1880 Neonazis durch Halbe (2006 auch in Seelow) gezogen, so waren es im März 2007 „nur“ noch 500. Im November 2007 sagte der Anmelder die Veranstaltung ab. Seither fanden keine Aufmärsche in Halbe mehr statt. Dazu beigetragen hatten das im Oktober 2006 verabschiedete Gräberstätten-Versammlungsgesetz und nicht zuletzt zivilgesellschaftlicher Protest.

Inhaltlich beschränken sich Neonazis längst nicht mehr nur auf herkömmliche rechtsextremistische Themen. Sie reagieren auf tagespolitische Ereignisse und greifen umwelt-, gesellschafts- und sozialpolitische Problemlagen auf. Ziel dieser Offensiven ist es, sich als Vertreter der Interessen der Bevölkerung darzustellen. Ihre eigentlichen Anliegen versuchen sie dabei zu bemänteln und ihre Ideologie eher unterschwellig zu verbreiten.

Gerade auch die rechtsextremistische Musik dient als Transmissionsriemen rechtsextremistischer Inhalte, um auf junge Menschen Einfluss zu gewinnen und diese an die Szene heranzuführen.

Das Internet ist das wichtigste Medium für Extremisten. Dies gilt insbesondere für die Rekrutierung Jugendlicher. Rechtsextremistische Aktivitäten wie beispielsweise der Trauermarsch in Dresden werden von der Szene im Internet für eine regelrechte Medienoffensive genutzt. Absprachen, Planungen und Organisation erfolgen zunächst konspirativ, auf abgeschotteten Systemen oder geschlossenen Gruppen sozialer Netzwerke, etwa „Facebook“ oder „Jappy“. Hier werden Treffpunkte vereinbart und Flyer-Texte entworfen. Schon Wochen vorher werden Mobilisierungs-Videos ins Netz gestellt. Hinzu kommen mobile Versionen für Smartphones und Internet-Tablets. Dafür werden extra eingerichtete „YouTube“-Kanäle genutzt. Der Microblogging-Dienst „Twitter“ wird zum Live-Ticker, denn „Twitter“ ermöglicht quasi eine Echtzeitinformation vor Ort auf Handys und Computer. Auf den rechtsextremistischen Portalen „Thiazi“ und „Altermedia“ wurden zum Trauermarsch in Dresden regelmäßig mehrere Themenkomplexe eröffnet. Tausende folgten ihnen. Auch Auswertung und Nachbetrachtung der Aktionen in Dresden erfolgten intensiv. Ganze Fotoreihen wurden auf „Flickr“ veröffentlicht. „Flickr“ ist eine der größten Foto-communities im Internet. Veröffentlicht wurden auch Videos.

Durch Verlagerung von Anwendungen in die „Internet-Wolke“ (Cloud-Computing) erhöhen sich Anonymität und Effektivität extremistischer Aktivitäten. Mehrere Personen haben Zugriff auf die Daten, können

zeitgleich arbeiten und sich austauschen. Die Nutzung von virtuellen Servern als Kommunikations- und Arbeitsplattform macht so ein gezieltes konspiratives Agieren möglich. E-Mail-Nachrichten werden generell verschlüsselt. Genutzt werden verschiedene anonyme Mail-Accounts, vor allem von russischen Providern.

Aktionen wie die unten dargestellten unangemeldeten Aufmärsche im Rahmen der Kampagne "Die Unsterblichen" profitieren von diesem Konzept. Organisiert von einzelnen Protagonisten werden solche Aktionen zunächst konspirativ auf geheimen, virtuellen Plattformen geplant. Nur wenige Personen wissen zunächst Bescheid, bevor die eigentlichen Informationen über Treffort und Ablauf in die Szene gestreut werden. Die Aktionen werden schnell ausgeführt, vornehmlich in der Nacht und nur in kleineren Städten mit ländlicher Umgebung. Die Teilnehmer sind ver mummt, tragen weiße Masken, nutzen Pyrotechnik und brüllen lautstarke Parolen. Alles Mittel, die für einen aktionsorientierten Webauftritt wichtig sind. Schließlich geht es darum, einen perfekt inszenierten ‚Nazi-Trailer‘ mit geklauter Film-Musik herzustellen. Durch Schnitttechnik wird dem Zuschauer eine Massenbewegung vorgegaukelt. Die einzelnen Video-Sequenzen werden zusammengesetzt, Filmmusik aus dem Netz geklaut, nur wenig später wird das Machwerk online gestellt.

Neben den bereits dargestellten Aktivitäten von Neonationalsozialisten im Internet und den unterschiedlichen Propagandaaktionen, haben in den letzten Jahren insbesondere zwei breit angelegte Kampagnen die Aktionsformen und Aktivitäten der neonationalsozialistischen Strukturen in besonderem Maße geprägt. Dies waren die „Volkstod“-Kampagne und die Kampagne „Die Unsterblichen“.

Die Volkstod-Kampagne wird seit Jahren maßgeblich von Brandenburger Rechtsextremisten geprägt. Deren Protagonisten behaupten, dass die Demokratie zum „Volkstod“ führe und fordern einen radikalen Umsturz des „BRD-Systems“. Heutige Rechtsextremisten kopieren damit die Vorgehensweise der Nationalsozialisten. Heute wie damals sehen Anhänger des Nationalsozialismus den „Volkstod“ als unmittelbare Folge der Demokratie. Um dies zu erreichen und Anhänger zu gewinnen, wird die Volkstod-Kampagne mit anschlussfähigen Themen wie Geburtenrückgang, Demographie, Schulschließungen etc. verknüpft, um so das alte NS-Thema „Volkstod“ wiederzubeleben. In besonderem Maße richten die brandenburgischen Protagonisten der Kampagne diese auf Jugendliche aus – mit Aktionen an Schulen kombiniert mit Web 2.0-Nutzung (z.B. YouTube).

Die Aktionen, die im Rahmen der „Volkstod“-Kampagne durchgeführt werden, folgen stets dem gleichen Muster: Zuerst wird eine öffentliche oder zunächst heimliche Aktion im Rahmen der Kampagne organisiert und durchgeführt. Anschließend erfolgt die Publikation im Internet mit wirkungsvollen Bildern, emotionsgeladenen Action-Videos (Szenehomepages und YouTube) und pathetisch-schwülstigen Texten. Die Kampagne ist weitgehend internetbasiert und stellt innerhalb der Szene erfolgreich darauf ab, als Mobilisierungsmotor für die Bewegung zu wirken

Ab Mitte des Jahres 2011 erlangten unangemeldete Aufmärsche einen erheblichen Bedeutungszuwachs für die neonazistische Szene. Auslöser war der Start der Kampagne „Die Unsterblichen“. Diese Aktionsform nutzten Neonationalsozialisten aus den Bundesländern Brandenburg und Sachsen, koordiniert durch das inzwischen vereinsrechtlich verbotene neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“. Ein unangemeldeter „Fackelmarsch“ in der Nacht vom 30. April auf den 01. Mai 2011 in der Stadt Bautzen (Sachsen) war der Auftakt. Nach Polizeiangaben waren zwischen 150 und 200 Personen beteiligt. Damit hebt sich die Teilnehmerzahl erheblich von den meisten unangemeldeten Aufmärschen ab und stellt sogar angemeldete Demonstrationen in den Schatten. Die Teilnehmer verbargen ihre Gesichter hinter weißen Masken und Kapuzenpullovern. Regelmäßig setzen sie Feuerwerkskörper und Böller ein, um vor Ort Aufmerksamkeit zu erregen. Ebenso skandieren sie,

oftmals unter Zuhilfenahme eines Megafons, lautstark szenetypische Parolen. Anschließend wird ein Video des Aufmarsches ins Internet gestellt, um weitere Öffentlichkeitswirksamkeit herzustellen.

Szene-Reaktionen auf „Die Unsterblichen“ sind gespalten. Zustimmung erfahren die medial inszenierte Nachbereitung im Internet sowie die Organisation im Hinblick auf die hohe Teilnehmerzahl. Innerhalb der deutschen rechtsextremistischen Szene und teilweise auch darüber hinaus haben die positiven Reaktionen der Kampagne in kurzer Zeit zu hoher Bekanntheit verholfen. Dazu trug die Präsenz in einer Vielzahl von überregionalen Szeneforen bei, insbesondere aber auch die Veröffentlichung des Bautzener Videos in Internetportalen wie „YouTube“. Bereits kurze Zeit nach dem Start der Kampagne kamen verschiedene neonationalsozialistische Gruppierungen aus unterschiedlichen Bundesländern der Aufforderung zur Nachahmung nach. Auch Neonationalsozialisten aus Potsdam zeigten sich inspiriert. Auf ihrer Internetpräsenz berichteten sie in den Jahren 2011 und 2012 über mehrere unangemeldete Aufmärsche. Nachdem die erste Euphorie verfliegen war, wurden allerdings auch negative Stimmen zu der Kampagne „Die Unsterblichen“ lauter. Weniger aktionistisch orientierte Neonationalsozialisten beklagten, mit derartigen Aktionen ließe sich das Volk nicht erreichen. Vielmehr wird den „Fackelmärschen“ ein abschreckender und beängstigender Charakter nachgesagt. Es sei schwer, Sympathien der Menschen zu gewinnen, indem man sie des Nachts mit Böllern, Raketen und lautem Gebrüll aus dem Schlaf reiße und sich dabei maskiere. Demnach befriedige die Kampagne zwar möglicherweise erlebnisorientierte Szeneanhänger, politische Inhalte könnten damit aber kaum transportiert werden.

Frage 4.8:

Welche Internetauftritte von neonazistischen Strukturen aus dem Land Brandenburg sind der Landesregierung bekannt? Wie schätzt die Landesregierung deren Funktion und Erfolg ein?

Zu Frage 4.8:

Siehe dazu Beantwortung zu Frage 6.11.

Nachfolgend sind die bekannten Internetauftritte von neonazistischen Strukturen aus dem Land Brandenburg aufgeführt.

(Stand: Dezember 2012)

Freie Kräfte Neuruppin

- aktiv

Infoportal Nordbrandenburg

- aktiv

Infoportal Potsdam

- aktiv

Widerstandsbewegung Senftenberg

- aktiv

Bürgerinitiative Besseres Brandenburg

- aktiv

Nationaler Widerstand Berlin/Brandenburg

- aktiv

Märkische Nachrichten

- aktiv
- Impressum: Rene Herrmann

Fakten-Fiktionen 2.0 – Politik-Medien-Zeitgeschichte

- aktiv

Friedrichstrasse 27

- aktiv
- Impressum: Sven Haverlandt

Vetschaufenster

- aktiv

zur Zeit inaktiv:

Nationale Sozialisten Zossen

Werde unsterblich

Autonome Nationalisten Oder-Spree

Bündnis Uckermark

Cottbus 1848 – Lausitz

Cottbus-Lausitz

Freie Kräfte Ost/Brandenburg

Freie Kräfte Osthavelland

Freie Kräfte Velten

German Defence League – Lausitz Division

Nationale Sozialisten Premnitz

Freie Nationalisten Osthavelland

Freie Nationalisten aus Uckermark

Freundeskreis Nationale Sozialisten Oder-Spree

Freundeskreis Nationale Sozialisten Prignitz-Ruppin

Freundeskreis Nord-Brandenburg

Heimatschutz Germania

Infoportal Teltow-Fläming

Kameradschaft Hoher Fläming

Kameradschaft Märkisch-Oder-Barnim

Revolutionäres Spremberg

Märkische Aktionsfront

- Impressum: Rene Herrmann

Sturm Oranienburg

Germanische Kultur

Blickpunkt Lausitz – Nachrichten für die Lausitz

Nationales und sozialistisches Infoportal Brandenburg

offline:

Aktivisten Lübben

AG Wiking Brandenburg

CB-Infos

Freie Kräfte Königs Wusterhausen

Harte Zeit – Online Magazin

Lausitzer Aktionsbündnis

Märkischer Heimatbund

Nationaler Widerstand Premnitz

Widerstandsbewegung Südbrandenburg

AG Wiking Perleberg

Alternative Jugend Potsdam

Freundeskreis OHV

Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost-B

Mediendienst Brandenburg

Nationale Sozialisten Spremberg

Frage 4.9:

Welche Immobilien im Land Brandenburg sind der Landesregierung als Treffpunkt oder Veranstaltungsort neonazistischer Strukturen bzw. von wichtigen Repräsentanten bekannt? In welchen Eigentumsverhältnissen stehen diese Immobilien?

Zu Frage 4.9:

(siehe auch Antwort zu Frage 2.10)

Finowfurt (BAR)

Das Gelände in Finowfurt wird seit mehreren Jahren für kleinere wie auch große rechtsextremistische Veranstaltungen genutzt. Eigentümer ist Klaus Mann, letzter Landesvorsitzender der brandenburgischen DVU. Hier hat sich wiederholt die rechtsextremistische Bewegung Brandenburgs zusammengefunden.

Biesenthal (BAR)

In Biesenthal sind bisher kleinere Aktivitäten zu verzeichnen. Die Liegenschaft ist aufgrund baurechtlicher Vorgaben nur eingeschränkt nutzbar. Meist kommt es zu kleinen konspirativen Treffen. Auch die NPD hat dieses Gelände bereits für Sitzungen genutzt. Die Immobilie könnte künftig an Bedeutung gewinnen, weil der NPD, wie auch den Neonationalsozialisten in Brandenburg, eigene Immobilien fehlen.

Brandenburg an der Havel (Ortsteil Kirchmöser)

In Brandenburg an der Havel (Ortsteil Kirchmöser) besitzt der „Bund für Gotteskenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) eine Immobilie. Der BfG mit Hauptsitz in Tutzing (Bayern) ist bundesweit aktiv und zeigt eine Mischung aus Rechtsextremismus sowie sektenhaftem Verhalten.

Mühlenfließ (PM)

Im Mühlenfließ Ortsteil Grabow (PM) befindet sich eine Immobilie, die aus mehreren kleinen Gebäuden besteht. Trotz des schlechten baulichen Zustandes finden dort regelmäßig Treffen von Rechtsextremisten statt. Das Grundstück wurde gegen eine Einsichtnahme von Außen abgeschottet. Besitzer ist der inzwischen aus den JN ausgetretene ehemalige Leiter des Potsdamer Stützpunktes, Maik Emingger.

Märkisch Buchholz (LDS)

In Märkisch Buchholz (LDS) steht in der Friedrichstr. 27 ein zweigeschossiges Wohnhaus, dessen Erdgeschoss als Gaststätte genutzt wurde. Auf dem Hof befindet sich ein Seitenflügel mit drei kleinen Wohneinheiten. Alle Gebäude haben einen hohen Sanierungsbedarf. Die Liegenschaft wird vom Ehepaar Haverlandt bewohnt. Sven Haverlandt war Kreisvorsitzender der NPD.

Neuhausen/Spree – OT Sergen (SPN)

Die Bewohner des Hauses in der Neuhausener Dr. Sauer-Str. 16 (Ortsteil Sergen) haben eindeutige Bezüge zu rechtsextremistischen Strukturen. Die ehemals als „Sergener Gasthof“ bekannte Immobilie ist als Veranstaltungsort für rechtsextremistische Veranstaltungen wie Konzerte geeignet.

Frage 4.10:

Welche Erkenntnisse liegen über die Finanzierung der neonazistischen Strukturen vor?

Zu Frage 4.10:

Zu den finanziellen Ressourcen von Neonazis in Brandenburg liegen keine systematischen Erkenntnisse vor, da neonazistische Bestrebungen nicht vom Sponsoring leben. Sie werden im Wesentlichen durch das persönliche Engagement von Szenemitgliedern finanziert. Hinzu kommen Erträge aus Szeneaktivitäten wie Konzerten, Produktion und Verkauf von Szeneartikeln, Hassmusik.

Frage 4.11:

Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen von neonazistischen Strukturen gibt es zu anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen?

Zu Frage 4.11:

Gelegentlich gehen Neonationalsozialisten mit rechtsextremistischen Parteien zeitlich befristete und regional begrenzte taktische Bündnisse ein. Im Jahr 2012 war dies beispielsweise zwischen NPD-Strukturen und dem „Freundeskreis Nord-Brandenburg“, den „Freien Kräften Königs Wusterhausen“ und den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“ zu beobachten.

Kooperationen zeigen sich bei Demonstrationen, Mahnwachen und Wahlkampfunterstützungen (Verbreitung von Wahlplakaten, Durchführung von Infoständen, Sammeln von Unterstützerunterschriften für Wahllisten). Damit fügen sich Neonationalsozialisten in die Rolle, welche ihnen die eigentlich verhasste „Systempartei“ NPD im Rahmen ihrer Viersäulenstrategie zugewiesen hat. Sie sollen die personell ausgedünnte Partei in Form von „Hilfstruppen“ dabei unterstützen, den „Kampf um die Straße“ zu führen. Gelegentlich drehen Neonationalsozialisten den Spieß auch einfach um und übernehmen einen JN-Stützpunkt. Sie schlüpfen unter dem Mantel der Partei, um so den Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung über Strukturen einer nicht verbotenen Partei zu führen.

Frage 4.12:

Welche Verbindungen, Kontakte und Kooperationen von neonazistischen Strukturen gibt es zu neonazistischen Strukturen aus anderen Bundesländern oder ins Ausland?

Zu Frage 4.12:

Zwischen neonazistischen Gruppierungen aus dem Land Brandenburg und neonazistischen Gruppierungen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland gibt es keine strukturierte oder strategische

Zusammenarbeit. Derzeit sind keine länderübergreifenden Strukturen oder Netzwerke feststellbar. Nichtsdestotrotz existieren teilweise persönliche Kontakte und punktuelle Kooperationen.

So haben einige Mitglieder der rechtsextremistischen Szene Wittstock Kontakt zu der Hamburger Gruppierung „HNK / WWT (Hamburger Nationalkollektiv / Weiße Wölfe Terrorcrew)“.

Auch haben sich Rechtsextremisten aus Berlin und Brandenburg im Jahr 2012 mehrfach bei öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen unterstützt, so beispielsweise im Rahmen der folgenden drei Veranstaltungen:

- Für den 08. Mai 2012 organisierten die „Freien Kräfte Königs Wusterhausen“ in Königs Wusterhausen eine Kundgebung unter dem Motto „8. Mai - BRD heißt Kapitulation, Ruhm und Ehre der deutschen Nation“. Als Redner trat ein bekannter Szeneangehöriger aus Berlin auf.
- Am 27. Juli 2012 marschierten maskierte Rechtsextremisten durch die Stadt Hennigsdorf, um auf den 99. Geburtstag eines in Italien unter Hausarrest stehenden verurteilten Kriegsverbrechers aufmerksam zu machen. Auf rechtsextremistischen Internetportalen aus Berlin und Brandenburg wurde über den Aufzug berichtet, so neben der Website „NW-Berlin“ auch auf der Plattform „Infoportal-Potsdam“.
- Am 01. September 2012 fand in Velten eine Demonstration unter dem Motto: „Straftat: Fußball? Stasi-Methoden im alltäglichen Leben!“ statt. Dem vorausgegangen war die Untersagung eines szeneeigenen Fußballturniers mit anschließendem Konzert. Anhänger der rechtsextremistischen Szene Berlin waren in Organisation und Durchführung der Demonstration eingebunden.

Zudem sind Rechtsextremisten aus Brandenburg immer wieder in dem Berliner Szenelokal „Zum Henker“ zugegen.

Darüber hinaus hat das inzwischen vereinsrechtlich verbotene neonationalsozialistische Netzwerk „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ langjährige Kontakte nach Ostsachsen unterhalten. Daher konnte es viele seiner Aktionen in Sachsen - unterstützt durch örtliche Sympathisanten - in Szene setzen.

Frage 4.13:

Wie schätzt die Landesregierung die Stellung von neonazistischen Strukturen im Land Brandenburg im bundesweiten Vergleich ein? Gibt es eine bundesweite Ausstrahlung der Aktivitäten?

Zu Frage 4.13:

Eine bundesweite Ausstrahlung ihrer Aktivitäten war bislang bei der inzwischen verbotenen Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ feststellbar. Durch ihre Kampagnen und die mediale Aufbereitung ihrer Propagandaaktionen haben sie sich szeneeigen bundesweit einen Namen gemacht. Die übrigen neonationalsozialistischen Strukturen erfahren dagegen eher regionale Aufmerksamkeit.

5 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund

Frage 5.1:

Wie hoch schätzt die Landesregierung das Gewaltpotenzial der rechtsextremistischen Szene ein und welchen Gewaltbegriff legt sie dabei zu Grunde?

Zu Frage 5.1:

Mit der Einführung des bundesweit einheitlichen polizeilichen Definitionssystems zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) im Jahr 2001 wurde auch der „Gewaltbegriff“ definiert.

Politisch motivierte Gewaltkriminalität ist demnach die Teilmenge der Politisch motivierten Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Dazu gehören gemäß des „Kataloges politisch motivierte Gewaltdelikte“ Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung und Widerstandsdelikte.

Ab 2005 war im Land Brandenburg ein kontinuierlicher Rückgang bei den Fallzahlen der rechtsextremistisch motivierten Gewaltstraftaten zu verzeichnen (2004 = 105 Fälle; 2011 = 36 Fälle). Für das Jahr 2012 (Stand 10. Dezember 2012) ist erstmals allerdings wieder ein Anstieg feststellbar (53 Fälle). Der sehr deutliche Rückgang von 2010 zu 2011 (minus 30 Fälle) relativiert sich damit. Die Hauptursache dafür liegt im Anstieg der Straftaten, die im Begründungszusammenhang „Konfrontation gegen links“ begangen wurden. Fremdenfeindliche Gewaltstraftaten sind ebenso angestiegen.

Frage 5.2:

Ist nach Einschätzung der Landesregierung die rechtsextremistische Szene innerhalb der letzten 15 Jahre militanter geworden?

Frage 5.3:

Falls ja, wie manifestiert sich diese Radikalisierung?

Zu Frage 5.2 und Frage 5.3:

Die rechtsextremistische Szene im Land Brandenburg stellt sich seit Jahren organisatorisch und ideologisch heterogen dar. Sie besteht aus dem neonazistischen Spektrum - den so genannten „Freien Kräften“ bzw. „Nationalen Sozialisten“ -, den rechtsextremistischen Parteien, den Revisionisten und den so genannten intellektuellen Rechtsextremisten.

Die Entwicklung der politisch rechts motivierten Gewaltstraftaten spricht in ihrer langjährigen Entwicklung nicht für eine Zunahme der Militanz der rechtsextremistischen Szene in den letzten Jahren (siehe Antwort zu Frage 5.1). Es gilt deshalb, nicht zuletzt den hohen Verfolgungsdruck auf potenziell gewaltbereite Angehörige der Szene kontinuierlich aufrechtzuerhalten.

Seit 2008 entwickelte sich innerhalb der bundesweiten rechtsextremistischen Szene die Aktionsform der „Autonomen Nationalisten“ als Teil des neonazistischen Spektrums. Sie orientieren sich zwar ideologisch an den nationalrevolutionären Ideen, übernehmen aber dabei Verhaltens- und Aktionsformen, die ursprünglich militanten Linksextremisten zugerechnet wurden. „Autonome Nationalisten“ treten oft mit einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft gegen Polizeibeamte und politische Gegner auf. Wie gewaltbereite Linksextremisten bilden auch sie beispielsweise durch das Tragen ausschließlich schwarzer Kleidung im Rahmen von Demonstrationen „Schwarze Blöcke“.

Den „Autonomen Nationalisten“ wurden im Jahr 2010 bundesweit rund 1.000 Personen zugerechnet. Gegenwärtig liegen keine belastbaren polizeilichen Erkenntnisse vor, die eine zahlenmäßige Benennung von Brandenburger „Autonomen Nationalisten“ ermöglichen würden.

Nach polizeilichen Erkenntnissen war im Land Brandenburg lediglich eine Gruppierung existent, die unter der Bezeichnung „Autonome Nationalisten“ organisiert auftrat. Dabei handelte es sich um die „Autonomen Nationalisten Oder-Spree“, einem Zusammenschluss von ca. 10 Personen um einen bekannten Rechtsextremisten aus Eisenhüttenstadt. Diese traten vorrangig im Rahmen von bundesweiten Demonstrationen sowie mit Sachbeschädigungen in Erscheinung, zumeist im Bereich Eisenhüttenstadt. Seit dem Frühjahr 2012 sind durch die Polizei keine Aktivitäten dieser Gruppierung festgestellt worden.

In Brandenburg traten vereinzelte Rechtsextremisten unter der Aktionsform der AN in Erscheinung (siehe dazu insbesondere Verfassungsschutzbericht 2009, S. 71 ff), die Tendenz ist hier rückläufig. Der hohe Druck auf die rechtsextremistische Szene in Brandenburg durch staatliche Repressivmaßnahmen kann neben einer Vielzahl positiver Wirkungen allerdings auch zu einer noch konspirativeren Vorgehensweise bei der szeneeinternen Kommunikation und in Teilen auch zu Radikalisierungsprozessen und Militanz in Kleingruppen / bei Einzeltätern führen. Sicherheitsbehörden stehen hierbei grundsätzlich vor dem Problem, konspirativ agierende Kleinzellen zu erkennen.

In der Gesamtschau ist festzustellen, dass polizeiliche Erkenntnisse über das Bestehen einer militanten rechtsextremistischen Szene im Land Brandenburg gegenwärtig nicht vorliegen.

Frage 5.4:

Wie viele Straftaten wurden seit dem Jahr 2000 rechtsextremistischen Personen oder Organisationen im Land Brandenburg zugeordnet und welche Straftatbestände lagen zugrunde?

Zu Frage 5.4:

In der nachfolgenden Tabelle wird die Anzahl politisch rechts motivierter Straftaten aufgeführt. Die Auflistung erfolgt aufgrund der Einführung des bundesweiten einheitlichen polizeilichen Definitionssystems zur Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ab dem 01. Januar 2001 ebenfalls erst ab dem Jahr 2001. Die Vergleichbarkeit der Zahlen vor und nach der Einführung des o. g. einheitlichen Definitionssystems ist nicht gegeben.

Jahr	Anzahl der Fälle PMK-rechts
2001	907
2002	984
2003	993
2004	987
2005	1294
2006	1399
2007	1361
2008	1640
2009	1422
2010	1141
2011	1140
bis 30.11.2012	1242

Bei den in der Tabelle dargestellten Fällen handelt es sich um folgende Straftatbestände (Aufzählung gemäß Reihenfolge im StGB):

- Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB)
- Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86a StGB)
- Verunglimpfen des Staates und seiner Symbole (§ 90a StGB)
- Öffentliches Auffordern zu Straftaten (§ 111 StGB)
- Widerstandshandlungen (§ 113 StGB)
- Haus- bzw. Landfriedensbruch (§§ 123, 124, 125 StGB)
- Bildung krimineller bzw. terroristischer Vereinigungen (§§ 129, 129a StGB)
- Bildung bewaffneter Gruppen (§ 127 StGB)
- Volksverhetzung (§ 130 StGB)
- Vortäuschen einer Straftat, Falsche Verdächtigung (§§ 145 d und 164 StGB)
- Störung der Totenruhe (§ 168 StGB)
- Beleidigung, Üble Nachrede und Verleumdung (§§ 185, 186, 187 StGB)
- Verletzung des Briefgeheimnisses (§ 202 StGB)
- Mord (§ 211 StGB)
- Körperverletzung (§§ 223, 224 StGB)
- Bedrohung (§ 241 StGB)
- Raub und Erpressung (§§ 249, 253 StGB)
- Urkundenfälschung (§ 267 StGB)
- Sachbeschädigung (§ 303 StGB)
- Brandstiftung, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion (§§ 306, 308 StGB)
- Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315c StGB)
- Verstoß gegen das Waffengesetz sowie Kriegswaffenkontrollgesetz
- Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und Vereinsgesetz
- Verstoß Kunsturheberrechtsgesetz.

Frage 5.5:

Wie viele Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg sind im Besitz einer Waffenbesitzkarte? Wie viele Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg besitzen eine Waffe?

Zu Frage 5.5:

Grundsätzlich wird bei der Beantragung eines Kleinen Waffenscheins bzw. einer Waffenbesitzkarte (WBK) die Geeignetheit und Zuverlässigkeit des Antragstellers im Sinne des Waffengesetzes überprüft. Diese Prüfung erfolgt in den örtlich zuständigen Dienststellen, unter anderem durch Abfrage der polizeilichen Informationssysteme.

Im Rahmen der Ermittlungen im Zusammenhang mit den bekannt gewordenen Straftaten des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) wurden im Dezember 2011 die in den polizeilichen Auskunftssystemen mit dem personengebundenen Hinweis „Rechtsmotiviert“ (REMO) versehenen Personen im waffenrechtlichen Erlaubnissystem überprüft. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass auf drei Personen ein Kleiner Waffenschein und auf vier Personen eine WBK ausgestellt ist. In Folge weiterer Überprüfungen wurde einer Person die Waffenbesitzkarte entzogen.

Frage 5.6:

Bei wie vielen Straftaten von Rechtsextremisten wurden seit dem Jahr 2000 Waffen eingesetzt bzw. mitgeführt?

Zu Frage 5.6:

Straftaten mit politischer Motivation werden nach dem bundesweiten Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst. Die Verwendung oder das Mitführen von Waffen ist bisher kein gesondertes Erfassungs-/Auswertungskriterium. Eine Recherche im Datenbestand zur Erlangung valider Daten im Hinblick auf die Fragestellung ist daher nicht möglich.

Frage 5.7:

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Kontakte, Verbindungen und Kooperationen von Rechtsextremisten aus dem Land Brandenburg zu terroristischen Organisationen?

Zu Frage 5.7:

Von August 2003 bis Mai 2004 hatten Mitglieder der im Juli 2003 gegründeten rechtsextremistischen Kameradschaft „Freikorps Havelland“ neun Brandstiftungen und eine Sachbeschädigung gegen Geschäfte und Imbissstände von Betreibern asiatischer und türkischer Herkunft mit fremdenfeindlicher Motivation verübt. Dabei entstanden erhebliche Sachschäden, insgesamt über 600.000 Euro. Bei „Freikorps Havelland“ handelte es sich um einen Zusammenschluss von jugendlichen bzw. heranwachsenden Rechtsextremisten im Alter von 15 bis 19 Jahren. Sie hatten sich zum Ziel gesetzt, Ausländer aus dem Havelland zu vertreiben. Sechs Mitglieder der Kameradschaft wurden wegen Gründung und Bildung einer terroristischen Vereinigung zu teils mehrjährigen Jugendstrafen verurteilt. Der Hauptangeklagte, ein neunzehnjähriger Abiturient, erhielt eine Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten.

Nach den derzeit vorliegenden Erkenntnissen haben sich bisher keine Hinweise auf Beteiligungen von Brandenburger Rechtsextremisten an den Straftaten der terroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) ergeben. Die Überprüfungen sind noch nicht abgeschlossen.

Generell fallen die Ermittlungen zur Bildung terroristischer Vereinigungen (so auch im Komplex NSU) in die originäre Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes (GBA). Damit liegt die Informationshoheit zu aktuellen Verfahren mit terroristischem Hintergrund ausschließlich beim GBA.

Frage 5.8:

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Kontakte, Verbindungen und Kooperationen von Rechtsextremisten in den Bereich der organisierten Kriminalität?

Zu Frage 5.8:

Erkenntnisse zu möglichen Kontakten, Verbindungen und Kooperationen zwischen Mitgliedern der rechtsextremistischen Szene und der organisierten Kriminalität liegen lediglich in Form vereinzelter OK-typischer Straftaten von Rechtsextremisten vor. Dabei handelt es sich zumeist um Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz sowie gegen das Arzneimittelgesetz.

Frage 5.9:

Haben sich nach neuerlicher Überprüfung ungeklärter Delikte durch die Fachdirektion Landeskriminalamt Hinweise auf einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund und/oder Zusammenhang zum „Nationalsozialistischen Untergrund“ ergeben (bitte Tötungsdelikte, Brand- und Sprengstoffdelikte, Raubdelikte im Zusammenhang mit Kreditinstituten, Verstöße gegen das

Waffen-, Sprengstoff- und Kriegswaffenkontrollgesetz sowie Verstöße gegen das Vereinsgesetz mit berücksichtigen)?

Zu Frage 5.9:

Zur Gewährleistung einer einheitlichen Vorgehensweise hat sich das Gemeinsame Abwehrzentrum Rechtsextremismus (GAR) der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes mit der Prüfung ungeklärter Delikte auf mögliche rechtsextremistische Hintergründe und/oder Zusammenhänge mit dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) auseinandergesetzt und ein Phasenkonzept erstellt. In der Phase 1 werden Tötungsdelikte (Mord und Totschlag) überprüft. Des Weiteren wird die nochmalige Prüfung der in der so genannten „Opferliste“ enthaltenen Fälle ebenfalls von der Phase 1 umfasst. Bei der Opferliste handelt es sich um eine Zusammenstellung der Medien (u. a. Tagesspiegel) zu Todesopfern durch „rechte Gewalt“ seit 1990 und der entsprechenden Fälle, die nur zu einem Teil durch die Polizei im Rahmen der Meldedienste als politisch motivierte Tötungsdelikte klassifiziert wurden.

Für das Land Brandenburg konnten in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 71 ungeklärte Tötungsdelikte recherchiert werden. Die Prüfung dieser Fälle ist im Land Brandenburg abgeschlossen. Ein Bezug zum NSU ist dabei nicht festgestellt worden.

In der „Opferliste“ sind 27 Fälle mit Bezug zum Land Brandenburg enthalten, davon wurden neun Fälle als politisch rechts motivierte Tötungsdelikte klassifiziert. Die Akten der 27 Fälle wurden bei den Staatsanwaltschaften angefordert und werden gegenwärtig sukzessive ausgewertet. Die Analyse dieser Vorgänge wird noch mehrere Monate in Anspruch nehmen. Im Zuge der Auswertung sind detaillierte Sondermeldungen an das Bundeskriminalamt zu fertigen. Das Bundeskriminalamt wird diese Sondermeldungen als Grundlage zum Abgleich in den polizeilichen Auskunftssystemen nehmen und gegebenenfalls auftretende „Kreuztreffer“ den Ländern mitteilen.

Aufgrund des Umfangs der Auswertung der Altfälle soll nach Abschluss der Phase 1 eine Evaluation durchgeführt werden. Vom Ergebnis wird abhängen, wie bei der Prüfung der ebenso angefragten Deliktsbereiche (Brand- und Sprengstoffdelikte, Raubdelikte im Zusammenhang mit Kreditinstituten, Verstöße gegen das Waffen-, Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz sowie Verstöße gegen das Vereinsgesetz) vorgegangen werden soll.

Frage 5.10:

Welche Programme der Justiz zur Betreuung von verurteilten Rechtsextremisten existieren im Land Brandenburg und welche Maßnahmen werden zur Resozialisierung getroffen?

Zu Frage 5.10:

Seit 2001 werden im Jugendvollzug des Landes Brandenburg spezielle Trainingsangebote für rechtsextremistisch orientierte und gewaltbereite Jugendliche und Heranwachsende angeboten. Das Training sieht auch eine Nachbetreuung nach der Haftentlassung vor. Bei der Maßnahme mit dem Titel „Abschied von Hass und Gewalt“ handelt es sich um ein Angebot, welches seinerzeit mit Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Landeszentrale für Politische Bildung und der Brandenburger Justiz als Modellprojekt im Brandenburger Jugendvollzug entwickelt worden ist und zwischenzeitlich durch den Verein Violence Prevention Network bundesweite Verbreitung in Justizvollzügen gefunden hat. Das Programm wird mit ESF-Mitteln gefördert und mit jährlich 27.500,00 € aus Landesmitteln kofinanziert.

Ausstiegswilligen Gefangenen werden Kontaktdaten zu Aussteigerprogrammen außerhalb des Vollzuges, z.B. EXIT, auf Nachfrage mitgeteilt.

6 Musik/Bücher/Zeitschriften/Internet etc.

Frage 6.1:

Welchen Stellenwert hat nach Einschätzung der Landesregierung Musik in der rechtsextremistischen Szene?

Zu Frage 6.1:

Die rechtsextremistische Musik dient als Lockmittel, oft wird auch von „Einstiegsdroge“ gesprochen. Sie hat innerhalb der Szene einen sehr hohen Stellenwert, um junge Menschen für die Ideen des Rechtsextremismus zu interessieren. Musik ist schneller und einfacher zu „verstehen“ als andere PropagandafORMen wie z.B. Parteiprogramme und Infobroschüren.

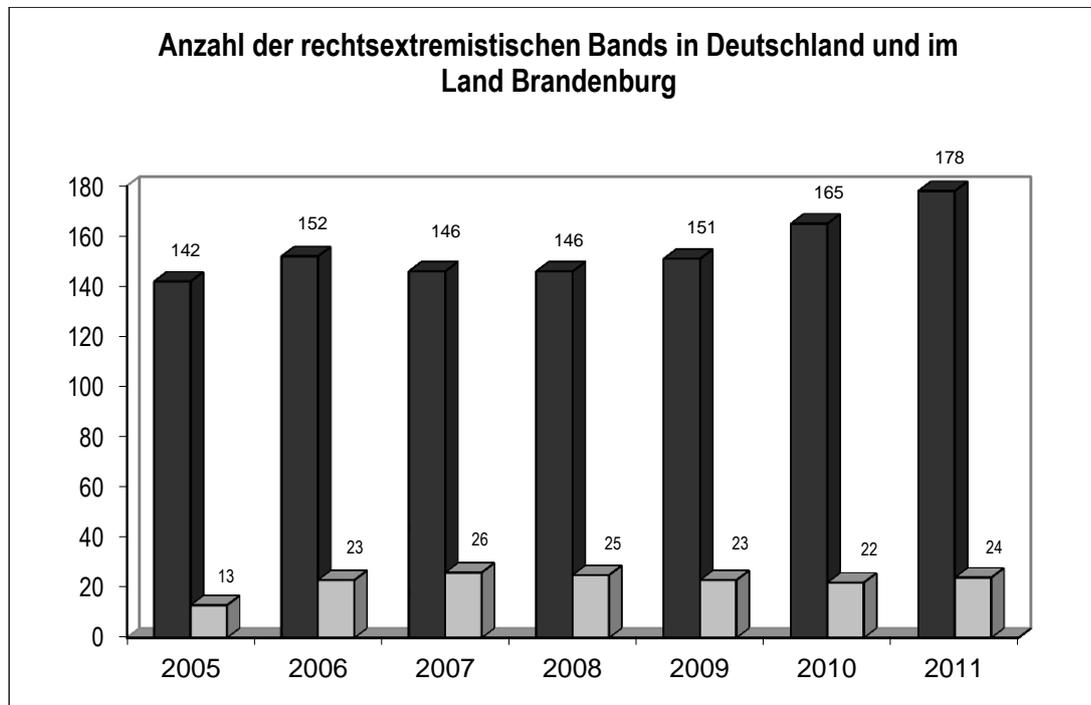
Die Musik dient innerhalb der Szene als ein zentrales Kommunikationsmittel und bildet eine gemeinsame Basis. Über den Besuch von Szene-Konzerten werden zudem das Gemeinschaftsgefühl in der Szene gestärkt und Kontakte zwischen den verschiedenen regionalen Szenen geknüpft und aufrechterhalten.

Nicht zuletzt dient Szenemusik einigen wenigen Rechtsextremisten in Brandenburg als Beitrag zum Lebensunterhalt, das betrifft insbesondere Betreiber von Vertrieben.

Frage 6.2:

Welche Brandenburger rechtsextremistischen Bands sind der Landesregierung bekannt?

Zu Frage 6.2:



(dunkler Balken=Bund, heller Balken=Land Brandenburg)

Die Landesregierung benennt Szenebands möglichst frühzeitig, um ein schnelles und effektives Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden bei der Bekämpfung der Musikszene zu ermöglichen.

Derzeit sind folgende Bands bekannt:

1. Aryan Brotherhood (A.B.); Potsdam
2. Autan; Oranienburg (OHV);
3. Barbaren; Eisenhüttenstadt (LOS)
4. Bloodshed (B.S.); Potsdam
5. Burn Down (B.D.); Potsdam
6. Confident of Victory (C.O.V.); Senftenberg (OSL); hinzu kommen das Black Metal Projekt Obskur sowie das Bandprojekt Against Music Industry (bestehend aus Confident of Victory und der sächsischen Band Magog)
7. Handstreich (Glaskammer, Cynic); Potsdam; hinzu kommt das Projekt Natürlich (03/2012)
8. Die weißen Jäger (D.W.J.); (LOS)
9. Exzess; Strausberg (MOL)
10. Frontalkraft (FK); Cottbus
11. Frontfeuer; Beeskow (LOS)
12. Himmelfahrtskommando (ohne regionale Zuordnung)
13. Hallgard (OHV)
14. Hausmannskost (Cottbus)
15. Hassgesang (H.G.); Teltow (PM); hinzu kommen die Projekte: Agnar, No Escape, Anger Within
16. Helle und die RACker (H&R); auch mit der Schreibweise Helle und die RACer zu finden (ohne regionale Zuordnung)
17. Hope for the Weak; Senftenberg, Lauchhammer (OSL) und Dresden (Sachsen); Black Metal Projekt: Mysanity (hieß bis September 2008 Non Divine), Musiker kommen von Hope for the Weak, Confident of Victory und den sächsischen Bands Moshpit sowie Magog
18. Jungvolk (UM)
19. Mogon; Beeskow (LOS)
20. Preussenstolz; Potsdam
21. Redrum, Potsdam seit 2012 wieder aktiv
22. Uwocaust; Potsdam
23. Volkstroi / USK; Fürstenwalde und Beeskow (LOS)
24. Wolfskraft (WK); Beeskow (LOS)

Frage 6.3:

Wie viele Konzerte rechtsextremistischer Bands fanden im Land Brandenburg seit dem Jahr 2000 statt (bitte mit Bandnamen und Ort nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu Frage 6.3:

Die Beantwortung der Frage ist dem Anhang 1 zu entnehmen

Frage 6.4:

Wie viele Konzerte haben aus Brandenburg stammende Bands außerhalb des Bundeslandes gegeben (bitte mit Bandnamen und Ort nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu Frage 6.4:

Die Beantwortung der Frage ist dem Anhang 2 zu entnehmen

Frage 6.5:

Welche Bedeutung hat in Brandenburg produzierte Musik oder Musik von brandenburgischen Bands?

Zu Frage 6.5:

(Siehe auch Antwort zu den Fragen 6.1 und 6.4)

Das Land Brandenburg ist für die rechtsextremistische Szene Deutschlands ein bedeutender Bandstandort, aber ein nachrangiger Konzertstandort.

Rechtsextremistische Bands treten im übrigen Bundesgebiet (insbesondere in Sachsen) und im Ausland öfter als in Brandenburg auf.

Der wesentliche Teil der Musikproduktion der rechtsextremistischen Bands aus Brandenburg wird über Vertriebe aus Sachsen abgewickelt. In Brandenburg kommt lediglich Rebel-Records aus Cottbus eine überregionale Bedeutung zu.

Die nachfolgend aufgelisteten rechtsextremistischen Konzerte in anderen Bundesländern und im Ausland zeigen exemplarisch die Bedeutung einiger dieser Bands:

Datum	Ort (Gemeinde, Bundesland bzw. Staat)	Bands aus Brandenburg	Teilnehmer
01.-02.10.2005	Hammerskinfestival, Atlanta (USA)	Confident of Victory	
13.09.2008	Ungarn	Volkstroi	
25.10.2008	Mallentin (Mecklenburg-Vorpommern)	Exzess	1400
29.05.2010	Milano (Italien), Anlass: European Hammerfest	Frontalkraft	500
01.07.2011 - 02.07.2011	Jänkendorf / Quitzdorf (SN)	u.a. mit Exzess	2400
28.01.2012	Staupitz (SN)	Org. / Veranstalter Martin Seidel Bands: Freigeist, White Resistance, Wiege des Schicksals, Hausmannskost, Blackout	
26.05.2012	Győr (Ungarn)	Frontfeuer	

14.07.2012	Verona, Italien	Confident of Victory	
------------	-----------------	----------------------	--

Frage 6.6:

Welche Bedeutung hat das mittlerweile verbotene Netzwerk Blood & Honour für und in Brandenburg. Wohin haben sich deren Funktionärskader ggf. umorientiert?

Zu Frage 6.6:

Die Bewegung wurde Ende der 80er Jahre in England gegründet. Sie ist international ausgerichtet. Die "B&H Division Deutschland" wurde 1994 in Berlin gegründet. Ab 1997 verfügte sie über eine eigene Jugendorganisation ("White Youth").

Die Gruppierung ist auf die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie mittels Skinheadkonzerten und Fan-Magazinen gerichtet.

Die Division Deutschland wurde im Jahr 2000 verboten.

Dieses Verbot war ein tiefer Einschnitt für die rechtsextremistische Szene in Deutschland. Mit dem Verbot brach eine wichtige Struktur u.a. für die Organisation von rechtsextremistischen Konzerten weg.

Bereits vor dem Verbot von Blood and Honour Deutschland (B&H) im Jahr 2000 und danach wechselten einzelne B&H Mitglieder und Rechtsextremisten aus deren Umfeld zu Motorradclubs. (vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2147 des Abgeordneten Klaus Ness, Fraktion der SPD, Drucksache 5/5480 Landtag Brandenburg Drucksache 5/5643 5. Wahlperiode)

Einige wenige Personen haben sich von der rechtsextremistischen Szene lösen können, aber der Großteil der Personen ist weiterhin tief in der rechtsextremistischen Szene verwurzelt.

Frage 6.7:

Welche rechtsextremistischen Print-Publikationen aus dem Land Brandenburg sind der Landesregierung bekannt?

Frage 6.8:

Welche führenden Personen stehen hinter diesen Publikationen?

Frage 6.9:

Welche rechtsextremistischen Verlage, Zeitschriften und Printvertriebe sind der Landesregierung in Brandenburg oder als in Brandenburg registriert bekannt?

Zu den Frage 6.7, 6.8, 6.9:

Außer diversen unregelmäßig erscheinenden regionalen Schriften sind derzeit folgende Publikationen von Relevanz:

Name	Anmerkung	Verantwortlich
„HAVELLANDSTIMME“, Nachrichten aus der Region	zweiseitige Publikation des NPD Kreisverbandes Havel-Nuthe	Dieter Brose
„Wahrheit für Brandenburg“	Mehrere Einzelseiten, angebliche Auflagenhöhe „sechstellig“;	Klaus Beier

	verschiedene Ausgaben, teils online verfügbar	
Der Travelnazi Nr. 1:	Der Travelnazi Nr. 1 ist erschienen 2010 und derzeit immer noch erhältlich bei dem rechtsextremistischen Vertrieb Rebel Records (The Devils Right Hand Store) in Cottbus. Als Kontaktadresse der Ausgaben ist ebenfalls Rebel Records in Cottbus angegeben.	Martin Seidel ist Verantwortlicher des rechtsextremistischen Vertrieb Rebel Records in Cottbus.
ZÜNDSTOFF - Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg	Erscheint mehrfach jährlich, Layout laienhaft, seit Jahren konstant	Thomas Salomon

Frage 6.10:

Welche Internetseiten mit rechtsextremistischen Inhalten aus Brandenburg oder von einem brandenburgischen Betreiber sind der Landesregierung bekannt? Welche Inhalte werden dort verbreitet? Welche agitatorische Wirkung entfalten diese Webseiten?

Zu Frage 6.10:

Die Internetseiten rechtsextremistischer Verlage und Vertriebsdienste dienen vor allem dazu, das Angebot der Vertriebe in der Szene bekannt zu machen. Mittelbar orientieren sie die Szene, was aktuell „in“ ist, „uniformieren“ die Szene und dienen somit auch als Szenekitt.

Rechtsextremistische Musik und „rechte“ Szenebekleidung, die über das Internet verbreitet und vertrieben werden, wirken als starkes Bindemittel für die gesamte Szene. Sie dienen darüber hinaus als Transmissionsriemen rechtsextremistischer Inhalte, indem sie junge Menschen beeinflussen und an die Szene heranführen.

Die CD-Produktionen und Vertriebe erfolgen meist über rechtsextremistische Musiklabel. Führend sind „PC Records“ in Chemnitz (Sachsen) und „Rebel Records“ in Cottbus (Brandenburg). Solche Labels stellen Aufnahmetechnik zur Verfügung und vertreiben fertige Tonträger über das Internet und Ladengeschäfte. Beide bieten darüber hinaus Szene-Artikel wie z.B. T-Shirts von rechtsextremistischen Bands an („Frontalkraft“, „Hassgesang“, „Wolfskraft“). Neben „Rebel Records“ (Cottbus) existieren im Land Brandenburg weitere rechtsextremistische Musikvertriebe: „NMV-Versand“ (Eberswalde) und „Nationaler Zentralversand“ (Eberswalde). Etablierte rechtsextremistische Bands werden ihre Tonträger nach wie vor bei bekannten und vertrauten Labels produzieren. Das Internet dient hier vor allem den „Neulingen“, um Eigenproduktionen bekannt zu machen und anzubieten. Es gibt Musik-Foren, Bandvorstellungen, Konzert- und CD-Ankündigungen, Konzertberichte, Angebote von CDs, LPs, EPs, Merchandising-Produkte, kostenlose Downloads und Verlinkungen. Der offenen Mobilisierung der rechtsextremisti-

schen Musik-Szene über das Internet (z.B. Konzertankündigungen und Auswertung in Foren) folgt mehr und mehr der Trend, sich auf personenbezogenen Internetportalen (Facebook, Jappy) auszutauschen. Die Information zugangsberechtigter Szenemitglieder erfolgt dann nur in geschlossene User-Profile. Bei allen unternehmerischen und strafrechtlichen Risiken bleiben die Herstellung und der Vertrieb rechtsextremistischer Tonträger, einschlägig beschrifteter Bekleidung, symbolträchtiger NS-Devotionalien usw. ein vor allem finanziell lukratives Geschäft.

Nachfolgend sind die wesentlichen Internetauftritte bekannter Versand- und Vertriebsdienste sowie Bandprojekte aus Brandenburg aufgeführt (Stand: Dezember 2012):

Vertriebe

Aufgeführt werden hier die Vertriebe, die von besonderer Relevanz sind:

NMV Versand

- aktiv
- Geschäftsführer: Christian Banaskiewicz

8 mal 11 Versand

- aktiv
- Geschäftsführer: Christian Banaskiewicz

Der o.g. Betreiber ist ferner für folgende online-Shops verantwortlich, ohne dass hier explizit rechtsextremistische Waren verkauft werden.

Enos24-Shop

- aktiv
- Geschäftsführer: Christian Banaskiewicz

Fightback24 Shop

- offline
- Geschäftsführer: Christian Banaskiewicz

Ready to fight – Szeneladen

- offline

Rockshop66

- offline

Itsh84u Streetwear – closed society Shop

- aktiv
- verantwortlich: Alexander Ulrich

Knochensack – Shop

- aktiv
- Impressum/Kontakt: E. Mix

MT Antiquariat Buchhandel

- aktiv
- Impressum: Mario Schulz

Rebel-Records Shop

- aktiv
- Impressum: Martin Seidel

Zentralversand

- aktiv
- Impressum: Rene Herrmann

Raven-Versand

- aktiv

Schüler-CD

- inaktiv (Hinweis: Seite geschlossen)

Bands

Preussenstolz

- aktiv

Lost Souls

- inaktiv

Outlaw

- offline

Wolfskraft

- inaktiv

Frontalkraft

- inaktiv

Confident of victory

- aktiv

Handstreich

- aktiv

Frage 6.11:

In welchem Maße nutzen Rechtsextremisten im Land Brandenburg neue soziale Netzwerke und WEB 2.0-Angebote und welche agitatorische Wirkung entfalten solche Angebote?

Zu Frage 6.11:

Rechtsextremistische Aktivitäten wie beispielsweise der Trauermarsch in Dresden (Sachsen) werden von der Szene im Internet für eine regelrechte „Medienoffensive“ genutzt. Absprachen, Planungen und Organisation erfolgen zunächst konspirativ, auf abgeschotteten Systemen. Hier wird abgesprochen, wie

man vorgeht. Hier werden Treffpunkte vereinbart und Flyer entworfen. Schon Wochen vorher werden dann Mobilisierungs-Videos ins Netz gestellt. Hinzu kommen mobile Versionen für Smartphones und Internet-Tablets. Dafür werden extra eingerichtete „YouTube“-Kanäle genutzt. Der Microblogging-Dienst „Twitter“ wird zum Live-Ticker, denn „Twitter“ ermöglicht quasi eine Echtzeitinformation vor Ort auf Handys und Computer. Durch Mobile-Tagging (QR-Codes) werden Informationen vor Ort abgelegt. Smartphones interpretieren solche QR-Codes und geben so Informationen auf Veranstaltungen frei oder öffnen Webseiten mit weiteren Informationen.

Auf rechtsextremistischen Portalen wie „Altermedia“ wurden zum Beispiel zum Trauermarsch in Dresden regelmäßig mehrere Themenkomplexe eröffnet. Tausende folgten ihnen. Auch Auswertung und Nachbetrachtung solcher Aktionen erfolgen im Netz intensiv. Ganze Fotoreihen wurden auf „Flickr“ veröffentlicht. „Flickr“ ist eine der größten Fotocommunities im Internet. Veröffentlicht wurden natürlich auch Videos. Bemerkenswert ist auch die hohe Geschwindigkeit, mit der Rechtsextremisten ihre Themen online stellen. Von Planung über Ausführung bis hin zur digitalen Bearbeitung und letztlich bis zum Onlinestellen vergehen oftmals nur wenige Stunden. Durch Verlagerung von Anwendungen in die „Internet-Wolke“ (Cloud-Computing) erhöhen sich Anonymität und Effektivität rechtsextremistischer Aktivitäten. Mehrere Personen haben Zugriff auf die Daten, können zeitgleich arbeiten und sich austauschen. Die Nutzung von virtuellen Servern als Kommunikations- und Arbeitsplattform macht so ein gezieltes konspiratives Agieren möglich. E-Mail Nachrichten werden generell verschlüsselt. Genutzt werden verschiedene anonyme Mail-Accounts, vor allem von russischen Providern.

Bis zum Verbot der Vereinigung „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ und ihrer damit verbundenen Schließung im Juni 2012 tat sich besonders die Seite www.spreelichter.info mit tagesaktuellen Berichten, thematischen Artikelserien, Videos und Audio-Botschaften hervor. Die Autoren bemühten sich „die geistige Brücke zu schlagen zwischen germanischem Lebensbild vor Jahrtausenden und einem modernen, zukunftsorientierten nationalsozialistischen Weltbild in Geist und Tat.“ In zahllosen Artikeln betrieb die „Widerstandsbewegung“ eine systematische Agitation gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung und hetzte massiv gegen Migranten und Menschen anderer Abstammung.

Laut eigener Aussage ging es der „Widerstandsbewegung“ um „Propaganda, die unmissverständlich das System als Grund dafür erkennt und benennt, dass unser Volk seinem Tod entgegengeht. Um Propaganda, die den nationalen Sozialismus als einzige Lösung etabliert, die ‚Demokratie westlicher Prägung‘ hingegen als todbringende Gefahr der Völker brandmarkt.“ Mit einer gehörigen Portion Pathos riefen die Autoren zum „Kampf gegen die Demokraten“ auf und priesen die vermeintliche Alternativlosigkeit einer nationalsozialistischen Neuordnung: „Nationaler Sozialismus ist die einzige Alternative zu diesem System. Fasst endlich Mut, leistet Widerstand. Generationen der Feigheit müssen vergehen!“

Einen Schwerpunkt der Tätigkeit der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ stellte zudem die Planung, Bewerbung und Durchführung von öffentlichkeitswirksamen Aktionen dar, die zumeist anschließend in Form von kurzen Videos im Internet verbreitet wurden.

Bekanntheit erlangten insbesondere die nächtlichen Fackelmärsche der „Unsterblichen“ am 30. April 2011 in Bautzen (Sachsen) und am 30. September 2011 in Stolpen (Sachsen). Bei beiden Veranstaltungen marschierten mehrere hundert „Unsterbliche“, um mit Fackeln, Böllern und rechten Parolen darauf aufmerksam zu machen, dass die „skandalösen, lächerlichen, peinlichen und unsinnigen Taten der Demokraten“ letztendlich „in ihrer Gesamtheit zum Tod des deutschen Volkes“ führen würden.

Solche Aktionen wurden konspirativ auf geheimen, virtuellen Plattformen geplant. Nur wenige Personen wussten zunächst Bescheid, bevor die eigentlichen Informationen über Treffort und Ablauf in die Szene gestreut wurden. Die Aktionen wurden schnell ausgeführt, vornehmlich in der Nacht und nur in kleineren Städten mit ländlicher Umgebung. Die Teilnehmer waren verumumt, trugen weiße Masken, nutzten Pyrotechnik und brüllten lautstarke Parolen. Alles Mittel, die für einen aktionsorientierten Webauftritt

wichtig sind. Schließlich geht es darum, einen perfekt inszenierten ‚Nazi-Trailer‘ herzustellen. Durch die Schnitttechnik wurde dem Zuschauer eine Massenbewegung vorgegaukelt. Die einzelnen Video-Sequenzen wurden zusammengesetzt und nur wenig später online gestellt. „Dabei sein ist alles“ kommentieren junge User solche Aktionen auf einschlägigen Webseiten. Derartige Aktionen werden mit Hilfe des Internets geplant und im Netz bekannt gemacht.

Die Wirkung ist groß, die Verbreitung weit. In scheinbarer Ermangelung besserer Ideen griffen in zahlreichen Bundesländern Nachahmergruppen die „Volkstod“-Thematik auf und kopierten auch nach dem Verbot den öffentlichkeitswirksamen Auftritt der „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“.

7 Auswirkung auf andere gesellschaftliche Bereiche

Frage 7.1:

Was ist der Landesregierung über das „gesellschaftliche“ Engagement von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien und Organisationen (z.B. Kinderfeste, Mitwirkung in Elternvertretungen, Engagement in Dorfvereinen usw.) im Land Brandenburg bekannt?

Zu Frage 7.1:

Der Landesregierung sind vereinzelte Versuche von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien oder Personen bekannt, in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Fuß zu fassen, z.B. als Elternsprecher, Schiedsrichter, Pressesprecher der örtlichen Feuerwehr. Diese werden meist durch Hinweise der Bevölkerung, des landesweiten Beratungsnetzwerks oder des Verfassungsschutzes aufgedeckt. Daher gelingt es diesen Personen in der Regel nicht, vertieft in gesellschaftliche Bereiche hineinzuwirken

Frage 7.2:

Wie schätzt die Landesregierung die Verbindung zwischen Rockermilieu und Rechtsextremismus ein? Welche „Synergieeffekte“ entstehen im Land Brandenburg ggf. für die jeweilige Seite durch die Zusammenarbeit?

Zu Frage 7.2:

Verbindungen zwischen Rockern und Rechtsextremisten müssen mit großer Sorgfalt beobachtet und bewertet werden. Kontakte zwischen diesen Milieus sind feststellbar. Vornehmlich bestehen diese nach gegenwärtigem Kenntnisstand in persönlichen Bekanntschaften und teilweise in familiären Beziehungen. Aktive Kontakte lassen sich zwischen Rockern des Gremium MC, insbesondere des Chapters Spremberg, und der rechtsextremistischen Szene nachweisen.

Auf die Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2147 vom 16. Juli 2012, Drucksache 5/5643, wird ergänzend verwiesen.

Hervorzuheben ist, dass gegenwärtig Analysen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern zum Beziehungsgeflecht Rocker / Rechtsextremisten im GAR durchgeführt werden.

Frage 7.3:

Wie schätzt die Landesregierung das Einwirken von Rechtsextremisten auf den organisierten Sport im Land Brandenburg ein? Wie setzen sich betroffene Vereine mit diesem Problem auseinander?

Zu Frage 7.3:

Nach Einschätzung der Landesregierung schaffen es Rechtsextremisten mit Ausnahme der zu Frage 7.4 dargestellten Aktivitäten nur punktuell, auf den organisierten Sport im Land Brandenburg einzuwirken. In der Regel handelt es sich um sporadische Ereignisse im Zusammenhang mit Fußballspielen, in Einzelfällen auch um die Mitgliedschaft von ehrenamtlichen Helfern des Sports in rechtsextremen Parteien.

Betroffene Vereine setzen sich unterschiedlich mit dem Problem auseinander. Viele Vereine setzen sich direkt mit den auffällig gewordenen Personen oder Gruppen auseinander und nutzen je nach Fall auch Sportgerichte zur Aufarbeitung der Ereignisse. Sie werden dabei intensiv von der Brandenburgischen Sportjugend unterstützt, die betroffenen Vereinen Hilfestellungen und Beratung anbietet.

Die Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund ist seit 2007 Mitglied im landesweiten Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und hat beispielsweise 2010 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Sportjugend eine Broschüre veröffentlicht, in der neben Informationen zu rechtsextremen Symbolen und Codes Anregungen zu Satzungsänderungen enthalten sind. Die Broschüre ist ein Baustein für den organisierten Sport bei der kontinuierlichen und offensiven Bearbeitung des Themas Rechtsextremismus.

Seit dem 01. Dezember 2010 führt die Brandenburgische Sportjugend (BSJ) im Landessportbund Brandenburg e.V. das Projekt „Tore für Demokratie“ durch. Innerhalb dieses Projekts hat die BSJ nachhaltige Strukturen zur Beratung und Qualifizierung von Multiplikatoren aus den verschiedenen Bereichen des organisierten Sports aufgebaut. Vereinsfunktionäre und Übungsleitende wurden u.a. als Konflikt-schlichter oder Beraterinnen und Berater für „Demokratieförderung“ ausgebildet und stehen den Vereinen als Ansprechpartner zur Verfügung. Sie führen anlassbezogene Beratungen bei Konflikten, unfairm Verhalten oder Problemsituationen mit antidemokratischem oder fremdenfeindlichem Hintergrund durch. Dabei arbeitet die Brandenburgische Sportjugend eng mit den Mobilien Beratungsteams sowie mit anderen Netzwerk- und Kooperationspartnern im Land Brandenburg zusammen.

Eine große Zahl an Vereinen versucht außerdem innerhalb der tagtäglichen Arbeit die Bewusstseinsbildung für Toleranz und Demokratie sowie gegen Rechtsextremismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt zu schärfen. Beispielhaft ist der Verein SV Sedlitz Blau-Weiß aus Senftenberg zu nennen, der für sein soziales Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit im Jahr 2010 den Julius Hirsch Preis des Deutschen Fußball Bundes (DFB) erhalten hat. Der Verein engagiert sich seit Jahren für ein tolerantes Miteinander und leistet beispielhafte Integrationsarbeit. Trotz rechtsextremer Anfeindungen ist es dem Verein gelungen, ein klares Zeichen für Vielfalt und Verständigung zu setzen.

Frage 7.4:

Wie schätzt die Landesregierung die Verbindung insbesondere zwischen der Kampfsportszene und dem Rechtsextremismus im Land Brandenburg ein?

Zu Frage 7.4:

Die Verbindung von Rechtsextremismus und Kampfsport ist ein neues gesellschaftliches Phänomen und stellt die Zivilgesellschaft, die Sicherheitsbehörden und die Politik in Brandenburg vor neue Herausforderungen.

In Brandenburg hat sich ein rechtsextremistisches Kampfsportmilieu herausgebildet. „Kickboxen“ und „Free-Fight“ (Kämpfen ohne Regeln) gewinnen im rechtsextremistischen Lager zunehmend an Attraktivität und werden als Plattform für entsprechende Agitation und Aktion genutzt. Die in diesen Sportarten vermittelte Disziplin und Kampfbereitschaft sind für Rechtsextremisten zentrale Eckpfeiler ihrer rück-

wärtsgewandten Weltansicht. Verbindungen zwischen der Kampfsportszene und Rechtsextremismus beschränken sich weitestgehend auf den Süden Brandenburgs und hier insbesondere auf Initiativen bzw. Vereinsstrukturen außerhalb des im Landessportbund organisierten Sports, z. B. als Veranstalter sogenannter „Fight-Gyms“. Im Rahmen des im Landessportbund Brandenburg organisierten Sports ist auf Erkenntnisse im Bereich der Kick-Boxer-Szene im Raum Cottbus zu verweisen. In enger Kooperation mit dem Landessportbund sind Gegenmaßnahmen angestoßen worden. So kam es bereits im Vorjahr zum Ausschluss eines in der Region bekannten Rechtsextremisten aus dem Kickboxteam Cottbus (KBTC), auch konnte z.B. die Teilnahme von zwei rechtsextremistischen Kickboxern an einer Israelreise unterbunden werden. Der Austritt mehrerer Rechtsextremisten aus ihren Kampfsportvereinen in diesem Jahr ist eine weitere Konsequenz.

Frage 7.5:

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Aktivitäten von rechtsextremistischen Personen oder Organisationen an Schulen und in Jugendfreizeiteinrichtungen im Land Brandenburg?

Zu Frage 7.5:

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse über Aktivitäten von rechtsextremistischen Personen oder Organisationen in Jugendfreizeiteinrichtungen vor.

Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund an Schulen werden in Brandenburg zentral erfasst. Das MBSJ-Rundschreiben 6/09 (vom 17. August 2009) „Hinsehen - Handeln - Helfen. Angstfrei leben und lernen in der Schule“ legt unter Nummer 5.1 präzise fest, dass an Schulen im Land Brandenburg Vorfälle mit vermeintlich rechtsextremistischem Hintergrund dem jeweils regional zuständigen staatlichen Schulamt zu melden sind. Darin heißt es:

„Alle Fälle von Gewaltandrohung mit oder ohne Waffen sowie Vorkommnisse, bei denen Gewalt bewusst und mit der Folge einer Körperverletzung eingesetzt wurde, auch solche durch Schulfremde, sind auf dem beiliegenden Meldeformular zu übermitteln. Dies gilt ebenso für antisemitische, fremdenfeindliche, extremistische Äußerungen unabhängig vom politischen Hintergrund sowie auch für solche, die der verfassungsrechtlich garantierten Achtung der Menschenwürde entgegenstehen. Die Meldepflichtung gilt insbesondere dann, wenn der Verdacht naheliegt, dass es sich um Straftaten mit organisiertem Hintergrund handelt.“

Unter Nummer 5.4 ist weiterhin festgelegt, dass in „Fällen von Delikten der Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates“ nicht nur die Polizei, sondern auch der Verfassungsschutz einzubeziehen sind: „Das betrifft insbesondere die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86 StGB und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gemäß § 86 a StGB“. Es heißt dort weiter:

„Sollten einer Schule verfassungsfeindliche Äußerungen rechts- bzw. linksextremistischer Art oder religiös fundamentalistische, insbesondere politisch indoktrinierende Äußerungen in Form von Schriften oder Plakaten per Post zugehen, so sind diese sicherzustellen und an die zuständige Polizeidienststelle weiterzuleiten. (...) Eine Meldung gemäß Nummer 5.1 ist vorzunehmen.“

Die Landesregierung registriert immer wieder Versuche von rechtsextremistischen Personen oder Organisationen, an Schulen im Land Brandenburg aktiv zu werden, insbesondere in Form von Propaganda-Aktivitäten. Im Jahr 2009 wurden durch den Verfassungsschutz und das LKA/Staatsschutz verstärkt Propaganda-Aktivitäten von Rechtsextremisten, insbes. der NPD und JN (Jungen Nationaldemokraten)

beobachtet, die Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler direkt erreichen sollten. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um

- eine Broschüre „Amalia Hinterwäldlerin vor Gericht und andere Geschichten“ von Ursula Haverbeck,
- eine sog. „Schulhof-CD“ mit dem Titel „BRD vs. DEUTSCHLAND“,
- einen Comic „ENTEN gegen HÜHNER“.

Die Haverbeck-Schrift, um ein Beispiel ausführlicher zu erwähnen, wurde Anfang Juli 2009 anonym an Schülerinnen und Schüler einiger brandenburgischer Schulen versandt. Sie enthielt strafrechtlich relevante Inhalte, insbes. Verstöße gegen § 130 StGB (Leugnung des Holocausts). Die Autorin ist eine mehrfach rechtskräftig verurteilte Rechtsextremistin sowie Vereinsvorsitzende des vom Bundesministerium des Innern bereits 2008 verbotenen „Collegium Humanum“, einer Einrichtung zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankenguts. Das MBSJ stellte einen Indizierungsantrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM), um die weitere Verbreitung dieser Propagandaschrift zu unterbinden. Außerdem wurden eine „Handreichung zum Umgang mit rechtsextremistischen Medien“ und ein „Leitfaden zum Umgang mit Materialien rechtsextremistischer Organisationen in der Schule“ an alle Schulen versandt. Die Materialien wurden im Auftrag der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ von der RAA Brandenburg unter Mitwirkung des Mobilen Beratungsteams sowie des Brandenburger Verfassungsschutzes erstellt.

Im aktuellen Schuljahr 2012/2013 hat eine Abfrage aller sechs regional zuständigen staatlichen Schulämter insgesamt sechs gemeldete Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund ergeben. Die Meldungen beziehen sich auf Einzelfälle sowie auf Schmierereien oder das Verwenden von Aufklebern. Systematische Aktivitäten von rechtsextremistischen Personen und Organisationen an Schulen lagen nicht vor, ausgenommen ein Schreiben der sog. „Amtierenden Reichsregierung des Deutschen Reiches“ (s.o. Antwort zu den Fragen 3.1, 3.2, 3.5, 3.6, 3.7, 3.8, 3.9, 3.10, 3.11, 3.12, 3.13, 3.14) mit Hinweis einer „dringlichen Vorsorgewarnung“, die im Februar 2012 rund die Hälfte der Schulen im Land Brandenburg erhalten haben. Darin hieß es, die Schulen sollen „Vorkehrungen (...) in Ihren Institutionen treffen“ und u.a. Vorräte an Nahrungsmitteln für ca. drei Wochen sichern, da das „Deutsche Reich“ weiter existiere. Es sei zu erwarten, dass die UNO in Deutschland einmarschieren werde, um die BRD zwangsweise aufzulösen. Noch am gleichen Tag hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Rücksprache mit dem Verfassungsschutz gehalten und alle Schulleiter in einer E-Mail über das Schreiben informiert sowie dazu geraten, dieses zu vernichten. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im MBSJ hat Informationen der Schulämter über den Erhalt dieses Schreibens gesammelt und diese an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Darüber hinaus wurde den Schulen ein Informationsblatt der RAA Brandenburg zum Umgang mit dieser Flugschrift weitergeleitet. Immer wieder senden sog. „Reichsbürger“ Schreiben an Schulen, Ämter oder Bürger mit dem Ziel, Reaktionen von offiziellen Stellen zu provozieren.

Frage 7.6:

Verschiedentlich wird über den Versuch von Rechtsextremisten berichtet, gesellschaftliche Institutionen (Vereine, freiwillige Feuerwehren usw.) im Land Brandenburg zu unterwandern. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hierüber und wie schätzt sie die konkrete Situation ein?

Zu Frage 7.6:

Rechtsextremismus ist ein Problem, von dem alle gesellschaftlichen Bereiche gleichermaßen betroffen sind. In all diesen Bereichen gibt es Versuche von Rechtsextremisten, Institutionen zu unterwandern,

wenn auch nur vereinzelt. Exemplarisch soll hier die Freiwillige Feuerwehr im Land Brandenburg in den Fokus genommen werden:

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ihrem Verständnis nach Bestandteile der Gesellschaft. Deshalb werden auch Einstellungen und Verhaltensweisen der Gesellschaft in ihren Reihen vorkommen. Dazu gehört auch, dass die Männer und Frauen in den Feuerwehren das gesellschaftliche Spektrum an weltanschaulichen und politischen Positionen repräsentieren. Darunter können auch solche Positionen sein, die potentiell anschlussfähig an rechtsextreme Denkangebote sind. Die kritische Auseinandersetzung mit solchen Erscheinungen ist im Landesfeuerwehrverband seit langem als ständige Aufgabe erkannt. Der Verband und viele Feuerwehrleute stellen sich dieser Aufgabe und bemühen sich dabei um jeweils angemessene und vielfältige Formen. Sie tun dies im Sinne der „Gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus“ (gemeinsam mit dem THW und als Partner des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ vom 17. Juli 2007).

Dort

- ist ein klarer Wertebezug formuliert: Junge Feuerwehrleute konkretisieren dies etwa durch Auseinandersetzung mit Werten in einem Projekt.
- ist die Mitverantwortung für die Entwicklung junger Menschen benannt: Engagierte Feuerwehrleute erarbeiteten gemeinsam mit dem Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung eine Werkmappe, die u.a. dazu anregt, demokratisches und demokratiegefährdendes Verhalten zu thematisieren.
- wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Feuerwehrleute im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen zu unterstützen: Es gibt im Verband verlässliche Ansprechpartner. Die Kooperation mit den Mobilien Beratungsteams hat sich vielfach bewährt.
- haben die Unterzeichner die Gewissheit formuliert, dass Feuerwehrleute auch Vorbilder für demokratisches Engagement und gesellschaftliche Verantwortung sein sollen: Das Projekt „Ohne Blaulicht“ steht den Feuerwehren als Beratungspartner für demokratische Selbstentwicklung, konstruktive Konfliktbearbeitung und die bewusste Gestaltung der bei ihrer Arbeit mit laufenden sozialen Funktionen zur Verfügung.

Der Landesfeuerwehrverband ist sich der Tatsache bewusst, dass diese Arbeit einen langen Atem braucht. Eigenen Angaben zufolge haben sie diesen. In einer Stellungnahme anlässlich dieser großen Anfrage heißt es: „Sollten Rechtsextremisten ihren ‚Kampf um die Köpfe und Herzen‘ auch in den Freiwilligen Feuerwehren führen wollen, können sie mit unserer Bereitschaft und Fähigkeit rechnen, diesen Kampf gelassen und energisch anzunehmen.“

Seit vier Jahren kooperiert zudem der Verfassungsschutz mit der Landesfeuerwehr. Er ist mit seinen Informationsangeboten fester Bestandteil in der Ausbildung der Jugendwarte an der Feuerweherschule in Eisenhüttenstadt.

Es liegen nur vereinzelte polizeiliche Erkenntnisse vor, die Bezüge von Brandenburger Rechtsextremisten zu gesellschaftlichen Institutionen aufweisen. Diese wurden zumeist im Rahmen von Strafverfahren bekannt.

So liegen zu einem ehemaligen und einem aktiven Sportler der „Kickbox Team 09 e.V.“ aus Cottbus staatschutzrelevante Erkenntnisse vor. Beide wurden am 31. Mai 2011 auf dem Flughafen Dresden im Rahmen der Luftsicherheitskontrolle mit einem T-Shirt festgestellt, welches die Aufschriften „A.H. Memorial Tour 2011, Protektorat Mallorca“ und „seit 66 Jahren, Vermisst, du fehlst uns – wir brauchen Dich“ trug. Gegen diese sowie weitere 16 Personen wurden Ermittlungen gemäß § 130 StGB geführt. Der ehemalige Sportler des „Kickbox Team 09 e.V.“ war zudem einer der Adressaten der Verbotsverfü-

gung der rechtsextremistischen Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“, welche am 19. Juni 2012 durch den Innenminister Brandenburgs verboten wurde.

8 Maßnahmen der Landesregierung

Frage 8.1:

Welchen strategischen Ansatz - sowohl im präventiven als auch im repressiven Bereich - hat die Landesregierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus?

Zu Frage 8.1:

Die Landesregierung verfolgt mit unterschiedlichen, jedoch miteinander verzahnten Ansätzen die erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen. Hierbei kommen Maßnahmen zum Tragen, die spätestens seit 1998 ständig aktualisiert, verbessert und weiter ausgebaut werden. Mit vielen dieser Maßnahmen konnte das Land Brandenburg eine bundesweite Vorreiterrolle einnehmen. Im Zentrum stehen rechtsstaatlich-repressive (Polizei und Justiz), nachrichtendienstliche (Verfassungsschutz), zivilgesellschaftliche („Tolerantes Brandenburg“ samt Projekten sowie Vereinen, Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung) und präventiv-kommunikative (Landeszentrale für politische Bildung, Polizei, Verfassungsschutz) Ansätze. Diese werden stets den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Damit wird die Landesregierung den Erwartungen gerecht, die Strukturen und Instrumente des Handlungskonzepts weiterzuentwickeln.

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist die strategische Grundlage der Landesregierung im Kampf gegen Rechtsextremismus. Es wirkt auf drei Ebenen: Politik der klaren Symbole, sozialen Zusammenhalt stärken und Repressionen wirksam organisieren. Die Kombination dieser drei Ebenen gibt Handlungsansätze für ein „Tolerantes Brandenburg“ vor. Die Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie umfasst alle Politikfelder und bedarf der Einbindung des gesamten Gemeinwesens. Es baut auf Kommunikation und allseitige Kooperationsbeziehungen.

Die Landeszentrale für politische Bildung versteht ihre Arbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus als Teil des Gesamtkonzepts "Tolerantes Brandenburg". Sie verfolgt im Kampf gegen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensmuster einen zweifachen, präventiven Ansatz: erstens, den der „Demokratie von unten“ und zweitens, den der „strategischen Kommunikation“. „Demokratie von unten“ bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem Dialog und Zusammenarbeit mit freien Trägern, die vor Ort als Multiplikatoren im gesamten Land Brandenburg wirken. Das Konzept der „strategischen Kommunikation“ gegen den Rechtsextremismus geht von der langfristigen Aufgabenstellung der Landeszentrale aus, wie sie im Koalitionsvertrag für die 5. Wahlperiode festgelegt ist. Dort heißt es u.a.: „Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist es, die Bürger zu aktivem politischen Handeln bei der... Bekämpfung des politischen Extremismus ... zu befähigen bzw. zu ermutigen.“ (Koalitionsvertrag, S. 11). Dafür hat die Landeszentrale ein „integrales Konzept“ entwickelt, das die kontinuierliche Umsetzung dieser Aufgabe strategisch und situationsbezogen sichert. Ziel dieser Strategien ist es, rechtsextremen Einstellungen und Handlungsmustern entgegenzuwirken und dazu beizutragen, dass diese gar nicht erst entstehen.

Der brandenburgische Verfassungsschutz ist eine wichtige Säule im Rahmen des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“. Er versteht sich als Demokratie-Dienstleister sowie Partner der Zivilgesellschaft, was für einen modernen Verfassungsschutz unerlässlich ist. Er sammelt Informationen über Extremismus, analysiert sie und leitet sie weiter. Dies erfolgt insbesondere im Rahmen „Verfassungsschutz durch Aufklärung“, welches im Land Brandenburg aktiv betrieben wird. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten: „Der präventive Ansatz des Verfassungsschutzes wird ausgebaut.“ Hierzu zählen zahlrei-

che Vorträge, Teilnahmen an Podiumsdiskussionen, Durchführungen von Fachtagungen, Besuche von Bürgerfesten mit dem Info-Mobil, der Versand von Informationsmaterialien, eine Homepage mit großen Download-Angeboten und die Vernetzung mit gesellschaftlichen Akteuren sowie die Organisation und Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen.

Frage 8.2:

Mit welchen Instrumenten wird dieser Ansatz verfolgt?

Zu Frage 8.2:

Die Landesregierung verfolgt mit dem Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ einen ganzheitlichen Ansatz und nutzt eine Fülle an Instrumenten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Das erfordert die intensive Vernetzung und Kooperation aller beteiligten Akteure zugunsten des demokratischen Gemeinwesens und zur Abwehr der Feinde der Demokratie. Nur wenn über Ressorts und formale Zuständigkeiten hinweg kooperiert sowie zwischen staatlichen und bürgergesellschaftlichen Akteuren zielgerichtet an einem Strang gezogen wird, können nachhaltige Erfolge erzielt werden.

Um all diese Akteure und ihre Kompetenzen zusammenzuführen, hat die Landesregierung eine zentrale Koordinierungsstelle eingerichtet. Sie ist im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelt und mit allen Grundsatzangelegenheiten in Verbindung mit dem Handlungskonzept betraut. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ berät und steuert die politische Schwerpunktsetzung innerhalb der Landesregierung, koordiniert ressortübergreifende Vorhaben, unterstützt und entwickelt Strategien für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, arbeitet mit zivilgesellschaftlich Aktiven zusammen, fördert deren Engagement und verknüpft vorhandene Strukturen zwischen Staat und Zivilgesellschaft.

Maßgeblich dabei ist die zu Frage 8.1 genannte Drei-Ebenen-Strategie, frei nach Prof. Dr. Gerd Jaschke. Auf der ersten Ebene, „Politik der klaren Signale“, setzt die Landesregierung auf eine strategische Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Sie ermutigt ausdrücklich zu bürgerschaftlichem Engagement in allen Regionen und Kommunen und würdigt das Engagement der Menschen vor Ort durch Auszeichnungen und Ehrungen. Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung Aktionen in den Kommunen durch Präsenz und Mitwirkung, sei es durch Mitglieder des Kabinetts, Mitarbeiter der Ministerien sowie nachgeordneter Einrichtungen (z.B. Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung) und die Teilnahme des „Demokratie-Mobils“ oder des Infomobils des Verfassungsschutzes. Neben der Signalfunktion dienen insbesondere die Infomobile dazu, mithilfe von Informationsmaterialien und in individuellen Gesprächen die Bürgerinnen und Bürger gegen Rechtsextremismus zu sensibilisieren, die Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerks vorzustellen und die Aktiven vor Ort in ihrem Engagement zu stärken. Die Fahrzeuge begleiten damit Stadtfeste, Sportevents, Projektstage, Konferenzen, Musikveranstaltungen und Aktionen gegen rechtsextreme Aufmärsche.

Das Instrumentarium in Bezug auf die zweite Ebene des Handlungskonzepts, „Sozialen Zusammenhalt stärken“, ist vielfältig und kann hier nur in Auszügen wiedergegeben werden. Ein zentrales Instrument ist die strukturelle Förderung des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus. Es ist ein Verbund von Expertinnen und Experten mit unterschiedlichem Fachwissen zur Demokratiestärkung und Rechtsextremismusbekämpfung. Das Beratungsnetzwerk besteht aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern, die wichtige Partner bei der Umsetzung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ sind.

Dieses Netzwerk ist professionelles Unterstützungssystem für demokratiegeleitetes Engagement und überall im Land Brandenburg präsent. Mitglieder des Beratungsnetzwerks sind:

- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos (Mobiles Beratungsteam),
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg,

- Opferperspektive e.V.,
- Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung,
- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund.

Das Beratungsnetzwerk ist in seiner Grundstruktur dreigliedrig angelegt: auf landesweiter, regionaler und lokaler Ebene. Auf regionaler Ebene sind sechs Beratungsräume gebildet worden. Je Beratungsräum existiert ein „Büro für Integration und Toleranz“ (BIT). In jedem sind ein Mobiles Beratungsteam und ein RAA-Team vertreten. Sie haben ihren Sitz in Angermünde, Cottbus, Frankfurt(Oder), Neuruppin, Potsdam und Trebbin. Das Aktionsbündnis, die Opferperspektive, die Brandenburgische Sportjugend und die Landesstelle für demokratische Jugendbeteiligung agieren landesweit. Zwischen den Mitgliedern des Netzwerks besteht ein enges, über die Jahre gewachsenes Vertrauens- und Arbeitsverhältnis. Es findet ein regelmäßiger Austausch innerhalb des Netzwerks statt.

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ steuert das landesweite Beratungsnetzwerk und kann bei rechtsextremistischen Vorfällen als Erstkontaktstelle für Hilfesuchende dienen. Neben der Netzwerkbildung zählen zu den zentralen Instrumenten der Koordinierungsstelle die

- Aufklärung über Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, sowie
- Möglichkeiten der Bekämpfung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Strategien gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit auf örtlicher Ebene einschließlich der Begleitung und Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren, Partnern, Initiativen und lokalen Bündnissen,
- Projektförderung,
- Förderung eines Erfahrungs- und Wissenstransfers,
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Brandenburg und bei der Entwicklung von Netzwerken zur Förderung der Bürgergesellschaft,
- Koordinierung ressortübergreifender Vorhaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Handlungskonzepts,
- Koordination und Aufbereitung des Themas für die Öffentlichkeit und Entwicklung von Strategien zur Platzierung des Themas in den Medien (inklusive Erstellen von Dokumentationen, Werbematerial und Publikationen),
- Enge Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz des Landes Brandenburgs, dem Landespräventionsrat Brandenburg und der Integrationsbeauftragten des Landes.

Im Rahmen seiner strategischen Kommunikation bewegt sich der brandenburgische Verfassungsschutz auf verschiedenen Aktionsfeldern. Seit 2007 führt er jährlich mindestens eine Fachtagung zu aktuellen Themengebieten des Extremismus durch. Daran nehmen regelmäßig 150 bis 200 Teilnehmer aus allen Teilen der Gesellschaft teil. Diese Veranstaltungen dienen zugleich der Vernetzung und der Vertrauensbildung. Mitarbeiter des Verfassungsschutzes halten jährlich zwischen 120 bis 140 ständig aktualisierte Vorträge im gesamten Land. Hierbei werden alle Phänomengebiete inklusive Wirtschaftsschutz abgedeckt, wobei der Schwerpunkt auf dem Rechtsextremismus liegt. Die Zuhörer kommen aus allen Teilen der Gesellschaft: Lehrer, Schüler, Sportler, Polizisten, Angehörige der Freiwilligen Feuerwehren, Partei- und Gewerkschaftsangehörige, kommunale Bedienstete etc. und natürlich auch viele interessierte Bürger. Bei jedem Vortrag führen die Referenten Infomaterialien für alle Teilnehmer mit. Im Rahmen der Vortragstätigkeiten sind besonders die zwischen 2009 und 2011 veranstalteten „Sicherheitsdialoge - Integration, Radikalisierung und islamistischer Extremismus“ (IRIS) hervorzuheben. Diese wurden in Kooperation mit der Landesintegrationsbeauftragten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs angeboten. Gleichzeitig wurden durch Wissensvermittlung Vorurteile gegenüber dem Islam gezielt abgebaut, um rechtsextremistischer Fremdenfeindlichkeit den Boden zu entziehen. An den 19 ganztägigen Veranstaltungen nahmen 915 Interessierte teil. IRIS wurde 2011 sowohl qualita-

tiv als auch quantitativ evaluiert. Die Reaktionen sind äußerst positiv ausgefallen. Der Verfassungsschutz kooperiert eng mit wichtigen Vertretern der Zivilgesellschaft und betreibt so strategische Kommunikation. Zu den Kooperationspartnern zählen das „Tolerante Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag, die Polizeifachhochschule, das Landesjugendamt und die „Brandenburgischen Kommunalakademie“. Seit 2008 wurden gemeinsam 26 eintägige Veranstaltungen für Polizisten, kommunale Entscheidungsträger und kommunale Bedienstete angeboten. Über 1.000 Teilnehmer wurden gezählt. Inhaltlich stehen konkrete Maßnahmen zur Eindämmung des Extremismus im Vordergrund: „Rechtliche und zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen zur Eingrenzung extremistischer Wahlkampfaktivitäten; „Rechtlicher Umgang mit Provokationsverhalten rechtsextremistischer Mandatsträger in kommunalen Vertretungen“, „Umgang mit rechtsextremistischen Anträgen und Anfragen in kommunalen Vertretungen“ und „Arbeitsrechtlicher Umgang mit Extremismus im Öffentlichen Dienst“. Im Jahr 2012 konnten drei Veranstaltungen zum Umgang mit „Reichsbürgern“ mit 220 Teilnehmern durchgeführt werden. Diese Veranstaltungen finden jeweils mehrfach an mehreren Orten in Brandenburg statt. Der Verfassungsschutz Brandenburg unterhält ein Info-Mobil. Es ist außen weithin sichtbar mit „www.Verfassungsschutz.Brandenburg.de – Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ gekennzeichnet. Damit werden unter anderem Dorf- und Stadtfeste etc. besucht, um Infostände in Form eines großen Zelttes zu unterhalten. 2012 war das 27 Mal der Fall. So wird vor Ort aufgeklärt, das Gespräch mit den Bürgern gesucht und Material verteilt. Damit präsentiert sich die Behörde generell als „Verfassungsschutz zum Anfassen“ und kommt mit zigtausenden Menschen in Kontakt. Sie arbeitet dabei eng mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ zusammen, die ihrerseits mit dem „Demokratie-Mobil“ im Land unterwegs ist. Ebenso wird das Fahrzeug genutzt, um die Orte für Vorträge zu erreichen. Der Verfassungsschutz Brandenburg betreibt eine Website, auf der regelmäßig aktuelle Meldungen veröffentlicht werden. Ebenso kann dort das gesamte Material aus dem Bereich „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ als PDF-Datei heruntergeladen oder – soweit vorrätig – bestellt werden. Das betrifft knapp 50 Dokumente. Die wichtigsten davon (aktueller Verfassungsschutzbericht und alle Dokumentationen von Fachtagungen) werden zurzeit in die Ebook-Formate „EPUB“ und „MOBI“ konvertiert, um die Nutzung beispielsweise auf Lesegeräten wie „Kindle“ und „iPad“ zu optimieren. Jeder Bürger kann sich per Email direkt an den Verfassungsschutz wenden.

Das „integrale Konzept“ der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung sieht mehrere grundlegende Instrumentarien vor, mit denen der präventive Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verfolgt wird. „Integral“ heißt in diesem Kontext, dass alle Mittel eng miteinander verzahnt sind und sich wechselseitig stärken.

Auf die konkrete Arbeit der Landeszentrale bezogen, lassen sich vier Instrumente hervorheben:

1. Projektförderung
2. Bereitstellung von Publikationen
3. Orientierungswissen und Partizipation im Internet
4. Themenbezogene Veranstaltungen und Ausstellungen

Die Projektförderung gehört zu den zentralen Instrumenten der Landeszentrale, um Rechtsextremismus in einem Flächenland wie Brandenburg breit und dennoch zielgerichtet am Ort entgegenzuwirken. Von den Haushaltsmitteln, die der Landeszentrale pro Jahr für ihre Arbeit zur Verfügung stehen, werden ca. 70 Prozent für die Projektförderung ausgegeben. Alle von der Landeszentrale geförderten Projekte werden auf Grundlage ihrer Förderrichtlinie festgelegt, die im Internet öffentlich einsehbar ist. Entsprechend dieser Richtlinie dienen die bewilligten Projekte der Stärkung der Demokratie im Land Brandenburg auf vielfältige Art und Weise. Die Förderpraxis der Landeszentrale ist für freie Träger und alle Interessierten barrierefrei im Internet abrufbar.

Ein weiteres, wesentliches Mittel ist die Bereitstellung von geeigneten Publikationen zum Themenspektrum Rechtsextremismus. Ca. 25-30 Prozent der verfügbaren Mittel werden für den Ankauf von Büchern und Materialien aufgewendet, die geeignet sind, über Ursachen, Erscheinungsformen und Möglichkeiten für den Kampf gegen Rechtsextremismus aufzuklären. Alle Bücher können im Online-Buchshop der Landeszentrale recherchiert und bestellt werden. Je nach Wunsch des Nutzers werden die Publikationen per Post verschickt oder können direkt in der Landeszentrale abgeholt werden. Auch im Publikationsbereich gilt: der Ankauf von Büchern erfolgt unter der Maßgabe, dass sie das Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger im Land Brandenburg befördern und sie zur aktiven Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Entwicklungen anregen.

Ein drittes Instrument im präventiv-strategischen Ansatz der Landeszentrale und zugleich ein in den letzten Jahren immer wichtigeres Kommunikationsmittel bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus stellt das Internet dar. „Die extreme Rechte“ wird als eigener thematischer Schwerpunkt seit einigen Jahren auf den Webseiten der Landeszentrale kontinuierlich ausgebaut. Der Stellenwert, den die Aufklärung über Rechtsextremismus in der Online-Kommunikation der Landeszentrale hat, zeigt sich u.a. darin, dass eigens ein Weblog zum Thema eingerichtet sowie externe Experten und Autoren verpflichtet wurden, um aus verschiedenen Perspektiven über Rechtsextremismus mit dem Ziel zu informieren, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen. Alle Seiten der Landeszentrale – so auch alle Beiträge über Rechtsextremismus – verfügen außerdem über eine Kommentarfunktion. Sie ist zugleich ein Mittel, um den Ansatz der strategischen Kommunikation zu unterfüttern, indem hier Nutzer – vorausgesetzt sie folgen den Kommentarregeln – ihre Meinung (auch anonym) sagen und in Austausch mit anderen Nutzern treten können. Die Beiträge, die auf den Seiten der Landeszentrale über die extreme Rechte erschienen sind, sind zum Teil von der online-Redaktion „Die Zeit“ und anderen Seiten im Internet wieder veröffentlicht worden, was als Indiz für den Erfolg des von der Landeszentrale verfolgten Ansatzes gewertet werden kann. Freie Träger haben ebenso wie andere Stiftungen und Vereine die Möglichkeit, die technischen Möglichkeiten der Landeszentrale zu nutzen und ihre Veranstaltungen in den Online-Kalender einzutragen und auf diese Weise auf ihre Angebote in ganz Brandenburg hinzuweisen. Eine vierte Säule innerhalb des präventiv-strategischen Ansatzes der Landeszentrale bilden die Veranstaltungen, Ausstellungen und Wanderausstellungen die im Haus der Landeszentrale zum Thema Rechtsextremismus angeboten werden. Geeignete Formate, die den Dialog mit dem Publikum sicherstellen, sind Buchlesungen, Podiumsgespräche sowie Experten-Vorträge. Die dabei angesprochenen Themen werden dem „integralen Konzept“ entsprechend sowohl beim Ankauf von Büchern berücksichtigt, auf der Homepage aufgegriffen und gegebenenfalls in der Projektberatung der freien Träger zur Sprache gebracht.

Auf Ebene der wirksamen Repression sind vor allem Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, der Strafverfolgung und polizeilichen Prävention zu nennen. Die konsequente Aufrechterhaltung eines massiven Aufklärungs- und Verfolgungsdrucks durch die Polizei ist von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus wirken exekutive Maßnahmen gegen identitätsstiftende Veranstaltungen und Zusammenschlüsse (z.B. Vereinsverbote). Ermittlungsverfahren wegen Straftaten mit fremdenfeindlichem, antisemitischem oder sonst rechtsextremistischem Hintergrund werden bei den Staatsanwaltschaften in Sonderdezernaten von erfahrenen, besonders geschulten und hoch motivierten Staatsanwälten bearbeitet. Die Erledigung von Ermittlungsverfahren mit fremdenfeindlichem, antisemitischem oder sonst rechtsextremistischem Hintergrund im Wege des beschleunigten Verfahrens oder des vereinfachten Jugendverfahrens genießt weiterhin hohe Priorität. Im Bereich des Erwachsenenstrafvollzugs wird mit repressiven Maßnahmen nach dem Strafvollzugsgesetz rechtsextremistischem Agieren der Gefangenen entgegengetreten.

Grundsätze der polizeilichen Bekämpfungsmaßnahmen gegen rechtsextremistische Handlungsweisen sind insbesondere die Gewährleistung eines hohen Verfolgungsdruckes, eine nachhaltige Strafverfolgung und Straftatenverhinderung sowie die Unterbindung extremistischer Aktivitäten und Veranstaltungen unter Ausschöpfung der taktischen und rechtlichen Möglichkeiten. Hervorzuheben ist ebenso die

konsequente Nutzung des Instrumentariums des Verbotes von rechtsextremistischen Personenvereinigungen.

Wesentliche Grundlage des polizeilichen Handelns ist das Handlungskonzept der Polizei des Landes Brandenburg zur Bekämpfung Politisch motivierter Kriminalität (HK PMK). Es wurde 2003 in Kraft gesetzt und seitdem kontinuierlich weiterentwickelt, die letzte Fortschreibung erfolgte im Jahr 2012. Die aktuelle Fortschreibung folgt konsequent dem Leitgedanken der Formulierung der strategischen Aussagen durch das Innenministerium und der untersetzenden Festschreibung des Handlungsrahmens durch das Polizeipräsidium sowie regionaler Konzepte zu polizeilichen Maßnahmen durch die Polizeidirektionen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist darin als Schwerpunkt gekennzeichnet.

Mit dem Handlungskonzept Politisch motivierte Kriminalität (HK PMK) wurde eine einheitliche Strategie für die Polizei des Landes Brandenburg in diesem Kriminalitätsbereich festgeschrieben.

Die konsequenten Maßnahmen der Polizei ordnen sich ein in die gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen zur Bekämpfung und Zurückdrängung von Extremismus mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus. In der Gesamtschau ist festzustellen, dass offenbar die langjährigen Bemühungen des Landes Brandenburg unter dem Dach des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung sich auch in den Statistikwerten zur Politisch motivierten Kriminalität niederschlagen.

Hinzuweisen ist auf den langfristigen Rückgang politisch rechts motivierter Gewaltstraftaten. 2011 wurden 36 Gewaltdelikte registriert, 2010 waren es 66. Damit hat sich der kontinuierliche Rückgang seit 2004 (105 Fälle) verstetigt. Im Jahr 2012 ist allerdings ein Anstieg dieser Gewaltdelikte zu verzeichnen (37 Gewaltdelikte mit Stand vom 08. Oktober 2012).

Der Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg im Innenministerium vereint Expertinnen und Experten der wichtigsten Verantwortungsträger der brandenburgischen Präventionslandschaft, die sich für die Stärkung gesellschaftlicher und demokratischer Strukturen einsetzen. Als ausgewogenes Beratungsgremium bündelt der Landespräventionsrat gesamtgesellschaftliche Kräfte und fördert kriminalpräventive Aktivitäten. Den Vorsitz führt der Minister des Innern.

Seit seiner Neustrukturierung im Jahr 2011 hat der Landespräventionsrat Brandenburg 18 Projekte zur Prävention von politischem Extremismus und zur Stärkung der Zivilgesellschaft mit insgesamt rund 126.000 Euro unterstützt. Eine ständige Arbeitsgruppe „Extremismus“ unter Vorsitz der Leiterin der Verfassungsschutzabteilung im Ministerium des Innern bündelt Fachkompetenz in diesem Bereich. Zur Arbeitsgruppe gehören entsprechend dem gesamtgesellschaftlichen Ansatz u. a. Vertreter von Justiz- und Polizeibehörden, der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“, Gewerkschaften, Universitäten und Handwerkskammern.

Nachstehend werden drei Förderprojekte beispielhaft dargestellt:

Projekt „Feindbild Polizei innerhalb der rechtsextremistischen Szene bzw. in rechtsorientierten gewaltaffinen (Jugend)Szenen“ des Moses-Mendelssohn-Zentrum Potsdam (MMZ)

Innerhalb der rechtsextremistischen Szene hat sich die Haltung gegenüber Polizeibeamten, Staatsanwälten und weiteren Vertretern der inneren Sicherheit in den letzten Jahren erheblich verändert. In den szenetypischen Medien des so genannten Nationalen Widerstands bzw. der „Freien Kräfte“ ist die Verdichtung eines sich radikalierenden Feindbildes zu beobachten.

Ziele des Projektes sind:

- die Analyse und Dokumentation der Sichtweise innerhalb der rechtsextremen bzw. rechtsorientierten Szenen auf die Polizei und die polizeiliche Arbeit,
- die grundlegende Differenz von Polizei im demokratischen Verfassungsstaat gegenüber rechts-extremistischen Gesellschaftskonzeptionen einmal mehr zu betonen und damit
- Polizeibeamte in ihrem Eintreten für Demokratie und Toleranz auch individuell weiter zu bestärken.

Projekt „Ohne Blaulicht – Feuerwehren des ländlichen Raumes in demokratischen Prozessen“ des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg

Die Freiwilligen Feuerwehren sind über ihren feuerwehrfachlichen Auftrag hinaus bedeutende Akteure im demokratischen Gemeinwesen auf örtlicher und überörtlicher Ebene. Sie prägen das örtliche Klima in ihren Orten und Regionen wesentlich mit.

Das Projekt „Ohne Blaulicht“ dient der Fortentwicklung der demokratischen Kultur in den Freiwilligen Feuerwehren und zielt auf folgende vom Landesfeuerwehrverband Brandenburg festgestellten Schwierigkeiten:

- Den in den Freiwilligen Feuerwehren Engagierten fehlt es nicht an Einsatzbereitschaft, sondern oft an „Wissen und methodischem Handwerkszeug“.
- Es fehlen Formen aufsuchender politischer Bildungsarbeit; sie sollen entwickelt, abgestimmt, erprobt und in der Feuerwehrcultur verankert werden.
- Die Rolle der Feuerwehren im Gemeinwesen ist nicht ausreichend bewusst; ihre demokratische Praxis soll gestärkt und die politische Kommunikation angeregt werden.
- Die Bereitschaft und Befähigung zu korrektiven Kommunikationsprozessen gegenüber antidemokratischen Tendenzen soll unterstützt werden und sich auch und vor allem in informellen Situationen bewähren können.

„Informations- und Präventionsangebot gegen Rechtsextremismus im Kampfsport“ des Europazentrum Brandenburg–Berlin (EZBB) des europäischen Regionalen Fördervereins e. V.

Es ist bekannt, dass Neonazis eine besondere Affinität zu Gewalt, Körperkult und Männlichkeitsritualen haben. Obwohl die meisten Kampfsportarten ausschließlich zum Zweck der Selbstverteidigung trainiert und gelehrt werden und der Respekt vor dem Gegenüber an erster Stelle steht, sehen die Rechtsextremen gerade hier zunehmend eine Chance für die Verbreitung ihres menschenfeindlichen Gedankengutes. Das Ziel der Infoveranstaltungen ist es Jugendliche und TrainerInnen (Multiplikatoren) gegenüber den Gefahren des Rechtsextremismus im Sport und insbesondere in deren Kampfsportvereinen aufzuklären, für eine entschiedene Positionierung dagegen zu motivieren und für geeignete Präventionsmaßnahmen zu sensibilisieren.

Frage 8.3:

Mit welchen Partnern kooperiert die Landesregierung ggf. bei ihren Vorhaben?

Zu Frage 8.3:

Die Landesregierung kooperiert mit einer Vielzahl von Institutionen und ist in verschiedenen Netzwerken aktiv. Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport bindet ihre Partner mit Hilfe von Kooperationsvereinbarungen in die Arbeit für eine starke und lebendige Demokratie ein. Derzeit sind dies 32 Institutionen:

- AOK Brandenburg - Die Gesundheitskasse,
- Arbeitslosenverband Deutschland, Landesverband Brandenburg e.V.,

- Berlin-Brandenburgische Landjugend,
- Brandenburger Landfrauenverband e.V.,
- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos,
- Deutscher Fußball-Bund DFB,
- Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg,
- Deutscher Hotel- und Gaststättenverband Brandenburg e.V. - DEHOGA -,
- Deutsches Jugendherbergswerk Landesverband Berlin-Brandenburg e.V.,
- Erzbistum Berlin, Bistum Görlitz und Bistum Magdeburg,
- Europazentrum Brandenburg-Berlin (EZBB),
- Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,
- Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.,
- Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V. (HBB),
- Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd),
- Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V.,
- LAG Jugendkunstschulen und kulturpädagogische Einrichtungen in Brandenburg e.V.,
- LAG mobile Jugendarbeit/ Streetwork,
- Landesfeuerwehrverband Brandenburg,
- Landesjugendring Brandenburg e.V.,
- Landeskoordinierungsstelle für LesBiSchwule - Belange im Land Brandenburg,
- Landesrat der Schülerinnen und Schüler Brandenburg,
- Landessportbund Brandenburg e. V.,
- Landkreis Elbe – Elster,
- LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg,
- Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.,
- Stadt Königs Wusterhausen,
- Stadt Oranienburg,
- THW-Länderverbände Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt,
- TMB Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH,
- Vattenfall Europe Mining und Generation,
- VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH.

Darüber hinaus leitet die Koordinierungsstelle ein landesweites Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, in dem folgende Träger aktiv sind:

- Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos,
- Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie,
- Landesstelle für Demokratische Jugendbeteiligung,
- Opferperspektive e.V.,
- Brandenburgische Sportjugend im Landessportbund e.V..

Weiter arbeitet die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ eng mit Bürgerinitiativen, Bündnissen (z.B. Bündnis der Vernunft), Vertretern aus der Wissenschaft, Verbänden, Landeskoordinatoren der anderen Bundesländer, Koordinierungsstellen der 16 Lokalen Aktionspläne im Land Brandenburg und Trägern der 28 in Brandenburg durch das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (1. Förderperiode 2010-2012) geförderten Projekte zusammen.

Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung kooperiert mit einer Vielzahl von Partnern der außerschulischen politischen Bildungsarbeit. In erster Linie ist ihr Netzwerk von inzwischen über 200 freien Trägern zu nennen. Außerdem ist die Landeszentrale eng mit der Bundeszentrale für politische Bildung verbunden sowie über regelmäßige Leitertreffen und Publikationskonferenzen auch mit

den anderen Landeszentralen. Mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ besteht ein enger, kontinuierlicher Kontakt auf Arbeitsebene. Punktuell wurde auch projektbezogen mit Landesministerien und Netzwerken kooperiert, die sich gegen rechte Gewalt engagieren (z.B. Justizministerium und Violence Prevention Network e.V., siehe unten zu Frage 8.6). Zusammenfassend sind also folgende Partner der Landeszentrale zu nennen:

- Freie Träger,
- Vereine und Stiftungen,
- Bundeszentrale für politische Bildung,
- Landeszentralen für politische Bildung,
- Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“,
- Landesministerien.

Der Verfassungsschutz steht mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren ständig in Kontakt, leitet Informationen weiter und hält beispielsweise zahlreiche Vorträge bei unterschiedlichsten Anlässen und Veranstaltungen. Hierzu zählen beispielsweise Schulen, (Sport-)Vereine, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen etc. Darüber hinaus hat er insbesondere folgende Kooperationspartner:

- Landesfeuerwehr,
- Landesjugendamt
- Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung – demos,
- Brandenburgische Kommunalakademie,
- Fachhochschule der Polizei,
- Tolerantes Brandenburg,
- Städte- und Gemeindebund,
- Landkreistag.

Frage 8.4:

Wie beurteilt die Landesregierung die Auswirkung der seit einem Jahr von der Bundesregierung verlangten sogenannten „Demokratieklausel“?

Zu Frage 8.4:

Nach Einschätzung der Landesregierung hatte die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit den Förderprogrammen „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ geforderte „Demokratieklausel“ kaum spürbare Auswirkungen im Land Brandenburg. Es liegen keine Erkenntnisse vor, dass Zuwendungsempfänger den Bewilligungen aus diesem Grund widersprochen oder Förderungen abgelehnt hätten. Vielmehr ist bekannt, dass eine Vielzahl von Vereinen und Verbänden die Unterschriften geleistet haben. Nur von wenigen Trägern/Vereinen im Land Brandenburg ist bekannt, dass diese keine Projekte beantragt oder eine Zuwendung bzw. Zusammenarbeit unter diesen Bedingungen ausgeschlagen haben.

Frage 8.5:

Wie viel Haushaltsmittel hat die Landesregierung in den letzten 10 Jahren zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgewendet bzw. zur Verfügung gestellt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Zu Frage 8.5:

Die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport setzt die ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (siehe Tabelle) zur Förderung des landesweiten Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus ein. Darüber hinaus erhält die Koordinierungsstelle seit 2007 Bundesmittel i.H.v. jährlich ca. 250.000 EUR, die ebenfalls zur Förderung der Beratungsstrukturen

eingesetzt werden, aber nicht in der nachfolgenden Tabelle erfasst sind. In Ergänzung dessen verfügen sowohl die Ministerien als auch die Koordinierungsstelle über Lottomittel zur Förderung von Einzelprojekten.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat in den letzten 10 Jahren durchschnittlich jeweils ca. 70 % der jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel (Sachmittel und Fördermittel - siehe Tabelle) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus aufgewendet.

Die verausgabten sächlichen Haushaltsmittel des Verfassungsschutzes gingen von 1.343.250 Euro (2002) auf 1.199.995,95 Euro (2011) zurück. Es kann davon ausgegangen werden, dass von diesen Mitteln jährlich etwa 50 bis 70 Prozent in die Bekämpfung des Rechtsextremismus fließen. Da hierzu jedoch keine konkreten Angaben möglich sind, wurden diese Mittel in der nachfolgenden Tabelle nicht erfasst. Darüber hinaus verfügte der Verfassungsschutz für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Jahren 2003 bis 2009 über Lottomittel (2003: 15.000,- € / 2004: 10.000,- € / 2005: 35.000,- € / 2006: 40.000,- € / 2007: 42.000,- € / 2008: 27.000,- € / 2009: 25.300,- €).

Jahr	Koordinierungsstelle "Tolerantes Brandenburg" im MBS ^{Anm.1}	Landeszentrale für politische Bildung ^{Anm.2}	Gesamt
2002	1.581.700,00	673.000,00	2.254.700,00
2003	1.278.300,00	659.000,00	1.937.300,00
2004	1.125.400,00	465.000,00	1.590.400,00
2005	931.400,00	423.000,00	1.354.400,00
2006	931.400,00	447.000,00	1.378.400,00
2007	1.131.400,00	447.000,00	1.578.400,00
2008	1.120.000,00	443.000,00	1.563.000,00
2009	1.120.000,00	441.000,00	1.561.000,00
2010	1.120.000,00	443.000,00	1.563.000,00
2011	1.120.000,00	438.000,00	1.558.000,00
2012	1.269.000,00	431.000,00	1.700.000,00
Gesamt	12.728.600,00	5.310.000,00	18.038.600,00

^{Anm.1} In den für die Jahre 2002 bis 2011 für die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ ausgewiesenen Beträgen (Titel 684 62) sind anteilig Mittel enthalten, die der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zur Verfügung standen. Ab 2012 erhält der neu gegründete „Verein gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“, der Träger der Geschäftsstelle des Aktionsbündnisses ist, eine Zuwendung in Höhe von 199.000 EUR vom MBS (Titel 684 10), die im angegebenen Betrag für das Jahr 2012 enthalten ist.

^{Anm.2} Für die Jahre 2002 bis 2011 handelt es sich bei den angegebenen Beträgen

um gerundet 70 % der bei den Titeln 525 10 (Aus- und Fortbildung), 531 20 (Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentationen) und 533 20 (Kosten von Tagungen, Seminaren und Lehrgängen) sowie 684 20 (Zuschüsse für laufende Zwecke an Träger für politische Bildungsarbeit) und 684 30 (Zuschüsse für laufende Zwecke für den Ring politischer Jugend) nachgewiesenen Ausgaben. Für das Jahr 2012 werden 70 % der im Haushaltsplan 2012 bei den genannten Titeln veranschlagten Ansätze zugrunde gelegt. Dabei ist zu beachten, dass die Einnahmen und Ausgaben der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung seit dem HHJ 2012 nicht mehr im Kapitel 05 060, sondern im Kapitel 05 070 in der Titelgruppe 61 ausgewiesen werden; zudem wurden die Titel 684 20 und 684 30 in einem Titel 684 61 zusammengefasst.

Frage 8.6:

Wie schätzt die Landesregierung die Erfolge ihrer Arbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein?

Zu Frage 8.6:

Die Landesregierung geht auf Basis neuerer Studien und Statistiken davon aus, dass die von ihr durchgeführten oder unterstützten Maßnahmen positive Auswirkungen auf die demokratische Entwicklung im Land Brandenburg haben.

Der Politikwissenschaftler Prof. Dr. Hans-Gerd Jaschke hat im November 2011 im Auftrag der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ die politische Kultur Brandenburgs im Hinblick auf ihre demokratiestützende oder demokratieproblematische Wirkung untersucht. In seinem Gutachten befasst er sich mit der Wirkung des Handlungskonzepts „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung und hält fest:

„Der Konsens von Regierung und Parlament als solcher bei einem mittlerweile doch sehr langfristigen und umfassenden Konzept ist ein Erfolg. Er steht gleichermaßen für den parteiübergreifenden Konsens in Verfahrensangelegenheiten wie auch in Wertefragen, denn „Tolerantes Brandenburg“ ist beides, politisches Programm wie auch Wertekanon. Die Nachhaltigkeit des Konzepts hat dazu beigetragen, den Standortnachteil „Fremdenfeindlichkeit“ aktiv zu bearbeiten und Toleranz zu einer akzeptierten politischen Leitidee in Brandenburg zu entwickeln. Die Existenz von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird heute nicht mehr tabuisiert und verschwiegen, sondern aufgegriffen und bearbeitet.“²

Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und die damit zusammen hängenden Projekte, aber auch die mutige und entschlossene Arbeit vieler Kommunen, Vereine und Verbände in Brandenburg haben das Bild des Landes sehr verbessert. Brandenburg gilt als Referenzland in dieser Frage, beispielsweise wurden Brandenburger Konzepte in Förderprogramme des Bundes adaptiert und auf andere Bundesländer übertragen. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, um ein konkretes Beispiel zu nennen, gehörte zu den ersten Behörden bundesweit, die systematisch auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Rechtsextremismus auf ihrer Webseite aufgeklärt hat. Auf die messbaren Synergieeffekte, die ihre Beiträge durch die Übernahme auf neu entstehende Seiten im Internet hatte, ist bereits in Frage 8.2. hingewiesen worden. Das Ministerium der Justiz und die Landeszentrale für politische Bildung beschritten in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und (nunmehr) mit dem Verein Violence Prevention Network e.V. auch ungewöhnliche Wege, um Rechtsextremismus und Gewalt präventiv entgegen zu treten. So wurde 2002 im Jugendstrafvollzug

² <http://www.landtag.brandenburg.de/sixcms/media.php/5701/Gutachten%20Jaschke.15722148.pdf>, S. 42, Zugriff am 22.10.2012

des Landes Brandenburg mit einem Projekt begonnen, das sich mit rechtsextremistisch orientierten Gewaltstraftätern befasst. "Verantwortung übernehmen - Abschied von Hass und Gewalt": Der Ansatz war so erfolgreich, dass die Arbeit auf den Jugendstrafvollzug in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ausgeweitet wurde. Ein weiteres Projekt schloss sich an und bot Angebote nach der Haft-Entlassung. Von Beginn an wurde die Arbeit evaluiert. Im Gegensatz zu Haftentlassenen ohne spezielles Training war die Rückfallquote sehr gering. Das Projekt, in das nicht nur Jugendliche im Jugendstrafvollzug des Landes Brandenburg, sondern auch deren Familien und die Strafvollzugsbediensteten einbezogen wurden, überzeugte so, dass auf Grundlage der Erfahrungen mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen in den folgenden Jahren durch das Team von Violence Prevention Network die Arbeit auf islamistisch radikalisierte Jugendliche erweitert wurde.

Dass sich diese Entwicklung auch in den Einstellungsmustern der Menschen widerspiegelt, zeigen Studien des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V. an der Universität Potsdam. Das Institut untersucht seit 1991 in regelmäßigen Abständen die Situation von Kindern und Jugendlichen im Land Brandenburg. Die Studienreihe „Jugend in Brandenburg“ weist darauf hin, dass die Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen Schritt für Schritt abgenommen hat. Für die vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie im Jahr 2010 finanzierte Studie wurden 3.132 Jugendliche im Alter von 12 bis 20 Jahren zu acht Themenfeldern befragt. Ein Themenfeld befasste sich mit „Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Zustimmung zu rechtsextremistischen Aussagen kontinuierlich abnimmt. Im Jahr 2005 haben 52,7 Prozent der Jugendlichen rechtsextreme Einstellungen völlig abgelehnt, im Jahr 2010 bereits 60,2 Prozent. Ausländerfeindliche Orientierungen finden ebenfalls weniger Zuspruch. Die Ablehnung ausländerfeindlicher Statements stieg seit 2005 um rund 7 Prozent von 38,9 auf 45,7 Prozent. Das ist für beide Werte der höchste Stand seit Beginn der Zeitreihenstudie. Neben den positiven Entwicklungen bleibt jedoch ein gleichbleibend harter Kern rechtsextremer Einstellungen von rund drei Prozent der Jugendlichen messbar.³

Neben der sinkenden Akzeptanz rechtsextremer Einstellungsmuster nimmt die Landesregierung eine stetig wachsende Zivilgesellschaft wahr. Immer mehr Bürger im Land Brandenburg engagieren sich in vielen Lebensbereichen für ein friedliches, demokratisches Zusammenleben in Vielfalt und Toleranz: in Schulen, Feuerwehren, Kirchen Vereinen oder Bündnissen. Viele Brandenburger haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass Brandenburg ein Land der Vielfalt und Toleranz ist.

Dennoch wird der Rechtsextremismus auch in Zukunft sowohl den Staat als auch die Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen stellen, insbesondere da Rechtsextremisten ihre Strategien wechseln und zunehmend im nicht öffentlich-wahrnehmbaren Raum agieren. Sie versuchen auf diese Weise unerkannt in die Steuerung des Gemeinwesens einzugreifen, ohne dass das rechtzeitig wahrgenommen und darauf reagiert werden kann. Rechtsextreme Wertvorstellungen könnten sich auf diese Weise unmerklich noch stärker in der Alltagskultur etablieren. Das erfordert mehr demokratische Achtsamkeit.

Aufschlussreich könnte die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte und im November 2012 vorgestellte Studie „Die Mitte im Umbruch“ sein. Sie kommt zu dem Ergebnis, rechtsextremistische Einstellungsmuster nähmen zu. Besonders in Ostdeutschland sei ein Anstieg zu verzeichnen. Der Anteil der Bevölkerung mit geschlossenem rechtsextremistischem Weltbild sei dort von 10,5 auf 15,8 Prozent gestiegen. Besonders gravierend sei der Anstieg in der Altersgruppe der 14 bis 30-Jährigen Ostdeutschen. Die Werte lägen erstmals höher als in der Gruppe der über 60-Jährigen. Allerdings ist zu be-

³ vgl. Sturzbecher, D., Bredow, B., Burkert, M., Feist, M., Gehrmann, M.-L., Hoffmann, L., Kleeberg-Niepage, A., Mörl, S., Schmidpeter, E. & Zehrt, U. (2010). Jugend in Brandenburg 2010 – Forschungsbericht zur Lebenssituation und zu Einstellungen brandenburgischer Jugendlicher. Vehlefan: IFK.

rücksichtigen, dass in die Studie lediglich die Befragung von 65 ostdeutschen Personen der Altersgruppe 14 bis 30 Jahre eingeflossen sind. Es ist daher zumindest fraglich, ob aufgrund der kleinen Fallgröße von 65 Personen hinreichende Rückschlüsse auf alle Ostdeutschen der Altersgruppe von 14 bis 30 Jahren möglich sind.

Die Daten, die im Zusammenhang des „Sachsen-Anhalt-Monitors“ 2012 erhoben wurden, weisen in eine andere Richtung. In Sachsen-Anhalt stimmen mit 36 Prozent mehr als ein Drittel der 18 bis 24-Jährigen vorbehaltlos der Demokratie als bester Staatsform zu. 2009 waren es noch 12 Prozent weniger. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass sich die noch 2009 feststellbare Demokratiedistanz der nachwachsenden Generation mittlerweile korrigiert hat. Auch Fragen zum Komplex Ausländerfeindlichkeit gehen mit Blick auf die Ergebnisse in eine andere Richtung. So stimmten in der Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen lediglich 3 Prozent die Aussage zu: „Ausländer sind so anders, dass sie nie vollständige Mitglieder der Gesellschaft sein können“. Bei den über 60-Jährigen stimmten 6 Prozent zu. Beim „Sachsen-Anhalt-Monitor“ wurden in der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren immerhin 360 Personen befragt.

Frage 8.7:

Wie beurteilt die Landesregierung die aktuelle Debatte über ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren?

Zu Frage 8.7:

Die Landesregierung unterstützt ausdrücklich das Bemühen für eine baldmögliche Einleitung eines Verfahrens zum Verbot der NPD.

Die Ziele der NPD sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes unvereinbar. Die NPD zielt auch darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung in aggressiv-kämpferischer Weise zu beeinträchtigen.

Die Landesregierung wird Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit auch weiterhin mit einem Bündel konkreter Maßnahmen entschlossen bekämpfen. Zwar werden rechtsextremistische Denkmuster und Gesinnungen mit einem Parteiverbot nicht verschwinden. Ein Parteiverbot hätte aber das Ende der staatlichen finanziellen Unterstützung, den Wegfall von Propagandaplattformen, den Verlust des Parteivermögens, der Parteilokale, der Parteizeitungen und sämtlicher Organisationsstrukturen zur Folge. Darüber hinaus könnte die NPD weder bei Wahlen antreten, noch die Vorteile des Partei-Status bei der Anmeldung von Demonstrationen nutzen.

Ein Parteiverbot ersetzt nicht die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus – aber es ist ein legitimes Element dieser Auseinandersetzung, das im Grundgesetz verankert ist.

Frage 8.8:

Welche Bedeutung hat für die Landesregierung das bürgerschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und wie schätzt sie dessen Erfolge ein?

Zu Frage 8.8:

Die Landesregierung misst bürgerschaftlichem Engagement eine sehr hohe Bedeutung für die Entwicklung des demokratischen Gemeinwesens bei. Die von ihr geförderten Maßnahmen und Strukturen greifen nur insofern, als dass sie bürgerschaftliches Engagement langfristig stärken. Die Landesregierung ermutigt ausdrücklich zu bürgerschaftlichem Engagement in allen Regionen und Kommunen. Zur Unter-

stützung dieses Engagements fördert sie professionelle Beratungsstrukturen und die Vernetzung von Bürgerbündnissen und Initiativen.

In den vergangenen Jahren hat Brandenburgs Zivilgesellschaft aus Sicht der Landesregierung große Erfolge im Engagement gegen Rechtsextremismus erzielt. Das zeigen zahlreiche Beispiele wie die erfolgreichen Bürgerproteste in Halbe, die dazu beitrugen, dass alte und neue Nazis den dortigen Soldatenfriedhof nicht weiter für ihr ‚Heldengedenken‘ missbrauchen können. Am „Tag der Demokraten“ am 18. November 2006, ein Tag vor dem Volkstrauertag, ist es gelungen, rund 8.000 Menschen gegen die Aufmärsche der Rechtsextremisten in Halbe zu mobilisieren. Auch andernorts zeigt sich in den letzten Jahren erfreulicherweise immer mehr, dass Bürgerinnen und Bürger nicht nur hinsehen, sondern handeln und sich mit den Opfern von Gewalt und Fremdenhass solidarisieren.

Frage 8.9:

Welches sind die wesentlichen Partner der Landesregierung zu Anregung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus?

Zu Frage 8.9:

Es handelt sich um die bereits zu Frage 8.3 genannten Partner.

Frage 8.10:

Welche Bedeutung haben die Kommunen für die Bekämpfung des Rechtsextremismus und wie schätzt die Landesregierung die Zusammenarbeit mit den Kommunen ein?

Zu Frage 8.10:

Aus Sicht der Landesregierung haben Kommunen eine bedeutende Rolle bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus, da die direkte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen auf kommunaler Ebene stattfindet. Sie stehen dadurch aber auch vor großen Herausforderungen. Die Landesregierung unterstützt Kommunen daher durch Angebote des landesweiten Beratungsnetzwerks und arbeitet mit ihnen, insbesondere in Fällen konkreter Problemlagen, eng zusammen. Sie unterstützt Amtsinhaber vor Ort bei der Entwicklung eigener Strategien gegen Rechtsextremismus, vermittelt Beratungsangebote und stimmt gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen miteinander ab.

Wichtige Ansprech- und Kooperationspartner in den Kommunen sind freie Träger, die nicht nur finanziell gefördert, sondern beispielsweise durch die Landeszentrale für politische Bildung oder die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ auch kontinuierlich beraten werden und lokale Projekte gemeinsam entwickeln.

Das von der Landesregierung geförderte Mobile Beratungsteam (MBT) unterstützt das Engagement im Gemeinwesen und entwickelt dazu mit den Akteuren vor Ort passgenaue Handlungsansätze. Diese Beratungspraxis ist für das Flächenland Brandenburg unabdingbar. Das MBT widmet sich außerdem der Frage, wie gerade in den geringer besiedelten Regionen und Kommunen Tendenzen der abnehmenden Identifikation mit dem Gemeinwesen, der Politikverdrossenheit und des sinkenden Zugehörigkeitsgefühls entgegengewirkt werden kann. Zukunftskonferenzen, lokale Geschichtswerkstätten, Bürgerfeste und andere Aktivitäten zur Steigerung der Identifikation mit dem eigenen sozialen Raum haben sich hier als geeignete Instrumente zur Förderung eines demokratischen Selbstverständnisses, zur Stärkung der generationsübergreifenden Kommunikation und zur größeren Beteiligung von Bürgern an ihrem Gemeinwesen erwiesen.

Speziell für die Stärkung der kommunalen Ebene haben das „Tolerante Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, der Städte- und Gemeindebund, der Landkreistag, die Polizeifachhochschule, das Landesjugendamt, die „Brandenburgischen Kommunalakademie“ und der Verfassungsschutz seit 2008 gemeinsam 26 eintägige Veranstaltungen angeboten. Über 1.000 Teilnehmer wurden gezählt. Inhaltlich stehen konkrete Maßnahmen zur Eindämmung des Extremismus im Vordergrund: „Rechtliche und zivilgesellschaftliche Handlungsoptionen zur Eingrenzung extremistischer Wahlkampfaktivitäten“, „Rechtlicher Umgang mit Provokationsverhalten rechtsextremistischer Mandatsträger in kommunalen Vertretungen“, „Umgang mit rechtsextremistischen Anträgen und Anfragen in kommunalen Vertretungen“ und „Arbeitsrechtlicher Umgang mit Extremismus im Öffentlichen Dienst“. Im Jahr 2012 konnten drei Veranstaltungen zum Umgang mit „Reichsbürgern“ mit 220 Teilnehmern durchgeführt werden. Diese Veranstaltungen finden jeweils mehrfach an mehreren Orten in Brandenburg statt. So werden die Teilnehmer regional zusammengefasst und können zusätzlich mit entsprechend konkreten Lagebildern versorgt werden.

Dennoch gibt es immer noch Kommunen, die glauben, dass die Thematisierung des Problems „Rechtsextremismus“ ihrem Ansehen schadet. Die Landesregierung versucht diese Kommunen durch Solidarisierungsprozesse zur offenen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus anzuregen. Zur weiteren Stärkung der Wahrnehmung kommunaler Verantwortung bei der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen in den Kommunen beauftragte das Innenministerium das Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e. V. an der Universität Potsdam (IFK) mit dem Forschungsprojekt „Entwicklung kommunaler Strategien gegen Extremismus (EKSE)“. Die Projektlaufzeit erstreckte sich von Mai 2009 bis zum 31. Dezember 2011. Es verfolgte folgende Hauptziele:

- vergleichende sozialräumliche Analysen von Erscheinungsformen des Extremismus, von kommunalen Kontextbedingungen sowie von Formen der Prävention und Intervention in Kommunen.
- Bereitstellung der Forschungsergebnisse für Kommunen, um ihre Präventions- und Interventionsstrategien zu optimieren.

Als Forschungsergebnisse wurden Sozialraumanalysen für die beteiligten 12 Projektkommunen sowie Forschungsberichte zu den Projektschwerpunkten Rekrutierungsstrategien, Frühwarnsystem, Individuelle Entwicklungsverläufe, Best Practices und Stigmatisierung erarbeitet. Im Weiteren wird die begonnene Kommunikation der Forschungsergebnisse fortgesetzt. Dabei sollen auch Handreichungen Verwendung finden.

Frage 8.11:

Gibt es Kommunen, die bei ihrer Arbeit beispielhafte Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt haben und wie werden diese Strategien anderen Kommunen zugänglich gemacht?

Zu Frage 8.11:

Ja, es gibt viele Brandenburger Kommunen mit erfolgreichen Strategien gegen Rechtsextremismus. Stellvertretend für viele sei die Gemeinde Schorfheide im Landkreis Barnim genannt. Die Gemeinde ist seit 2010 Schauplatz des jährlich stattfindenden „Preussentages“ der NPD. Darüber hinaus finden dort immer wieder rechtsextremistische Konzerte auf dem Privatgelände eines bekannten Rechtsextremen statt. Im Jahr 2010 fand sich auf Einladung des Bürgermeisters eine Gruppe zusammen, die in der Gemeinde nicht nur auf Aktionismus setzen wollte, sondern nachhaltig das demokratische Miteinander, das Heimatgefühl und die Verwurzelung der Menschen in ihrer Gemeinde stärken wollte. Ziel war es, gemeinsam mit kreativen Ideen die Bürgerinnen und Bürger über das Problem „Rechtsextremismus“ ins Gespräch zu bringen und ganz bewusst die Neubürger dazu einzuladen. Auf diese Weise entstand

die Idee des Schorfheider Frühstücks „Willkommen an einem Tisch“, das 2011 zum ersten Mal im Ortsteil Finowfurt stattfand. Rund 30 Vereine beteiligten sich an der Aktion. Neubürger wurden mit einem persönlichen Brief des Bürgermeisters dazu eingeladen, daran teilzunehmen. Das Frühstück als eine Art Bürgerversammlung soll jährlich durch die Ortsteile der Gemeinde wandern. Sie fand im vergangenen in Groß Schönebeck statt. Das Bündnis „Bunte Schorfheide“, wie die Initiativegruppe inzwischen heißt, setzt auf diese Weise auch nach außen ein deutlich wahrnehmbares Zeichen für ein friedliches und demokratisches Miteinander.

Die Landesregierung unterstützt alle Kommunen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, in dem sie ihnen Informationen über erfolgreiche Strategien und Handlungsansätze durch das neue „Kommunalwiki gegen Extremismus“ zugänglich macht. Kommunalwiki ist eine nicht öffentliche Internetplattform im Wikipedia-Format, die praktische Hinweise zum Umgang mit Extremismus, rechtliche Rahmenbedingungen und einschlägige Urteile für Beschäftigte der Landesverwaltung und Kommunen bereitstellt. Darüber hinaus werden Überblicke zu regional bedeutenden extremistischen Phänomenen gegeben und Kooperationspartner sowie Netzwerke zur Bekämpfung vorgestellt. Die Plattform kann jederzeit mit neuen Informationen durch Verwaltungsmitarbeiter bei Kommunen, Polizei, Gerichten, Verfassungsschutz u.v.m. ergänzt werden. Sie ist ein Projekt des Innenministeriums in Nordrhein-Westfalen, dem sich das Land Brandenburg im Jahr 2011 angeschlossen hat. Zur Umsetzung von Kommunalwiki in Brandenburg wurde eine Projektgruppe gegründet, die vom Verfassungsschutz geleitet wurde und an der sich der Städte- und Gemeindebund, Landkreistag, das Mobile Beratungsteam, der „Zentrale IT-Dienstleister Brandenburg“ (ZIT-BB) und die Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ beteiligten. Kommunalwiki ist über das Landesverwaltungsnetz (Brandenburg-intern) verfügbar.

Anhang 1 (Beantwortung der Frage 6.3)



(dunkler Balken=Bund, heller Balken=Land Brandenburg)

Anmerkung:

Die Frage wird auf Grundlage Verfassungsschutzberichte der Jahre 2000 bis 2011⁴ sowie der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2147 des Abgeordneten Klaus Ness, Fraktion der SPD, Drucksache 5/5480 Landtag Brandenburg Drucksache 5/5643 5. Wahlperiode beantwortet:

Dabei wurden die in den Verfassungsschutzberichten und die in der o.g. Kleinen Anfrage aufgeführten Szeneveranstaltungen zusammengefasst. Die Anzahl der rechtsextremistischen Konzerte im Bundesgebiet und im Land Brandenburg ist die Summe aller durchgeführten und aufgelösten Konzerte.

⁴ Angaben zu der rechtsextremistischen Musikszene finden sich in den Verfassungsschutzberichten des Landes Brandenburg: VS-Bericht 2000, S. 39 ff, VS-Bericht 2001: S. 74 ff. VS-Bericht 2002, S. 78 ff. VS-Bericht 2003, S. 70ff. VS-Bericht 2004 S. 40 ff. VS-Bericht 2005, S. 71 ff.; VS-Bericht 2006, S. 52 ff.; VS-Bericht 2007, S. 72 ff.; VS-Bericht 2008, S. 94 ff.; VS-Bericht 2009, S. 99; VS-Bericht 2010, S. 99 ff.; VS-Bericht 2011, S. 107 ff.

a) 2000 - 2004

Der Verfassungsschutzbericht Brandenburg weist Konzertaktivitäten im Sinne der Anfrage in detaillierter Form erst seit dem Jahr 2005 auf. Für die Jahre 2000-2004 werden in der u.a. Tabelle daher jeweils nur die Gesamtzahl sowie besonders erwähnenswerte Ereignisse aufgeführt.

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
	23.09.2000	Spremberg	SPN	durchgeführt	unbekannte Band spielte „Südstaatenmusik“	250 - 300
	24.02.2001	Hirschfeld	EE	verhindert		150
	24.02.2001	Borgsdorf	OHV	aufgelöst		100
	31.03.2001	Spremberg	SPN	durchgeführt		150
	Juni 2001	Spremberg	SPN	durchgeführt		100
	Juli 2001	Spremberg	SPN	durchgeführt		100
	26.01.2002	Forst	SPN	durchgeführt	Frontalkraft	200
	15.02.2002	Eisenhüttenstadt	LOS	durchgeführt		250
	16.02.2002	Spremberg	SPN	durchgeführt	NS-Metal-Bands, Frontmann von Frontalkraft	200
	18.01.2003	Lauchhammer	OSL	durchgeführt	Frontalkraft, Confident of Victory	30
	22.02.2003	Hohenbocka	OSL	durchgeführt		500 - 600
	2003	Cottbus	CB /SPN	durchgeführt		
	2003	Lauchhammer	OSL	durchgeführt		
	2003	Grünwalde	OSL	durchgeführt		
	2003	Plessa	EE	durchgeführt		
	2003	Plessa	EE	aufgelöst		
	2003	Plessa	EE	verhindert		
	13.04.2004	Hohenbocka	OSL	durchgeführt	Confident of Victory	
	16.10.2004	Cottbus	CB / SPN	durchgeführt	u.a. Confident of Victory, Frontalkraft	450
	11.09.2004	Rehfelde	MOL	verhindert		
	02.10.2004	Cottbus	CB / SPN	verhindert		
	18.12.2004	Spremberg	SPN	durchgeführt	Frontalkraft, Murder Squad	

b) 2005 - 2012

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2005 (VS-Bericht 2005 S. 71 ff., S. 76 ff)

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
1	09.04.2005	Bremsdorf	LOS	durchgeführt	Resonanz	100
2	23.04.2005	Großräschen	OSL	durchgeführt	Confident of Victory	150

3	05.05.2005	Seefeld	BAR	durchgeführt		
4	21.05.2005	Lauchhammer	OSL	durchgeführt	Outlaw und Sawdust	100 bis 200
5	23.07.2005	Calau	OSL	durchgeführt	u. a. Frontalkraft und Confident of Victory	150
6	31.07.2005	Grünewald	OSL	durchgeführt	Confident of Victory	50
7	23.09.2005	Tauche	LOS	durchgeführt	Kontra	200
8	05.11.2005	Seefeld	BAR	durchgeführt		50

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2006
(VS-Bericht 2006 S. 54 ff)

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
	25.02.2006	Lauchhammer	OSL	durchgeführt	Shout of Pain	150
	01.04.2006	Vetschau	OSL	durchgeführt	Barking Dogs und Alkoholika (später umbenannt in Head Lover)	
	29.04.2006	Seefeld	BAR	durchgeführt		100
	17.06.2006	Seefeld	BAR	durchgeführt		100
	02.09.2006	Großräschen	OSL	durchgeführt	Racial Purity, Eternal Bleeding und Downfall (ehemals Murdersquad)	250
	14.10.2006	Rathenow	HVL	durchgeführt	Blitzkrieg, eine Black-Metal-Band und Uwe Menzel	250
	28.10.2006	Land BB		durchgeführt	u.a. Burn Down,	
	11.11.2006	Land BB		durchgeführt	u.a. Einherijer und Kahl-schlag.	
	30.09.2006	Eisenhüttenstadt	LOS	verhindert		
	30.09.2006	Seefeld	BAR	verhindert		
	14.10.2006	Lübben	LDS	verhindert		

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2007
(VS-Bericht 2007 S. 72 ff. S. 78, zuzüglich Angaben zu Bands und Teilnehmerzahl)

Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
06.01.2007	Lübben	LDS	aufgelöst	Downfall, Frontalkraft	ca. 60
03.03.2007	Schönow	BAR	durchgeführt	Downfall,	ca. 170
03.03.2007	Velten	OHV	durchgeführt		ca. 50
20.04.2007	Hermsdorf	OSL	durchgeführt		
21.04.2007	Bereich Bernau	BAR	durchgeführt		
12.05.2007	Finowfurt	BAR	aufgelöst	Burn Down	ca. 240
23.06.2007	Damsdorf	PM	verhindert		80
11.08.2007	Finowfurt	BAR	durchgeführt		120
25.08.2007	Finowfurt	BAR	durchgeführt		
15.09.2007	Finowfurt	BAR	aufgelöst	Barbaren	80 - 100
29.09.2007	Lübben	LDS	durchgeführt		
06.10.2007	Finowfurt	BAR	durchgeführt		150
20.10.2007	Peitz	SPN	aufgelöst	Frontalkraft, Burn Down	400
27.10.2007	Hermsdorf	OSL	aufgelöst		330
03.11.2007	Königs Wusterhausen	LDS	durchgeführt	Burn Down	500

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2008
(VS-Bericht 2008 S. 98 ff, zuzüglich Angaben zu Bands und Teilnehmerzahl)

Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
05.01.2008	Südbrandenburg (BB)		durchgeführt	Confident of Victory, Frontalkraft, Burn Down	
11.01.2008	Hermsdorf	OSL	durchgeführt		
12.01.2008	Lübben	LDS	aufgelöst		177
01.02.2008	Cottbus	CB/SPN	aufgelöst	Flak Sturm	50
08.03.2008	Sedlitz	OSL	aufgelöst		98
05.04.2008	Spremberg	SPN	durchgeführt	Frontalkraft	
11.04.2008	Spremberg	SPN	aufgelöst	Flak Sturm	111
26.04.2008	Brandenburg	BRB	verhindert		39
30.04.2008	Raum Bernau	BAR	verhindert		108
26.07.2008	Land BB		durchgeführt	Autan, Confident of Victory	150
08.08.2008	Finowfurt	BAR	verhindert		
09.08.2008	Schönow	BAR	verhindert		
03.10.2008	Raum Oranienburg	OHV	verhindert	Autan	
18.10.2008	Finowfurt	BAR	durchgeführt	Preussenstolz, Cynic und Schwarzgrauen Wölfe.	150

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2009
(VS-Bericht 2009 S. 104 ff., zuzüglich Angaben zu Bands und Teilnehmerzahl)

Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl (1534)
31.01.2009	Brandenburg an der Havel, Briest	BRB	aufgelöst		700
14.03.2009	Biesenthal	BAR	verhindert		100 erwartet
28.03.2009	Wietstock	TF	verhindert		
01.05.2009	Biesenthal	BAR	durchgeführt		150
06.06.2009	Finowfurt	BAR	durchgeführt		130
13.06.2009	Biesenthal	BAR	verhindert		200 erwartet
03.07.2009	Lübben	LDS	verhindert		200
04.07.2009	Rathenow	HVL	durchgeführt		
18.07.2009	Simmersdorf	SPN	verhindert	Frontalkraft	150
12.09.2009	Rathenow	HVL	aufgelöst		50
24.10.2009	Niewitz	LDS	verhindert		
24.10.2009	Simmersdorf	SPN	aufgelöst		131
24.10.2009	Gransee, Kraatz-Buberow	OHV	aufgelöst		23
14.11.2009	Biesen	OPR	verhindert		

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2010
(VS-Bericht 2010 S. 104ff., zuzüglich Angaben zu Bands und Teilnehmerzahl)

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl 900
1	23.01.2010	Raum Cottbus/Leuthen	CB/SPN	durchgeführt	Helle & die RACker“ (Herkunft unbekannt), Kommando Skin (Baden-Württemberg), X.x.X. (BR) und die Cottbuser Frontalkraft.	200
2	20.02.2010	Merzdorf	EE	verhindert		
3	30.04. / 01.05.2010	Berlin/Brandenburg		durchgeführt	Exzess (MOL), Second Class Citizen, Legion of Thor (beide BR), Burn	400

					Down(Potsdam) sowie Helle & die RACKer	
4	22.05.2010	Frankfurt (Oder)	FF/O	durchgeführt		50
5	26.06.2010	Leuthen	SPN	verhindert		
6	02.10.2010	Finowfurt	BAR	durchgeführt	Exzess (MOL), Preussenstolz (Potsdam) und Preußenfront (BAR)	250

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2011
(VS-Bericht 2011 S. 110 ff.)

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
1	08.01.2011	Terpe (bei Spremberg)	CB/SPN	durchgeführt	u.a. Hausmannskost	100
2	28.01.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt	zwei rechtsextremistische Musikgruppen aus Sachsen	70
3	29.01.2011	Finowfurt	BAR	durchgeführt	u.a. Preussenstolz	120
4	25.03.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt	u.a. Autan	80
5	April 2011	Frankfurt (Oder)	FF/O	durchgeführt		50
6	21.04.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt	zwei rechtsextremistische Musikgruppen u.a. Helle und die RACKer	70
7	13.05.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt		45
8	27.05.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt	u.a. Hausmannskost	80
9	25.06.2011	Finowfurt	BAR	durchgeführt	u.a. mit Kinderzimmerterroristen, Preussenstolz, Legion Of Thor, Exzess	250
10	06.08.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt		50 bis 80
11	12.08.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt		50 bis 80
12	10.09.2011	Frankfurt (Oder)	FF/O	durchgeführt	Frontfeuer, Exzess, Mogon	200
13	24.09.2011	Bereich Frankfurt (Oder) / Eisenhüttenstadt	LOS / FF/O	verhindert		geplant mit ca. 800
14	24.09.2011	Finowfurt	BAR	verhindert		geplant mit ca. 100
15	24.09.2011	Oranienburg	OHV	durchgeführt		50 bis 80

16	01.10.2011	Finowfurt	BAR	durchgeführt	u.a. mit DWJ (Die weißen Jäger) und Frontalkraft	300
17	05.11.2011	Neuruppin	OPR	verhindert		67 festgestellt geplant ca. 100
18	05.11.2011	Frankfurt (Oder)	LOS/FF/O	durchgeführt	Frontfeuer, Volkstroi	150

Verhinderte und durchgeführte rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg 2012

	Datum	Ort	LK	Konzert wurde	Band/ Bands	Teilnehmerzahl
1	25.02.2012	Jüterbog	TF	verhindert		
2	31.03.2012	Frankfurt (Oder)	LOS	durchgeführt		
3	28.04.2012	Lauchhammer	OSL	durchgeführt	Moshpit (SN/TH), Hope for the Weak (BB), Second Class Citizen (BR), Fight Tonight (ST), Thrima (MV)	500
4	09.06.2012	Zühlsdorf	OHV	durchgeführt	Helle und die RACer	
5	16.06.2012	Bad Belzig	PM	verhindert		
6	23.06.2012	Finowfurt	BAR	durchgeführt	Kinderzimmerterroristen, Preussenstolz und 12 Golden Years	250
7	23.06.2012	Lauchhammer	OSL	verhindert		
8	04.08.2012	Finowfurt	BAR	Aufgelöst	u.a mit den Bands Frontfeuer und Hausmannskost	90
9	September 2012	Frankfurt (Oder)	LOS	durchgeführt		ca. 100
10	06.10.2012	Finowfurt	BAR	aufgelöst		613
11	27.10.2012	Frankfurt (Oder)	LOS	durchgeführt		24
12	03.11.2012	Fürstenwalde	LOS	aufgelöst	Bloody Justice	50
13	03.11.2012	Zeuthen	SPN	verhindert		

Anhang 2 (Beantwortung der Frage 6.4)

Grundlage für die Beantwortung der Anfrage sind die Verfassungsschutzberichte des Landes Brandenburg der Jahre 2000 bis 2011⁵ und die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 2147 des Abgeordneten Klaus Ness, Fraktion der SPD, Drucksache 5/5480 Landtag Brandenburg Drucksache 5/5643 5. Wahlperiode (siehe auch Antwort zu Frage 6.3).

DATUM	Ort (Gemeinde, Bundesland bzw. Staat)	Bands aus Brandenburg	Teilnehmer
21.09.2002	Elsaß	Confident of Victory	
18.06.2004	Bernsdorf (SN)	Frontalkraft und Confident of Victory	
23.10.2004	Pirna (SN)	Frontalkraft und Confident of Victory	
10.07.2004	Gera (TH)	Confident of Victory	
17.07.2004	Kürnach bei Würzburg (BY)	Frontalkraft	
01.-02.10.2005	Hammerskinfestival, Atlanta (USA)	Confident of Victory	
19.03.2005	Mannheim, Clubhaus Bandidos MC Mannheim	Confident of Victory	100
13.09.2008	Ungarn	Volkstroi	
25.10.2008	Mallentin (Mecklenburg-Vorpommern).	Exzess	1400
24.01.2009	Genthin (Sachsen-Anhalt)	Barbaren und Preussenstolz	200
14.02.2009	Budapest (Ungarn)	Barbaren	
28.02.2009	Jena (Thüringen)	Frontalkraft	100
02.05.2009	Rothenburg, Ortsteil Geheege (Sachsen)	Cynic und Preussenstolz	150
13.06.2009	Gera (Thüringen)	Frontalkraft	250
25.09.2009	Nybro (Schweden)	Frontalkraft	120
31.10.2009	Mehringen (Sachsen-Anhalt)	Frontalkraft	300
16.01.2010	Sachsen	Uwocaust, Barbaren,	200

⁵ Angaben zu der rechtsextremistischen Musikszene finden sich in den Verfassungsschutzberichten des Landes Brandenburg: VS-Bericht 2000, S. 39 ff, VS-Bericht 2001: S. 74 ff. VS-Bericht 2002, S. 78 ff. VS-Bericht 2003, S. 70ff. VS-Bericht 2004 S. 40 ff. VS-Bericht 2005, S. 71 ff.; VS-Bericht 2006, S. 52 ff.; VS-Bericht 2007, S. 72 ff.; VS-Bericht 2008, S. 94 ff.; VS-Bericht 2009, S. 99; VS-Bericht 2010, S. 99 ff.; VS-Bericht 2011, S. 107 ff.

16.01.2010	Mecklenburg-Vorpommern	Frontalkraft	
06.03.2010	Sachsen	Cynic, Preussenstolz	300
13.03.2010	Sachsen	Flaksturm	100
27.03.2010	im Norden	Uwo-caust, Burn Down	
10.04.2010	Sachsen	Barbaren	250
05.06.2010	Niesky (Sachsen), Anlass 3. "Sachsentag" der JN	Frontalkraft, Barbaren	
29.05.2010	Milano (Italien), Anlass: European Hammerfest	Frontalkraft	500
29.05.2010	nicht bekannt	Burn Down, Confident of Victory	400
03.07.2010	Elsaß	Uwo-caust	400
10.07.2010	Gera (Thüringen) Anlass: "Rock für Deutschland" der NPD Gera	Frontalkraft, Exzess	1000
17.07.2010	Süddeutschland	Frontalkraft	180
18.09.2010	Berlin, Anlass: Kundgebung in Berlin – „Überfremdung stoppen“	Exzess	300
18.09.2010	Süddeutschland	Confident of Victory	250
10.09.2010	Sachsen	Hope for the Weak	120
27.11.2010	Sachsen	Frontalkraft, Hope for the Weak, Wolfskraft, Exzess	100
15.01.2011	Grevesmühlen (MV)	Die Barbaren, Helle und die RACKer (H&R)	
29.01.2011	Sachsen	Exzess, Burn Down	200-300
25.02.2011	Sachsen	Frontalkraft und Confident of Victory	
26.02.2011	Sachsen	Die Weißen Jäger (DWJ)	
26.03.2011	Ruhrgebiet	Burn Down (Uwo-caust)	200
02.04.2011	Riesa (SN)	Exzess	
02.04.2011	Sachsen	Frontalkraft und Confident of Victory (COV). COV Spielten auch einige Lieder vom	250 - 300

		Against Music Industry Projekt	
April 2011	Sachsen-Anhalt	Preussenstolz	
April 2011	Schweizer Bodenseeregion	Preussenstolz	
21.05.2011	Sachsen	Uwocaust und alte Freunde	
Pressefest "DS-Verlag" am 01.07.2011 - 02.07.2011	Jänkendorf / Quitzdorf (SN)	u.a. mit Exzess	2400
Juli 2011	Baden – Württemberg	Preussenstolz	
NPD - Tag der Identität am 13.08.2011	Geithain (SN)	Exzess	200
20.08.2011	Roda (SN)	Preussenstolz	200
20.08.2011	Staupitz (SN)	Exzess, Hausmannskost	
27.08.2011	Sachsen	Barbaren	
03.09.2011	Geheege (SN)	Mogon	
24.09.2011	Staupitz (SN)		Ersatzkonzert für Frankfurt (Oder)
24.09.2011	Sachsen	Frontfeuer	
15.10.2011	Mecklenburg Vorpommern	Hausmannskost	
05.11.2011	Sachsen	Exzess, Preussenstolz	250 - 300
Januar 2012	Rothenburg OT Geheege (SN)	u.a. Frontfeuer	ca. 50
28.01.2012	Staupitz (SN)	Org. / Veranstalter Martin Seidel (BB) Bands: Freigeist, White Resistance, Wiege des Schicksals, Hausmannskost, Blackout	
Februar 2012		u.a. Confident of Victory	200
10.03.2012	Crawinkel (TH)	u.a. Frontfeuer	100
21.04.2012	Sachsen	u.a. Burn Down, Frontfeuer, Helle und die RAC'ker	150
05.05.2012	Leinefelde (TH)	u.a. Preussenstolz	
26.05.2012	Győr (Ungarn)	Frontfeuer	
07.07.2012	Gera (TH)	u.a. Exzess	700
14.07.2012	Verona, Italien	Confident of Victory	